

**6. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 26. März 2009
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.40 Uhr**

Anwesend sind: 42 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Ursula Amsler Celidonio, 3. Käthi Bolzern, 4. Rolf Braun,
5. Werner Good, 6. Brigitte Kissling, 7. Thomas Marbet, 8. Dr. Rudolf Moor,
9. Markus Oegerli (ab 20.00 Uhr), 10. Brigitte Rosselet, 11. Dr. Arnold Uebelhart,
12. Lea von Wartburg, 13. Caroline Wernli Amoser

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Thomas Frey, 3. Alexandra Kämpf, 4. Stefan Nünlist, 5. Dr. Max Pfenninger,
6. Daniel Probst, 7. Andreas Schibli, 8. Rolf Schmid, 9. René Wernli, 10. Nico Zila

Mario Clematide

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Daniel Joss, 5. Patrick Kissling,
6. Roland Rudolf von Rohr, 7. Marcel Steffen, 8. Armand Weissen

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. André Kappeler, 3. André Koestli, 4. Christian Werner

Grüne Olten:

1. Anita Huber, 2. Iris Schelbert, 3. Theo Schöni, 4. Felix Wettstein

Junge Alternative:

1. Anna Engeler (bis 21.30 Uhr), 2. Jonas Hertner

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Silvia Forster, Vize-Präsidentin, Baudirektion
Doris Rauber, Direktion Öffentliche Sicherheit
Peter Schafer, Direktion Soziales
Dr. Martin Wey, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend:

Lukas Derendinger
Luzia Stocker Rötheli
Dieter Ulrich
Urs Knapp
Thomas Rauch
Christian Wüthrich
Rudolf Lutz
Stephan Hodonou

Vorsitz: Werner Good

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
- * 1a Überparteiliches dringliches Postulat für einen starken Bildungsstandort Olten/Frage der Dringlichkeit
- * 1b Dringliche Interpellation Dr. Max Pfenninger (FdP-Fraktion) betr. nächtlichem Baulärm und Bautätigkeit an der Stationsstrasse in Olten/Frage der Dringlichkeit
2. Jugendkommission/Ersatzwahl
3. Kulturförderungskommission/Demission
4. Pensionskommission/Ersatzwahl
5. Museen der Stadt Olten/Grundsatzentscheid
6. Olten Info, Neuorganisation, Einmietung Froburgstrasse 1 sowie Beitrag Mieterausbau und Einrichtungskosten/Genehmigung
7. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
- * 7.1. Überparteiliches dringliches Postulat betr. Für einen starken Bildungsstandort Olten
(eingereicht am 23.03.2009/erstmals traktandiert)
- * 7.2. Dringliche Interpellation Dr. Max Pfenninger (FdP-Fraktion) betr. nächtlichem Baulärm und Bautätigkeit an der Stationsstrasse in Olten (eingereicht am 24.03.2009/erstmals traktandiert)
- 7.3. Volksmotion Rolf Sommer und Mitunterzeichnende betr. Gratisparkplätze für Badibesucher (eingereicht am 18.09.2008/erstmals traktandiert)
- ** 7.4. Motion Felix Wettstein (GO/JA) und Mitunterzeichnende betr. Pausenplatz für das Hübelischulhaus offen halten und sichern (eingereicht am 24.06.2008/erstmals traktandiert)
- ** 7.5. Postulat Brigitte Kissling (SP) und Mitunterzeichnende betr. Photovoltaikanlagen (eingereicht am 29.05.2008/erstmals traktandiert)
- ** 7.6. Postulat Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Massnahmenkatalog und Einsatzpläne für Oltner Schulen im Brandfall (eingereicht am 18.09.2008/erstmals traktandiert)
- * Ergänzung der Traktandenliste
- ** aus Zeitgründen nicht behandelt

* * *

Parlamentspräsident Werner Good: Werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste, Vertreterin und Vertreter der Presse, ich möchte Sie zu dieser Sitzung recht herzlich begrüssen.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsident Werner Good:

Protokollgenehmigung

Die Protokolle der Parlamentssitzungen vom 19./20 November und 18. Dezember 2008 sind vom Büro am 9. März 2009 definitiv genehmigt worden.

* * *

Referendumsvorlage/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 29. Januar 2009 folgendem Geschäft zugestimmt:

- Museen der Stadt Olten/Pensenerhöhungen und Schaffung neuer Stellen
(*Beschluss Ziffern 5.1 bis 5.4.*)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 3. Februar 2009 und die Referendumsfrist ist am 4. März 2009 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehende Vorlage in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und der Beschluss somit rechtskräftig sind.

* * *

Totenehrung

Am 19. März ist Herr Dr. Hugo Champion verstorben. Er war von 1965 bis 1991 Vertreter der Stadt Olten im schulärztlichen Zweckverband, von 1973 bis 1977 Mitglied der Schulzahn-pflegekommission und von 1973 bis 1981 Mitglied der Museenkommission.

Die Anwesenden erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sitzen.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Postulat Rolf Braun (SP) und Mitunterzeichnende betr. Erhaltung der Schlittelgelegenheiten in Olten
- Motion Brigitte Kissling (SP) betr. Schulraumplanung
- Überparteiliches dringliches Postulat „Für einen starken Bildungsstandort Olten“
- Dringliche Interpellation Dr. Max Pfenninger (FdP-Fraktion) betr. „Nächtlicher Baulärm und Bautätigkeit an der Stationsstrasse in Olten“

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. März 2009

Akten-Nr. 46/0

Prot.-Nr. 59

Überparteiliches dringliches Postulat für einen starken Bildungsstandort Olten/Frage der Dringlichkeit

Brigitte Kissling: Man sieht in den Zeitungen, dass die P-Standorte ein grosses Politikum sind. Mit diesem Postulat möchten wir den Stadtrat eigentlich unterstützen, dass er beim Regierungsrat vorstellig wird und in den laufenden Prozess konstruktiv eingreift. Die Dringlichkeit ist gegeben, weil die Entscheidungen für die P-Standorte im Mai statt finden und wir vorher keine Sitzung mehr haben. So bleibt auch noch genügend Zeit.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Die Dringlichkeit ist sicher auch von Seiten des Stadtrates gegeben. Die neuesten Entwicklungen rund um die P-Standorte machen es notwendig, dass wir uns in der Stadt Olten mit diesem Thema auseinander setzen. Wir begrüssen es, wenn es heute Abend in dieser Sache zu einer interessanten und zielorientierten Diskussion kommt. Der Stadtrat ist für die Dringlichkeit des Postulats.

Beschluss

Mit 37 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. März 2009

Akten-Nr. 43/14

Prot.-Nr. 60

Dringliche Interpellation „Dr. Max Pfenninger (FdP-Fraktion) betr. nächtlichem Baulärm und Bautätigkeit an der Stationsstrasse in Olten/Frage der Dringlichkeit

Dr. Max Pfenninger: Die Dringlichkeit geht aus dem Text hervor. Es braucht keine Ergänzungen.

Beschluss

Mit 29 : 0 Stimmen bei 10 Enthaltungen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. März 2009

Akten-Nr.16/14

Prot.-Nr. 61

Jugendkommission/Ersatzwahl

Für die Jugendkommission ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 17. Februar 2009 schlägt die FdP André Messerli, Hübelistrasse 26, als neues Mitglied der Jugendkommission vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von André Messerli (FdP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Herrn André Messerli (FdP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn André Messerli, Hübelistrasse 26, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Bildung und Sport
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Mai 2009

Akten-Nr.16/15

Prot.-Nr. 62

Kulturförderungskommission/Demission

Für die Kulturförderungskommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 9. März 2009 gibt Trudy Stadelmann (SP) ihre Demission aus der Kulturförderungskommission per sofort bekannt.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Trudy Stadelmann (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Frau Trudy Stadelmann (SP) genehmigt.

Mitteilung:
Frau Trudy Stadelmann, Engelbergstrasse 26, 4600 Olten
Stadtpräsidium
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. März 2009

Akten-Nr. 16/19

Prot.-Nr. 63

Pensionskommission/Ersatzwahl

Für die Pensionskommission ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 30. Januar 2009 schlägt die FdP Max Husi, Sonnhaldenstrasse 50, als neues Mitglied der Pensionskommission vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Max Husi (FdP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Wahl von Herrn Max Husi (FdP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Max Husi, Sonnhaldenstrasse 50, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Finanzen und Informatik
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. März 2009

Akten-Nr. 33/1

Prot.-Nr. 64

Museen der Stadt Olten/Grundsatzentscheid

Die einen wesentlichen Bestandteil des attraktiven Oltner Kulturangebots bildenden drei städtischen Museen, die sich im Laufe der Jahre ein eigenes Profil in der Museenlandschaft erarbeitet haben, sollen mit Blick auf die geplante Neugestaltung als klar erkennbare, eigenständige Institutionen weitergeführt werden, dabei aber nach Möglichkeit Synergien untereinander und mit geeigneten Drittinstitutionen nutzen. In der Regel alle fünf bis zehn Jahre soll in einem der drei Museen zudem eine Wechselausstellung mit breiter Aussenwirkung für die Stadt Olten durchgeführt werden.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag

1. Ausgangslage

1.1 Bisherige Situation

Die Einwohnergemeinde Olten unterhält – wie im Bericht „Kultur in Olten“ vom November 2004 ausführlich aufgezeigt – drei eigenständige, traditionsreiche Museen: das Historische Museum (1900), das Kunstmuseum (1902) und das Naturmuseum (1872). Sie sind aktiv in Planung, Konzeption und Realisierung von Dauer- und Sonderausstellungen, weiteren Bildungs- und Vermittlungstätigkeiten (Museumspädagogik, Kurse, Vorträge, Exkursionen, Führungen und Publikationen), Informationsdienstleistungen als Auskunftsstelle, Erhaltung und Ausbau der Sammlungen im Sinne des Kulturgüterschutzes, Fachdokumentation, Öffentlichkeitsarbeit und Besucherdienstleistungen.

1.2 Auslösendes Element

Der Wille zur Weiterführung der drei städtischen Museen, deren Ausrichtung und der Bedarf an räumlichen Verbesserungen wurden dokumentiert im Bericht „Kultur in Olten“. Entsprechend wurden im Regierungsprogramm 2005-2009 die Bedarfsabklärung, die Standortklärung und ein Vorgehensplan für Ausbau und Sanierung der Museen als Zielsetzungen genannt. Die Bedarfsabklärung mit Raumbedarfsanalyse wurde in der Zwischenzeit durchgeführt. Der Stadtrat hat sich zudem für die Beibehaltung des Standortes Innenstadt entschieden. Im November 2008 wurde auf Grund der Vorarbeiten vom Parlament ein Investitionskredit in der Höhe von CHF 100'000 genehmigt, mit dem die Wettbewerbsgrundlagen erarbeitet werden sollen.

Im Zuge der politischen Diskussion stellte sich dabei heraus, dass vor der Fortsetzung der Arbeiten ein Grundsatzentscheid zur Zukunft der drei städtischen Museen erforderlich ist, nachdem der Bericht „Kultur in Olten“ im Parlament zwar ausführlich diskutiert und gewürdigt, aber nur zur Kenntnis genommen wurde.

1.3 Strategische Grundlage

Im Bericht „Kultur in Olten“ wird betont, dass ein Schwergewicht im Kulturengagement der Einwohnergemeinde Olten nach wie vor bei den drei Museen liegt.¹ Es lasse sich deutlich aufzeigen, dass sich die Museen auf Grund ihrer Tätigkeitsschwerpunkte auch im Vergleich mit den umliegenden ähnlich gelagerten Instituten in Nachbarstädten rechtfertigten: Sie hätten sich ihre jeweiligen Nischen geschaffen und stimmten ihre Angebote mit diesen Instituten ab.²

Im Handlungsfeld „Zentralem Mittelland attraktiven ‚Marktplatz‘ bieten“ setzt das Leitbild der Stadt Olten aus dem Jahr 2008 unter anderem auf Attraktivitätssteigerungen im Bereich Kultur. Bei den dazugehörigen Kernthemen wird auch die Attraktivierung des Angebots und der Infrastruktur im Bereich Kultur, zum Beispiel bei den Museen, aufgezählt.

2. Erwägungen

2.1 Allgemeines

Die drei städtischen Museen haben sich je ein klares Profil erarbeitet:

Das *Historische Museum* sucht, pflegt, präsentiert und erklärt Dinge, die als Zeugnisse für die Geschichte der Stadt Olten, ihrer Region und auch des Gesamtkantons erheblich sind. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählt es die Wirtschaft und den Verkehr auf Schiene, Strasse und Wasser. Es zeigt auf, wie die Menschen die natürlichen Ressourcen benützt haben und noch benützen, und es dokumentiert die Produktion der regionalen Industrie- und Gewerbebetriebe. Hauptbestände der Museumssammlung sind:

- Objekte aus der Geschichte der Stadtgemeinde
- Material von Personen aus der Stadt Olten
- Fundmaterial von lokalen Siedlungsplätzen, Burgen und Industriebetrieben
- Kunstgewerbe (Metall, Holz, Keramik etc.) und Numismatik.

Das Historische Museum leistet einen Beitrag an die Geschichte des Kantons Solothurn und engagiert sich für den Schutz von Kulturgut und von Geschichtsdenkmälern. In Zusammenarbeit mit der Kantonsarchäologie führt es im Archäologischen Museum Kanton Solothurn zudem die einzige Ausstellung über die Urgeschichte des Kantons.

Das *Kunstmuseum* umfasst eine hochkarätige Sammlung von Werken der Schweizer Kunst vom 19. Jahrhundert bis heute von kantonaler, nationaler und internationaler Bedeutung. Einen wesentlichen Bestandteil bildet die exklusive Disteli-Sammlung. Das Kunstmuseum ist heute bestrebt, die Kunstsammlung sorgfältig, aber auch in einem unverkennbar eigenen Stil im 21. Jahrhundert weiterzuführen. Zudem wartet es mit einem Ausstellungsprogramm auf, das sich als wesentlichen Beitrag zum kulturellen Leben der Stadt versteht und sowohl von regionaler als auch von nationaler Bedeutung ist. Das Kunstmuseum pflegt Kontakte und einen regen Leihverkehr mit andern Kunstinstituten des In- und Auslandes.

Das *Naturmuseum* setzt sich zum Ziel, auf spielerische Weise die Natur der Region sowie globale ökologische Zusammenhänge zu vermitteln. Die permanenten Ausstellungen umfassen die Bereiche Erdwissenschaften (Mineralien, Gesteine, Versteinerungen) und Zoologie (Säuger, Vögel, Reptilien, Amphibien, Fische).

Speziell ist dabei die explizite Ausrichtung auf Olten und den unteren Kantonsteil, zum Beispiel in folgenden Bereichen:

¹ Bericht „Kultur in Olten“, S. 25-27 (Status quo) und S. 51/52 (Ideen und Projekte)

² Vgl. Beilage 2: Die Ausrichtung der städtischen Museen Olten

- geologischer Aufbau von Olten und Umgebung
- Versteinerungen aus der Jurazeit: Fische aus dem Hauenstein und vom Born, Ammonshörner und andere Wirbellose aus Trimbach, Hauenstein und von vielen andern Fundstellen aus der Region Olten
- Versteinerungen aus dem Tertiär: Fauna und Flora von Rickenbach (internationale Referenzlokalität), Fauna von Egerkingen, Säugetierfunde vom Bau des Gösger Kanals
- Versteinerungen aus der Eiszeit: Mammut vom Bahnhof Olten, Steppenwisent von Niedererlinsbach
- zoologische Präparate wie der Wolf von Hägendorf oder die Wildkatzen von Oberbuchsiten.

Die lokale und regionale Ausrichtung des Naturmuseums zeigt sich auch in den Depotsammlungen.

Die drei Oltnen Museen befinden sich gemäss einer Umfrage aus Anlass des Berichts „Kultur in Olten“ unter den am häufigsten benutzten Kulturangeboten der Stadt Olten.³ Im vergangenen Jahr hat das Naturmuseum mit über 13'000 Besucherinnen und Besuchern jeden Alters einen neuen Rekord aufgestellt. Und allein die Ausstellung „Steinzeitkunst“ im Historischen Museum besuchten rund 11'000 Personen. Auch die namhaften Mittel, die der Kanton aus dem Lotteriefonds in die drei Museen steckt⁴, unterstreichen deren Bedeutung für Stadt, Region und Gesamtkanton.

Gerade das Kunstmuseum weist eine Mehrzahl von Besuchenden von ausserhalb der Region aus, die einen Beitrag an das wirtschaftliche Leben der Stadt liefern; die Ausstellungen und die in den wichtigsten Bibliotheken der Schweiz vertretenen Ausstellungskataloge werben für Olten als Kulturstadt. Eine wachsende Bedeutung und Beachtung verzeichnet in allen drei Museen der ebenfalls imagebildende Bereich der Museumspädagogik und der öffentlichen Veranstaltungen im Rahmen der Sonderausstellungen.

2.2 Abgrenzungen gegen ähnlich gelagerte Institute

Die drei Museen haben bestehende Nischen ausgefüllt und stimmen ihre Angebote mit den umliegenden ähnlich gelagerten Instituten ab.

Während etwa das Naturmuseum Solothurn Ausstellungen über Tiere, Pflanzen, Fossilien, Gesteine und Minerale der Region Solothurn zeigt, konzentriert sich das *Naturmuseum Olten* auf die Region Olten und den unteren Kantonsteil. Das zentrale Anliegen des Naturmuseums in Aarau sind hingegen der Lebensraum Aargau, seine Entstehung, sein heutiges Gesicht und seine zukünftige Entwicklung. Da der Kanton Solothurn kein eigenes Naturmuseum unterhält, wissenschaftlich wertvolle Bodenfunde von Gesetzes wegen aber dem Kanton gehören, werden diese den beiden Museen in Olten und Solothurn übereignet. Diese pflegen seit langem einen guten und fruchtbaren gegenseitigen Kontakt. So produzieren sie gemeinsam Ausstellungen, tauschen Eigenproduktionen aus und stellen einander Exponate und Arbeitsgrundlagen zur Verfügung.

Das *Historische Museum Olten* konzentriert sich ebenfalls auf Stadt und Region Olten mit Objekten aus der Geschichte der Stadtgemeinde, Material von Personen aus der Stadt Olten und Fundmaterial von lokalen Siedlungsplätzen, Burgen und Industriebetrieben. Eine Nische besetzt es zudem mit dem Archäologischen Museum Kanton Solothurn, der einzigen Ausstellung über die Urgeschichte des Kantons, der im Übrigen kein anderes historisches Museum mit vergleichbarer Leistungsfähigkeit besitzt. Es hat zudem eine klare Arbeitsteilung mit der Stadtbibliothek Olten und dem Stadtarchiv Olten.

Prioritäten setzt auch das *Kunstmuseum Olten*: Es geht ihm nicht darum – wie im benachbarten Kunsthause Aarau – die Schweizer Kunst breit zu repräsentieren. Das Kunstmuseum Olten setzt vielmehr weiterhin auf seine bisherigen Schwerpunkte, die aus

³ Vgl. Bericht „Kultur in Olten“, Anhang I.2.

⁴ Vgl. Bericht „Kultur in Olten“, S. 42

Werken erstens des 19. Jahrhunderts (vor allem der grossen Disteli-Sammlung) und zweitens der klassischen Moderne bestehen, und drittens aus modernem und zeitgenössischem Kunstschaffen, das sich primär im malerisch figurativen, im gegenständlichen oder realistischen Bereich weiterentwickelt.

2.3 Zusammenarbeit mit Drittinstitutionen

Der Kanton Solothurn verlässt sich im Museumsbereich auf die Sammlungs- und Vermittlungstätigkeit der städtischen und regionalen Museen. Er erwartet gerade vom *Historischen Museum Olten* als dem grössten allgemein ausgerichteten kulturgeschichtlichen Museum im Kanton erhebliche Dokumentations- und Ausstellungsleistungen. Dies wird verstärkt durch die Ende November 2008 vom Regierungsrat verabschiedete neue Strategie in der solothurnischen Museumspolitik: In dieser strebt der Kanton eine Verbundlösung an, gebildet aus einem inneren Kern von drei Häusern (Historisches Museum Olten, Museum Altes Zeughaus und Heimatmuseum Schwarzbubenland), in denen unter dem Motto „3 Häuser – 1 Geschichte“ verschiedene Aspekte der Kantonsgeschichte gezeigt werden. Im Historischen Museum Olten sind deshalb Sonderausstellungen auch zu kantonalen Themen vorgesehen, eine neue Dauerausstellung, die auch die Kantonsgeschichte mit einbezieht, sowie eine Schwerpunktbildung in der Industrie- und Verkehrsgeschichte.

Ohne intensive Zusammenarbeit mit anderen Museen und zielverwandten Institutionen im In- und Ausland wäre das aktuelle Ausstellungsangebot im *Naturmuseum Olten* undenkbar. Als Nebeneffekt dieser Zusammenarbeit werden die Ausstellungen des Naturmuseums auch anderswo gezeigt, was zur positiven Wahrnehmung des Museums und der Stadt Olten in nah und fern beiträgt. In der gut elfjährigen Amtszeit des heutigen Leiters waren zehn Wanderausstellungen insgesamt 67-mal auswärts ausgestellt, und dies nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Deutschland, Österreich und Italien. Die Ausstellung „Fliegend unterwegs“ schaffte es sogar in die Vorselektion für den „SANW Prix Expo 2004“ (unter den ersten fünf von 26 Bewerbungen) und konnte international bisher 85'475 Besucherinnen und Besucher verzeichnen. Zusammengefasst hat sich das Naturmuseum Olten in der Museumswelt gerade durch Koproduktionen einen ausgezeichneten Ruf aufgebaut.

Das *Kunstmuseum Olten* pflegt bereits eine enge Zusammenarbeit mit der Stiftung für Kunst des 19. Jahrhunderts, wie etwa gemeinsame Ausstellungstätigkeit und die laufende, gemeinsame Aufarbeitung der Disteli-Sammlung aufzeigen. Diese Kooperationen, wie sie auch zum Kunstverein bestehen, könnten bei Vorliegen geeigneter Räumlichkeiten noch intensiviert werden. So könnte um die Disteli-Sammlung mit der Dauerausstellung von Gemälden des 19. Jahrhunderts aus der Sammlung des Kunstmuseums sowie einer wechselnd bestückten Dauerausstellung der Stiftung für Kunst des 19. Jahrhunderts eine eigentliche „Abteilung 19. Jahrhundert“ entstehen, die auch im Bereich des Historischen Museums Anknüpfungspunkte und Entwicklungsmöglichkeiten bieten würde.

3. Fazit

Ein attraktives Kulturangebot, zu dem die drei Museen anerkanntermassen einen wesentlichen Teil beitragen, wie die aktuellen Sonderausstellungen (u.a. die vom Gesamtbundesrat Anfang Juli 2008 besuchte Ausstellung „Steinzeitkunst“) beweisen, stellt für Stadt und Region einen entscheidenden Positionierungsfaktor im Wettbewerb mit andern schweizerischen Agglomerationen dar und trägt zu deren Attraktivität und Lebensqualität bei. Nicht zu vernachlässigen ist es auch als Wirtschaftsfaktor⁵. Zudem soll die Bedeutung der Museen als Bildungsstätten mit Hilfe der Wechselausstellungen sowie von Museumspädagogik, Vorträgen, Workshops, Kursen etc. (derzeit bietet beispielsweise das Naturmuseum rund 50 öffentliche Anlässe pro Jahr an und verzeichnet jährlich rund 100 Besuche von Kindergärten und Schulklassen) noch verstärkt werden. Gerade für die

⁵ Vgl. Bericht „Kultur in Olten“, S. 11-13

Zusammenarbeit mit den Schulen ist das Vorhandensein von Museen vor Ort, mit kurzen, wenig Unterrichtszeit beanspruchenden Wegen, von entscheidender Bedeutung.

Die gegenseitige Abstimmung, die Vernetzung, das Besucherverhalten (jedes Museum hat seinen Einzugskreis), die steigenden Besucherzahlen sowie der Beitrag zur Standortattraktivität rechtfertigen auch in Zukunft den Betrieb von drei Museen in Olten. Dies gilt für das Naturmuseum trotz „Schwesterinstituten“ auch in Solothurn und Aarau, für das Historische Museum als einziges komplettes historisches Mehrspartenmuseum des Kantons, das auch das Archäologische Museum Kanton Solothurn beherbergt, und auch für das nationale und internationale Ausstrahlung besitzende Kunstmuseum mit seiner exklusiven, sich von derjenigen anderer Institute abgrenzenden Sammlung Schweizer Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts⁶. Käme es hier zu einschneidenden Sparmassnahmen, zum Beispiel in Form der Aufhebung eines oder mehrerer der bestehenden Museen, müssten auf Grund des bestehenden Erhaltungsauftrags die Bestände von den übrigen Museen übernommen und gepflegt werden, die dafür weder über die nötige Kapazität noch über ausreichende Kenntnisse verfügen würden.

Es drängt sich daher mit aller Deutlichkeit auf, alle drei Institute weiterzuführen. Und dies im bisherigen, sehr erfolgreichen Rahmen, der mit bedeutender Unterstützung des Kantons und verschiedener Gönnerinstitutionen wie etwa der Freunde des Kunstmuseums, aber auch weiter Kreise der Bevölkerung in diesem Umfang von der Stadt Olten finanziell getragen werden kann. Um die Aufmerksamkeit des Publikums über die Region hinaus von Zeit und Zeit auf die Oltnen Museen zu lenken, empfiehlt es sich zudem im Rahmen der personellen und finanziellen Möglichkeiten sporadisch – das heisst alle fünf bis zehn Jahre – grosse Wechsellausstellungen à la Hodler-Ausstellung (1998) oder „Steinzeitkunst“ (2008) mit breiter Aussenwirkung für die Museen selber, aber auch für die Gesamtstadt in Olten zu zeigen. Ebenfalls sollen vermehrt auch gemeinsame Ausstellungen der drei Institute geprüft werden, wie dies beispielsweise im Rahmen der Millenniums-Veranstaltungen im Jahr 2000 zum Thema „Kommunikation ist alles!“ der Fall war.

Die Weiterführung der drei thematischen Museen als klar erkennbare Institutionen präjudiziert nichts für die organisatorische und räumliche Ausgestaltung. Der Stadtrat hat sich entschieden, am bisherigen Standort im Herzen der Stadt festzuhalten, um mit der Stärkung des Historischen Museums an der Konradstrasse und des Naturmuseums an der Kirchgasse – ebenso wie die Konradstrasse wesentlicher Bestandteil der künftigen Begegnungszone – sowie mit einem architektonisch überzeugenden Neu- respektive Ergänzungsbau am Munzingerplatz eine Aufwertung der gesamten Zone im Sinne eines „Kulturviertels mit Verweilqualität“ anzustreben. Für den Neubau wird der Raum zwischen dem Naturmuseum und dem Historischen Museum vorgesehen, nachdem sowohl die Häuserzeile nördlich der Kirchgasse wie auch die Liegenschaft des Hübelischulhauses unter Denkmalschutz stehen und der eigentliche Munzingerplatz als Freifläche und Veranstaltungsort erhalten und somit nicht überbaut werden soll. Der Neubau, der im Sinne einer Synergie auch gemeinsam genutzte Räume (Veranstaltungsraum, Cafeteria/Museumsshop, Werkstatt/Lager, Haustechnik, unterirdische Verbindung, allenfalls auch gemeinsame Eingangszone und oberirdische Verbindung) umfassen soll, muss – beispielsweise mit einer „durchlässigen“ Bauweise – eine städtebaulich gelungene Lösung darstellen und gewährleisten, dass es im Bereich des heutigen Platzes der Begegnung nicht zu einer Hinterhofsituation kommt.

4. Weiteres Vorgehen

Im Anschluss an den Grundsatzentscheid des Parlaments ist es vorgesehen, unter Führung der Stabsstelle Planung die Grundlagen für einen Projektwettbewerb – unter anderem in

⁶ „Wie eine Perle in einer Kette sieht (Kuratoriumspräsident) Alfred Maurer das Kunstmuseum Olten positioniert in der Reihe der Museen in den Städten Aarau-Olten-Solothurn-Grenchen-Biel.“ (Oltnen Tagblatt vom 24. April 2004)

Form einer Bereinigung des Raumprogramms und Definition aller weiteren notwendigen Vorgaben – zu erarbeiten.

Hat der Stadtrat diese Grundlagen verabschiedet, ist die Durchführung des Projektwettbewerbs geplant. Anschliessend sollen die Kosten und die verschiedenen Lose definiert und entsprechend Prioritäten im Investitions- und Finanzplan gesetzt werden. In der Folge gilt es die Kostenbeteiligungen Dritter (Kanton/Lotteriefonds, Kantonsarchäologie, Stiftung für Kunst des 19. Jahrhunderts, Stiftungen, Private) abzuklären, bevor es zum Volksentscheid über das Gesamtvorhaben kommen kann.

Wie bereits an der Sitzung der GPK vom 20. Januar 2009 zugesichert, werden GPK und Kommission für Stadtentwicklung schrittweise über das weitere Vorgehen informiert.

5. Stellungnahmen

5.1 Museenkommission

Die Museenkommission hat an ihrer Sitzung vom 17. Februar 2009 entschieden, dass sie den Antrag des Stadtrates voll und ganz unterstützt. Insbesondere begrüsst sie, dass künftig alle fünf bis zehn Jahre in einem der drei Museen eine Wechsellausstellung mit breiter Aussenwirkung für die Stadt Olten durchgeführt werden soll. Dies würde aber bedingen, betont die Kommission, dass die dafür erforderlichen personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

5.2 Kommission für Stadtentwicklung

(Stellungnahme wird nach der Sitzung vom 12. März nachgeliefert.)

6. Beschlussesanträge

6.1 Der Weiterführung der drei städtischen Museen – Historisches Museum, Kunstmuseum und Naturmuseum – als eigenständige Institutionen mit der aktuellen Ausprägung im Sinne der obenstehenden Ausführungen wird im Sinne der Erwägungen zugestimmt.

6.2 Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission und der Stellungnahme der Kommission für Stadtentwicklung zugestellt.

Dr. Rudolf Moor: Die GPK hat die Vorlage eingehend diskutiert. Gegen die grundsätzliche Ausrichtung dieser drei Museen hat es keine grossen Einwände gegeben. Zwei Themen haben aber ziemlich viel zu reden gegeben, einerseits die Häufigkeit der grossen Sonderausstellungen. Es gibt ja regelmässig kleine Sonderausstellungen, wie jetzt um 18 Uhr eine Vernissage stattgefunden hat. Es geht also um grosse Sonderausstellungen mit nationaler oder internationaler Ausstrahlung. Hier hat man zum Teil gefunden, dass man eine Frequenz von fünf bis zehn Jahren, wie sie im Bericht und Antrag als Richtwert vorgegeben ist, als zu lange betrachtet. Hier hat man natürlich ein Problem mit den immer noch begrenzten Ressourcen, obwohl sie kürzlich durch den Beschluss des Gemeinderates ja erhöht worden sind. Auch die finanziellen Mittel sind nicht unendlich gross, so dass es hier

gewisse Probleme gibt, die Frequenz der grossen Ausstellungen zu erhöhen. Andererseits ziemlich zu reden gegeben hat die Zusammenarbeit unter den Museen. Wenn ich den Konsens so ganz kurz zusammen fassen kann, ist eigentlich die Meinung, dass man für die drei Museen zwar durchaus dreifache Führung braucht, die GPK sich aber durch die verbesserte Zusammenarbeit weitere Synergien erhofft und zwar nicht, um vor allem Kosten zu sparen, sondern um Auftritt und Qualität bei den Museen und Ausstellungen zu verbessern. Die GPK ist aber mit der Stossrichtung des Antrags insgesamt weitgehend einverstanden, wie das Abstimmungsergebnis zeigt. Mit 7 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wurde Eintreten und mit 7 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung Zustimmung beschlossen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Der Präsident der GPK und zugleich Sprecher zu dieser Vorlage hat, das Wesentliche gesagt. Ich denke, wir haben heute Abend ein paar Geschäfte, die etwas Zeit beanspruchen und weil ich auch positive Reaktionen aus den Fraktionen habe, möchte ich mich in aller Kürze zu dieser Vorlage äussern. Ihr seht im Ingress der Vorlage das Entscheidende, nämlich drei Museen mit einem eigenen Profil, jede eine in ihrem Produktfeld tätige, eigenständige Institution, Synergien untereinander sind aber unbedingt erstrebenswert und auch mit Drittinstitutionen zu nutzen. Es geht bei dieser Vorlage, um dies jetzt auf den Punkt zu bringen, in keiner Art und Weise um bauliche Tätigkeiten, Vorentscheidungen für Sanierung oder Neubau. Es geht in keiner Art und Weise um Personelles. Hier hat das Parlament an der letzten Sitzung ja sehr grosszügig gehandelt und ganz klar zur Stärkung der Museen und ich denke auch zur Kultur der Stadt Olten beigetragen. Es geht auch nicht um Abläufe innerhalb der Museen und quasi die Zusammenarbeit: Wo könnte man noch besser zusammen arbeiten, braucht es eine administrative Leitung über allem oder kann dies anders gelöst werden? Und so weiter und so fort. Es geht mit diesem Entscheid einzig und allein um die Statuierung von drei Museen in der Stadt Olten mit eigenem Profil. Im Bericht ist ja auch die Ausgangslage beschrieben und dort ist das auslösende Moment ein wichtiger Punkt. Wir haben grundsätzlich im Zusammenhang mit „Chance Innenstadt“ die Museen immer auch als Teil der Verbesserung der Struktur in der Innenstadt gesehen, mit Begegnungszonen, mit einem Parkhaus, aber auch mit der Museenlandschaft. In diesem Zusammenhang hat das Parlament über das Budget einen Rahmenkredit von Fr. 100'000.— für die Vorbereitung und Durchführung eines Wettbewerbes bewilligt. Bei der Diskussion um den Rahmenkredit ist natürlich heraus gekommen, dass wir eigentlich einen Kulturbericht zur Kenntnis genommen, aber als Parlament noch nie entschieden haben: Wir wollen drei Museen mit eigenem Profil. Die gleiche Diskussion haben wir bei der Erhöhung der Stellen in der Museenlandschaft um total 1,5 Prozent gehabt. Wir haben dann aufgrund der Diskussion in der GPK sehr schnell entschieden, weil man die Museen vielleicht wieder in einem Jahr oder in zwei Jahren behandelt und wir noch einmal eine Diskussion und vor allem eine Abstimmung über die Eigenständigkeit, im Sinne, wie ich es jetzt erklärt habe, führen werden. Der Bericht und Antrag beinhaltet auch einen ganz umfangreichen Teil Erwägungen, wo zum Beispiel beschrieben ist, wie sich die Museen geben, die Abgrenzung zu ähnlich gelagerten Instituten, dann aber die Zusammenarbeit mit Drittinstitutionen, das im Übrigen genau der Formulierung des Kulturberichts, den wir gemacht haben, entspricht, dass die drei Museen zu einem attraktiven Kulturangebot in der Stadt Olten anerkanntermassen ihren Beitrag leisten sollen und einen wesentlichen Beitrag leisten können mit all diesen Zusatzaktivitäten, zum Beispiel erfolgreiche Sonderausstellungen, wie es der GPK-Präsident schon angetönt hat. Es drängt sich also nochmals mit aller Deutlichkeit auf festzuhalten, dass wir alle drei Institute weiterführen wollen, und es hat noch einen Hintergrund. Hinter diesen Museen – und das ist eigentlich etwas sehr Positives – hinter Kulturinstitutionen grundsätzlich gibt es immer wieder befreundete Vereine oder Freunde. Ich denke, gerade in der Szene des Kulturbereichs sind diese Unterstützungsvereinigungen ganz entscheidend wichtig. Das kann finanzielle Unterstützung sein. Es kann aber auch ideelle, personelle Unterstützung sein. Man hilft sich hier natürlich gegenseitig. Es würde sehr begrüsst, wenn auch das Parlament praktisch indirekt würdigte, was in der Kulturszene alles im Hintergrund abläuft, insbesondere auch bei den Museen. Die Stellungnahme der Museenkommission ist vorhanden, und die Stadtentwicklungskommission hat dem Beschlusser Antrag in dieser Hinsicht quasi mit den gleichen Feststellungen wie die Geschäftsprüfungskommission

zugestimmt. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, auf die Vorlage einzutreten und dem Beschlussesantrag zuzustimmen.

Armand Weissen: Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt die Absicht der Vorlage, neben dem Standort von guten Schulen der Bevölkerung auch drei thematisch unterschiedliche Museen in der bisherigen Art und Weise anzubieten. Die bisherigen und laufenden Besucherzahlen bestätigen, dass die Bevölkerung dies schätzt. Deshalb ist es politisch wie auch traditionell kulturell der Wille und Gedanke der CVP/EVP-Fraktion, dies so zu unterstützen. Das Thema der verschiedenen Kulturangebote in den drei Museen muss weiterhin erhalten werden, sei es als drei einzelne Museen oder auch als gemeinsames unter einem Dach. Betreffend der bevorstehenden Reorganisation der Museen wünscht sich die Fraktion, dass man mit diesem künftigen Projektwettbewerb die Rahmenbedingungen nicht derart eng setzt, dass die Planungsvorschläge zu stark eingegrenzt werden. Wir hoffen, dass man durch eine innovative und zukunftsfruchtige Möglichkeit dieses Wettbewerbs zu neuen und gestalterischen Möglichkeiten Lösungen findet, die nicht bereits in wenigen Jahren veraltet, verplant oder sogenannte „Nasenlängegedanken“ sein werden. Wir wünschen, dass im neu entstehenden Kulturviertel von Olten wirklich ein Museumsleben entsteht und jeder eingeladen wird, dort zu verweilen, nicht nur unsere städtische Bevölkerung, sondern auch die Museumsbevölkerung von nah und fern. Der Bericht und Antrag des Stadtrates spricht in sehr offenen und uneingeschränkten Worten, was alles möglich sein könnte und sollte. Hoffentlich gibt man der Projektausschreibung auch wirklich die Möglichkeit dazu. Es ist uns aber auch sehr wichtig, nicht aus den Augen zu lassen, dass für die zukünftige Betreuung dieser Museen eine Notwendigkeit besteht, einen angepassten Personalaufwand zu bemessen. Ebenfalls soll der Wettbewerb unter den sicher noch zu erstellenden Rahmenbedingungen, dass die Nutzung von Synergien zwischen den drei verschiedenen Museen gefördert und gewährleistet werden kann. Trotzdem: Geben wir doch den Ideengestaltern des Projektwettbewerbs die grosse und grosszügige Freiheit, im Herzen von Olten drei bereits bestehende und geschätzte Institutionen derart gut miteinander zu verbinden, dass eine weitere grosse, attraktive Stadt Olten sagen kann: Olten, die Museumsstadt.

Felix Wettstein: Die Position der Fraktion Grüne und Junge Alternative deckt sich vollständig mit derjenigen, wie wir sie auf dem Gelben Blatt als Stellungnahme der Kommission für Stadtentwicklung übermittelt erhalten haben. Wir bezweifeln nicht, dass es sowohl für das Kunstmuseum wie das Historische Museum und das Naturmuseum ein je eigenständiges Profil braucht. Es sind drei unterschiedliche Fachkompetenzen gefragt, und wir wollen diesen zeitgemässen fachlichen Anspruch einlösen, das heisst, wir wollen entsprechende Fachleute je mit der Museumsführung betrauen. Die Wirkung unserer drei Museen könnte aber noch besser als heute. Wir denken hier vor allem an die Wirkung über die Region Olten hinaus. Das ist ja unser grosser Standortvorteil, dass man von überall her schnell in Olten ist und das heisst auch rasch in den Oltnen Museen. Wir müssen den Menschen in der restlichen Schweiz Grund geben, nach Olten zu reisen, weil sie eine Ausstellung in einem der Museen besuchen wollen. Das heisst, es braucht sicher kürzere Abstände als nur alle fünf bis zehn Jahre – wir sagen eigentlich etwa einmal jährlich – eine Wechselausstellung, für die sich die Reise nach Olten lohnen würde. Wenn die Leute schon hier sind, sehen sie die Zugänge und Angebote der anderen Museen und kommen deshalb noch ein zweites Mal. Trotz dieser je spezifischen Fachausrichtung könnten unsere drei Museen noch stärker als eine Marke „Museum Olten“ auftreten, zum Beispiel mit einem gemeinsamen öffentlichen Auftritt, der aus mehr besteht als aus dem jährlichen Programmflyer in drei, praktisch unabhängigen Spalten. Zum Beispiel auch mit der Präsenz auf den Kulturseiten in den Medien und zwar Medien ausserhalb unserer Region. Warum nicht ab und zu ein spannendes Thema, das sich aus Sicht von Natur, Kunst und Geschichte je bearbeiten lässt? Weiter: Wenn dann die Um- und Neubauten einmal mit einer publikumsfreundlichen Lösung realisiert sind, und das heisst eine einzige Kasse, mit der Möglichkeit, Einzel- oder Kombibillette zu lösen, mit einer Cafeteria und einem Museumsshop. Wir stimmen der Vorlage zu.

Marcel Buck: Die SVP-Fraktion ist über die vielen kostenintensiven Projekte besorgt, die hier in den nächsten Jahren auf die Stadt Olten zukommen werden. Wir stellen immer wieder fest, dass beim Vorgehen, zu einer Zustimmung des Parlaments zu kommen, vermehrt mit der sogenannten „Salamitaktik“ gearbeitet wird. Auch dieses Geschäft ist ein Paradebeispiel für eine offensichtliche „Salamitaktik“. Nachdem das Parlament ja den Bericht „Kultur in Olten“ nur zur Kenntnis genommen hat, versucht man jetzt, uns mit diesem Grundsatzentscheid sozusagen festzunageln, um eine Grundlage für einen aus unserer Sicht nicht notwendigen pompösen Neubau für die Museen forcieren zu können. Der Stadtrat verlangt von uns einen Grundsatzentscheid zur ultimativen Weiterführung der drei städtischen Museen. Weitere mögliche Varianten dazu sind scheinbar nicht angedacht oder weiter verfolgt worden. Das heisst für uns: Man sollte zu allen drei Museen ja oder dann halt eben nein sagen können. Chancen und Risiken bei der Weiterführung von nur einem oder zwei Museen vermissen wir im Bericht und Antrag komplett. Uns ist es aber wichtig, solche wichtige Szenarien zu kennen, um einen fundierten Grundsatzentscheid fällen zu können. Deshalb haben wir uns Folgendes überlegt: An einer zukunftsorientierten professionellen Weiterführung mit finanzieller Unterstützung des Historischen Museums wie auch des Naturmuseums sind wir nach wie vor interessiert. Wir anerkennen und schätzen auch sowohl den Bildungs- wie auch Sammelauftrag dieser zwei Museen. Auch sind wir der Meinung, dass zusätzliche Investitionen in einem bescheideneren Rahmen zu einer möglichst maximalen Bewirtschaftung und auch zusätzlichen Besucherinnen und Besuchern führen können. Bei diesen zwei Museen macht es aus heutiger Sicht auch Sinn, dass sich die Stadt weiterhin in einem angemessenen Rahmen beteiligt. Sie merken es wahrscheinlich: Das Kunstmuseum sehen wir nicht mehr länger als städtische Angelegenheit. Es könnte sich, wenn es wollte, auch anders finanzieren, was diverse renommierte Häuser in der Schweiz bereits seit langem machen. Voraussetzungen dazu sind bereits im Bericht und Antrag erwähnt worden. Ich zitiere: „Das Kunstmuseum umfasst eine hochkarätige Sammlung von Werken der Schweizer Kunst vom 19. Jahrhundert bis heute, von kantonaler, nationaler und internationaler Bedeutung“. Genau diese Sammlung macht es nämlich möglich, nationale, ja sogar internationale Kunstmäzen oder Gönner für ein mögliches neues Betriebskonzept begeistern zu können. Vorstellbar ist zum Beispiel, dass man vom traditionellen Kunstmuseum weg kommt, hin zu einem führenden Kompetenzzentrum für die Erforschung, Vermittlung und Präsentation der Sammlung 19. Jahrhundert. Nachdem all diese Überlegungen aus unserer Sicht zuwenig bis gar nicht gemacht worden sind und keine, auch weiter reichende Varianten überlegt, diskutiert und vorgeschlagen sind, beantragen wir eine Rückweisung dieses Geschäfts.

Stefan Nünlist, FDP-Fraktion: Auch wir sind über viele Sachen, welche die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung in der Stadt anbelangt, besorgt. Aber in Bezug auf die Museen sind wir eigentlich nicht besorgt, weil wir finden, dass sie sehr gut positioniert sind. Wir finden, wir haben gute Museen, die der Stadt eine urbane Identität vermitteln, was eben sehr, sehr wichtig ist, damit sich die Stadt Olten von anderen Zentren dieses Landes abgrenzen kann. Von daher denken wir, dass die drei Museen, wie wir sie heute haben, die Stadt attraktiv machen und alle Oltnern und Oltnern von dieser Attraktivität profitieren. Von daher werden wir auf das Geschäft eintreten und zustimmen. Zu Diskussionen Anlass gegeben hat bei uns noch das Wort „eigenständig“ im Antrag. Eigenständig darf nicht so verstanden werden, dass man nicht Synergien zwischen den drei Häusern nutzen würde. Es ist uns sehr wichtig, dass man die Synergien wirklich optimal nutzt, sei es, indem man mehr Wirkung hat oder effizienter arbeiten kann. Aber Ernst Zingg hat uns als Vater dieser Kulturszene gesagt, dass die drei Ausrichtungen wirklich eigenständig sind. Deshalb sind wir damit einverstanden. Weiter haben wir die Frage diskutiert, ob es eventuell Sinn machen würde, den Kulturbereich, das heisst die drei Museen, Stadtarchiv und Stadtbibliothek unter einer Leitung zu führen. Das ist eine Idee, die man gerade im Hinblick auf den Neubau vom Stadtrat aus noch einmal prüfen müsste. Vielleicht noch etwas zur SVP-Fraktion: Wenn man etwas mit der Sponsoring- und mäzenalen Szene vertraut ist, weiss man, dass man vielleicht für ein Gebäude Geld sammeln kann oder einen Anteil, aber man kann nie für einen Betrieb, für ein Museum, Geld sammeln. Das gibt es ganz selten. Es sind oft Legate, wenn jemand stirbt und eine grosse Stiftung macht. Wenn ich die Region Olten anschau, sehe ich eigentlich niemanden, wo dies stattfinden wird. Es gibt ganz wenige Orte in der Schweiz, wo

wir dies haben. Das ist historisch gewachsen. Im Wallis haben wir einen solchen Fall, in Basel und Bern. Aber das sind Glücksfälle, von denen es ganz, ganz wenige gibt. Ich glaube nicht daran, dass wir in der Region Olten so etwas machen könnten. Das Kunstmuseum, das wirklich eine sehr gute Sammlung hat, preis zu geben, fände ich sehr schade und eine kurzfristige Politik.

Dr. Markus Ammann: Die SP-Fraktion unterstützt ein weiteres Mal einstimmig die Museumslandschaft in Olten in der derzeitigen Form. Schon der Kulturbericht im November 2004 haben wir zusammen mit dem gesamten Parlament wohlwollend zur Kenntnis genommen. Mehrmals ist dies bekräftigt worden mit dem Entscheid zu Stellenerhöhungen in den Jahren 2005 und 2009, immer in der vollen Überzeugung, dass diese drei Museen eine wichtige Rolle für diese Stadt spielen. Selbstverständlich spielt die Herkunft und Geschichte der einzelnen Museen eine Rolle und eine Hinterfragung, wie wir sie heute Abend vielleicht noch einmal machen, ist deshalb auch immer wieder angebracht, gerade wenn ein Entscheid von grosser Tragweite, wie zum Beispiel ein Museumsneubau ansteht. Ist diese Frage aber einmal geklärt, bin ich der Meinung, dass man auch wieder ganz klar dazu stehen darf, dass der Entscheid, den man schon mehrmals getroffen hat, richtig gewesen ist. Wir sind überzeugt, dass die drei Museen ihre Berechtigung in der heutigen Form haben. Sie sind Gewissen und Erinnerung, beantworten auch immer wieder Fragen nach dem Woher, Warum und Wieso und wenn es gut kommt sogar nach dem Wohin. Die drei Museen sind wichtig. Sie verankern uns in der Kultur, Geschichte der Region. Sie lassen eine Auseinandersetzung mit der Geschichte und der Region zu. Sie geben Identität und damit auch ein Stück weit Sicherheit. Auch hier: Im guten Fall schützen sie uns auch ein Stück weit vor Verführungen mit ganz einfachen Ideen, wie dies auch schon passiert ist. Selbstverständlich haben Museen auch einen wissenschaftlichen Auftrag. Das darf nie vergessen werden. Dort wird gesammelt, und Wissenschaftler sind ein wichtiges Publikum für die Museen. In Olten nehmen die Museen nach unserer Auffassung ihre Aufgaben verantwortungsbewusst wahr. Sie nehmen sie sogar erfolgreich wahr, zum Teil sogar vorbildlich, so gut, dass das Image der Stadt Olten durch die Arbeit der Museen weit über die Region hinaus positiv beeinflusst wird. Wir sind aber nicht so naiv zu glauben, dass wir nichts besser machen können. Ein Kernproblem, das wir auch angesprochen haben, bleibt immer bestehen. Gute Arbeit braucht eine sichere Finanzierung. Heute ist dies nicht unbedingt immer gewährleistet. Gerade auch, wenn wir möchten, dass wir gute Ausstellungen mit Ausstrahlung haben und vielleicht häufiger grosse Ausstellungen, als im Bericht gestanden ist. Wenn man nur alle zehn Jahre eine grosse Veranstaltung macht und wir drei Museen haben, kommt jedes Museum alle 30 Jahre für eine grössere Ausstellung an die Reihe. Ich denke, das ist deutlich zu wenig. Wir brauchen auch Geld für weitere gute pädagogische Arbeit, welche die Museen leisten. Die Gelder, die es zum Teil für diese Projekte aus dem kantonalen Lotteriefonds gibt, sind sicher willkommen. Ich frage mich, ob der Kanton der Bedeutung unserer Museen durch eine bessere feste Finanzierung nicht etwas besser gerecht werden könnte. Die Anerkennung, wie wir sie zum Beispiel mit den Berichten zum Historischen Museum haben, genügt einfach nicht. Zweitens: Die weitere thematische, methodische und zeitliche Fokussierung hilft, die Konturen unserer Museen noch zu stärken. Das geht in die Richtung, die auch die SVP meint. Ich denke, wir könnten dort noch etwas erreichen und zwar bei allen Museen. Ich gehe aber auch aus der Erfahrung davon aus, dass es eine Daueraufgabe ist, welche die Museen jetzt schon wahr nehmen. Drittens: Wir finden es gut, drei eigenständige Museumssparten zu haben, und hier unterscheiden wir uns ein Stück weit, eine eigene Leitung, eine eigene Programmierung, eine eigene Sammlung etc. Trotzdem meinen wir, dass man mehr Synergien nutzen könnte, zum Beispiel bei den Betriebsabläufen. Das werden wir sehen. Das wird sicher mit den Bauten zusammen hängen, mit dem Auftritt nach aussen, ohne dass man auf die Identität der einzelnen Museen verzichten muss. An einem einheitlicheren Auftreten im Rahmen von Olten, neudeutsch heisst dies ja Corporate Identity, können wir meines Erachtens ganz sicher noch arbeiten. Hier profitieren wir schliesslich als Stadt und die Museen profitieren auch davon. In diesem Sinne unterstützen wir die stadträtliche Vorlage und freuen uns auf kreative Ideen bei einem zukünftigen Museumsneubau.

Beschluss

Mit 36 : 4 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

Beschluss

Mit 36 : 4 Stimmen wird der Rückweisungsantrag der SVP abgelehnt.

Beschluss

Mit 36 : 4 Stimmen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Der Weiterführung der drei städtischen Museen – Historisches Museum, Kunstmuseum und Naturmuseum – als eigenständige Institutionen mit der aktuellen Ausprägung im Sinne der obenstehenden Ausführungen wird im Sinne der Erwägungen zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler
Baudirektion/Herr Adrian Balz
Stabsstelle Planung/Herr Pietro Prina
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. März 2009

Akten-Nr. 54/10

Prot.-Nr. 65

Olten Info, Neuorganisation, Einmietung Frobургstrasse 1 sowie Beitrag Mieterausbau und Einrichtungskosten/Genehmigung

Ab 2010 sollen wesentliche Aktivitäten des Standortmarketings der Stadt Olten in der Liegenschaft Froburgstrasse 1 an prominenter Lage unmittelbar gegenüber dem Bahnhof konzentriert werden. Den jährlichen Kosten für ein langfristiges Mietverhältnis in der Höhe von CHF 96'000 exkl. NK und für den erhöhten Personalbedarf für die geplante Info Desk in der Höhe von CHF 150'000 steht ein Mehrwert in Form einer konzentrierten Anlaufstelle für Informationen und Dienstleistungen in den Bereichen Tourismus, Kultur und Wirtschaft gegenüber. Zudem fällt ein einmaliger Beitrag für den Mieterausbau und die Ersteinrichtung in der Höhe von CHF 800'000 an.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag

1. Ausgangslage

1.1 Bisherige Situation

Derzeit befinden sich wichtige Kontaktstellen bezüglich Standortmarketing in Olten an verschiedenen Orten: Die Wirtschaftsförderung und Region Olten Tourismus (ROT) haben ihren Sitz im Distelihaus, das Info-Büro befindet sich in Kombination mit einem privaten Reisebüro als Mandatnehmer von ROT im Oberen Graben. Die Verwaltung der Stadttheater Olten AG mit einem bedeutenden Ticketvorverkauf befindet sich derzeit im 3. Stockwerk des Bürgerhauses an bezüglich Kundenfreundlichkeit wenig attraktiver Lage.

1.2 Auslösendes Element

Nachdem die CS ihren Sitz an der Froburgstrasse 15 konzentriert hatte, wurde im vergangenen Frühling das Eckhaus Froburgstrasse 1 zwischen Theatersaal und Konzertsaal für eine neue Nutzung frei. Die Einwohnergemeinde Olten (EGO) meldete daraufhin ihr Interesse an dieser Liegenschaft an. Im Vordergrund standen die Verlegung der Verwaltung der Stadttheater Olten AG an eine publikumsfreundlichere Lage und die Konzentration der Dienstleistungen des Standortmarketings an der zentralen Lage bei der Bahnhofbrücke vis-à-vis des Oltnen Bahnhofs. Hinzu kommt, dass sich hier die Möglichkeit bot, bisher fehlende Gruppenräume anzubieten, um das Stadttheater vermehrt auch für Seminare zu nutzen.

Ein Erwerb durch die EGO wäre mit hohen Kosten nicht nur für den Kauf, sondern auch für die Renovation der Liegenschaft, deren Nutzfläche den Bedarf der EGO bzw. der genannten Organisationen deutlich überschritten hätte, verbunden gewesen. Zudem entsprach der erforderliche lange Gang durch die Instanzen inklusive Volksabstimmung nicht den zeitlichen Vorstellungen der damaligen Eigentümerin. Im Rahmen der Gespräche mit der Eigentümerin zeichnete sich aber die Möglichkeit ab, mit der der CS nahestehenden Immobilien-

gesellschaft Swiss Prime Site zusammenzuarbeiten: einerseits wollte Swiss Prime Site im repräsentativen Eckhaus ihren Hauptsitz in Olten etablieren, nachdem zwischenzeitlich auch ein Wegzug aus Olten zur Diskussion gestanden hatte; andererseits hatte sie keinen Bedarf für die ganze Liegenschaft und bot daher der EGO an, die bisherige Schalterhalle im Erdgeschoss und Sitzungsräume im 2. Obergeschoss langfristig zu mieten. Im Sommer 2008 erwarb die Swiss Prime Site als klares Bekenntnis zum Standort Olten die Liegenschaft Frobургstrasse 1 und bot die erwähnten Lokalitäten als Partnerschaft zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft der EGO zur Miete an.

1.3 Strategische Grundlage

In seinem Regierungsprogramm 2005-2009 formuliert der Stadtrat als Ziel, mit Hilfe von Partnerorganisationen dafür zu sorgen, dass die zahlreichen Vorzüge der Stadt Olten in Stadt und Region, aber auch schweizweit bekannt werden. Dazu dient insbesondere auch die organisatorische und räumliche Zusammenführung der Partnerorganisationen.

2. Erwägungen

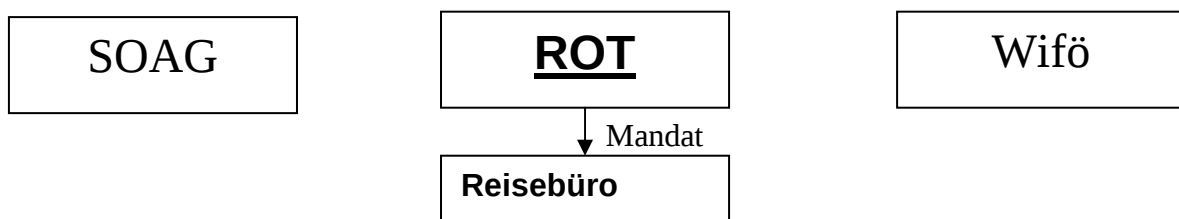
Mit einer Einmietung in der Lokalität Froburgstrasse 1 bietet sich in der Stadt Olten die einmalige Gelegenheit, wesentliche Standortmarketing-Dienstleistungen an einer zentralen Stelle zu vereinigen, damit Synergien zu erzielen und der Kundschaft eine einheitliche Anlaufstelle für deren Bedürfnisse bezüglich Informationen und Dienstleistungen in den Bereichen Tourismus, Kultur und Wirtschaft zu bieten. Der Dienstleistungsumfang kann je nach Bedarf künftig auch erweitert werden. Die Lokalität kann dadurch auch zu einem Imageträger an bester Lage in Olten werden. Zusätzlich können auch die seit langem bestehenden Bedürfnisse des Stadttheaters bezüglich Gruppenräume abgedeckt werden.

3. Zielsetzungen und Vorgehen

3.1 Olten Info

Die Stadttheater Olten AG (SOAG) und die beiden Vereine Region Olten Tourismus (ROT) und Wirtschaftsförderung Region Olten (Wifö) bilden unabhängige Organisationen mit eigenen Strukturen. ROT erfüllt heute die in der Leistungsvereinbarung mit der EGO definierte Aufgabe, ein Info-Büro für touristische Informationen zu betreiben, indem sie ein privates Reisebüro mandatiert und mit CHF 65'000 jährlich entschädigt.

Situation Standortmarketing heute:



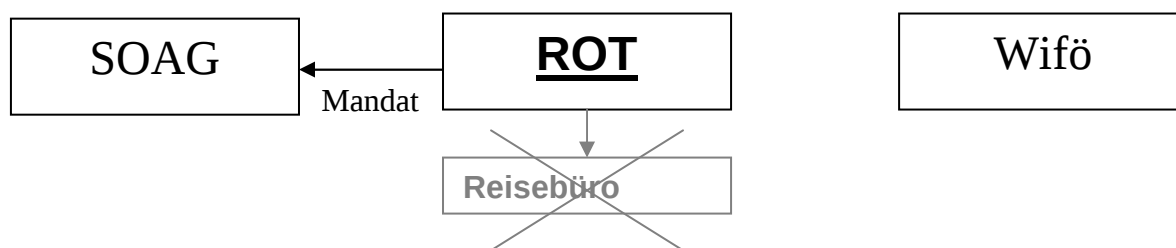
Im Parterre der Liegenschaft Froburgstrasse 1 können neu die verschiedenen heute dezentral gelegenen Partner zur Nutzung von Synergien und Stärkung der eigenen Kompetenzen zusammengeführt werden. Im Zentrum steht eine Info-Desk in Form einer zentralen Informations- und Anlaufstelle für Reservationen, Anfragen und Dienstleistungen, geöffnet voraussichtlich Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr und samstags von 8 bis 12 Uhr.

Dort werden im Wesentlichen die folgenden Dienstleistungen angeboten:

Bereiche	Kultur	Tourismus	Wirtschaftsförderung
Angebot	Theater, Konzerte, Tanz, Museen, Galerien, Kinos, Clubszene, Unterhaltung, lokale Vereine private Veranstalter	Hotels, Gastronomie Tagungen, Konferenzen Stadtführungen Sportveranstaltungen Freizeitangebote	KMU-Support und Betreu- ung von Interessenten Wohnmarketing Informationen, Studien und Standortbroschüren
Dienstleistung	Informationen Kontaktvermittlung Offerten Dokumentationen Buchungen/Reservationen	Informationen Kontaktvermittlung Offerten Dokumentationen Buchungen/Reservationen	Informationen Vernetzungen, Support Dokumentationen Facts&Figures, Analysen Entscheidungsgrundlagen

Die beteiligten Partner bleiben aktuell weiterhin unabhängige Organisationen mit eigenen Strukturen. Für den Betrieb der zentralen Info-Desk erteilt ROT ein mit einer Leistungsvereinbarung versehenes Mandat an die SOAG, die das erforderliche zusätzliche Personal anstellt. Im Gegenzug wird die bisherige Zusammenarbeit mit dem privaten Reisebüro per Ende 2009 beendet.

Situation Standortmarketing ab 01.01.2010:



3.2 Gruppenräume

Mit den insgesamt fünf Gruppenräumen bietet sich der SOAG die Gelegenheit, vermehrt auch Seminarveranstaltungen anzuwerben und durchzuführen, die neben den bereits bestehenden Plenarräumen (Theatersaal, Konzertsaal und Foyer) auch Lokalitäten für Gruppenarbeiten benötigen. Die Räume im 2. Obergeschoss werden durch die SOAG verwaltet und sind separat zugänglich durch das Treppenhaus der Liegenschaft Frobürgstrasse 1; sie sind räumlich getrennt von den Räumlichkeiten des Stadttheaters und daher auch von diesen getrennt nutzbar. Mit diesen Gruppenräumen erfüllt sich ein langjähriges Anliegen der Stadttheater-Leitung, die bisher auf die in nicht genügendem Ausmass oder in zu grosser Distanz entfernt bestehenden Raumangebote von Dritten (Gastronomiebetriebe, Konferenzzentren, Distelihaus) angewiesen war; nicht geplant ist hingegen die Integration eines Gastronomieangebots in den neuen Räumlichkeiten, da in der unmittelbaren Nachbarschaft ein genügend grosses, hochwertiges Angebot besteht, das nicht von der öffentlichen Hand konkurrenziert werden soll.

4. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

4.1 Finanzielle Auswirkungen

Olten Info soll Anfang 2010 in Betrieb gehen; auf diesen Termin fallen die nachstehend aufgelisteten wiederkehrenden Mietkosten sowie die einmaligen Beträge für den Mieterausbau und die Ersteinrichtung an. Da die Eigentümerin der Liegenschaft Frobürgstrasse 1 im Hinblick auf den am 1. Mai 2009 beginnenden Umbau und den erforderlichen Mieterausbau bereits zum jetzigen Zeitpunkt das Mietverhältnis vertraglich absichern will, ist ein Grundsatzentscheid im Sinne eines vorgezogenen Budgetentscheids für das Budget 2010 erforderlich. Die bauseitigen Investitionen werden unter Nutzung entsprechender Synergien durch die Swiss Prime Site als Bauherrin vorgenommen und von der EGO mit einem einmaligen Beitrag abgegolten.

4.1.1 Betrieb Olten Info im Erdgeschoss

Nachdem die jeweilige Finanzierung der involvierten Parteien (SOAG, Wifö und ROT) streng genommen nicht über die Dauer der – schwergewichtig mit der EGO – bestehenden Leistungsvereinbarungen gesichert ist, bietet sich die EGO als Mieterin an, die mit der Swiss Prime Site einen langfristigen Mietvertrag – vorgesehen über 20 Jahre – abschliessen kann. SOAG, Wifö und ROT treten als Untermieter auf.

Für die Führung der Info Desk drängt sich die SOAG als gut (ein)geführte, über mehrere Mitarbeitende verfügende Organisation auf; zwischen ihren bisherigen Mitarbeitenden und den neu für die Info Desk anzustellenden Personen werden Synergien genutzt, so dass die Info Desk personell nicht autark funktionieren muss und somit die zusätzlichen für die Wahrnehmung der ausgedehnten Öffnungszeiten erforderlichen Stellenprozente auf 120 beschränkt werden können. ROT deckt den zusätzlichen Aufwand der SOAG für den Betrieb der Info Desk durch ein Mandat ab. Die Leistungsvereinbarung mit ROT wird auf 1. Januar 2010 entsprechend angepasst.

Die Betriebskosten von Olten Info sind auf der Aufwandseite im Wesentlichen durch die Positionen Raummiete Erdgeschoss (CHF 51'500 ohne Mieterausbau⁷) und Personalkosten für die Info Desk (CHF 150'000 für zusätzliche rund 120 Stellenprozente zur Abdeckung der umfangreichen Öffnungszeiten) geprägt, auf der Einnahmenseite durch die teilweise Vermietung der Räumlichkeiten an die Partnerorganisationen und den Ertrag aus der Vermietung der Gruppenräume.

4.1.2 Betrieb Gruppenräume im 2. Obergeschoss

Die Gruppenräume im 2. Obergeschoss werden von der EGO mit jährlichen Kosten von CHF 44'500¹ gemietet und an die SOAG untervermietet. Die Gruppenräume sollen zumindest kostendeckend geführt werden.

Mit den Gruppenräumen sollen die derzeit von der Wirtschaftsförderung betriebenen Räumlichkeiten des Distelihauses abgelöst werden. Das Distelihaus, in dem in den nächsten Jahren hohe Investitionen anfallen würden, soll nach Möglichkeit einer Nutzung durch Dritte mit entsprechenden Einnahmen oder einer Veräusserung zugeführt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt besteht das Risiko, dass die bisher dort durch die Vermietung von Räumen eingegangenen Erträge in der Höhe CHF 33'000 (10-Jahres-Schnitt 1999 bis 2008) pro Jahr ausfallen, die Kosten aber gleich bleiben.

⁷ Gemäss indexiertem Mietvertrag LIK (Landesindex der Konsumentenpreise)

4.1.3 Einmalige Investitionen

Für den Mieterausbau wird eine einmalige Zahlung eines Beitrags in der Höhe von 550'000 an die Bauherrin erforderlich. Dieses Vorgehen ist einer Abgeltung via Mietzins vorzuziehen. Mit der Vermieterin wird im Rahmen des Mietvertrags eine Vereinbarung über eine Anrechnung des Restwertes im Falle einer vorzeitigen Auflösung des Mietverhältnisses getroffen. Die EGO als Mieterin ist für den Unterhalt des Mieterausbaus verantwortlich, die Vermieterin für den Unterhalt der Gebäudehülle und der -infrastruktur.

Für die Ersteinrichtung der Räumlichkeiten von Olten Info sowie der Gruppenräume wird zusätzlich mit Kosten von CHF 250'000 gerechnet. Gerade für den Empfangsbereich mit der Info-Desk ist aus Imagegründen eine einheitliche, repräsentative Einrichtung notwendig. Die Einrichtungsgegenstände gehen in den Besitz der jeweiligen Nutzer über und müssen von diesen amortisiert und auch ersetzt werden. Im Falle einer Veräusserung des Distelihauses könnte durch Weiternutzung bestehender Einrichtungen (insbesondere Mobiliar Sitzungsräume) ein Teil der Einrichtungskosten in den neuen Gruppenräumen wegfallen.

4.1.4 Mehrbelastung Stadtrechnung

Die oben erwähnten Mehraufwendungen führen, unter Einbezug der Nebenmietkosten und der Verzinsung und Abschreibung der einmaligen Investitionen, zu einer jährlichen Mehrbelastung der Stadtrechnung in der Höhe von CHF 232'000. Entsprechend werden die Leistungsvereinbarungen mit den involvierten Organisationen angepasst:

- LV Wifö von CHF 90'000 um CHF **23'000** auf neu CHF 113'000 (höhere Mietkosten)
- LV SOAG von CHF 600'000 um CHF **47'000** auf neu CHF 647'000 (höhere Mietkosten)
- LV ROT von CHF 120'000 um CHF **162'000** auf neu CHF 282'000 (Restkosten, insb. zusätzl. Personal)

4.2 Mittelrückfluss bzw. Mehrwert

Die räumliche Zusammenlegung der wichtigsten Player des Standortmarketings führt wie erwähnt zu Synergien, die sich auch in Mehrleistungen äussern werden. Die Gruppenräume verbessern das Angebot des Tagungszentrums Stadttheater Olten; ihre Vermietung wird sich mittelfristig in den Erträgen der Stadttheater Olten AG bzw. des Gesamtbetriebs niederschlagen. Das Leistungsangebot der Info Desk kann bei Bedarf und entsprechender Nachfrage auch weiter ausgebaut werden (Ticketvorverkäufe für Dritte etc.).

5. Beschlussesanträge

- 5.1 Der Einmietung der Einwohnergemeinde Olten in der Liegenschaft Froburgstrasse 1 (Dienstleistungszentrum mit Info Desk im Parterre und Gruppenräumen im 2. Obergeschoss) per 1. Januar 2010 für eine Dauer von 20 Jahren mit einem jährlichen Mietzins von CHF 96'000 exkl. NK wird zugestimmt.
- 5.2 Für den Mieterausbau und einmalige Einrichtungskosten wird ein Investitionskredit in der Höhe von CHF 800'000 zu Gunsten Konto 029.503.01 (Investitionsrechnung) genehmigt. Mit der Vermieterin wird im Rahmen des Mietvertrags eine Vereinbarung über eine Anrechnung des Restwertes im Falle einer vorzeitigen Auflösung des Mietverhältnisses getroffen.
- 5.3 Den folgenden Anpassungen der bestehenden Leistungsvereinbarungen wird zugestimmt:
- LV Wifö von CHF 90'000 um CHF **23'000** auf neu CHF 113'000
 - LV SOAG von CHF 600'000 um CHF **47'000** auf neu CHF 647'000
 - LV ROT von CHF 120'000 um CHF **162'000** auf neu CHF 282'000
- 5.4 Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- 5.5 Ziff. 5.1 bis 5.3 dieses Beschlussesantrags unterstehen dem fakultativen Referendum

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung und dem Zusatzantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Dr. Markus Ammann: Die GPK hat dem Beschlussesantrag in der abgeänderten Form betreffend Distelihaus, wie Ihr es auf dem gelben Blatt seht, einstimmig mit 8 : 0 Stimmen zugestimmt. Das zeigt auch ganz klar das Wohlwollen, das in der GPK, für die Stossrichtung einer verstärkten Präsenz der Stadt und den konkreten Vorschlag des Infoschalters vorhanden gewesen ist. Ebenso hat man als gut befunden, dass es zusätzliche Räume gibt, die der Stadttheater Olten AG mehr Handlungsspielraum oder sogar ein Stück weit ein neues lang ersehntes Geschäftsfeld eröffnen. Trotzdem hat es eine intensive Diskussion, hauptsächlich zu drei Punkten, gegeben. Erstens: Die Kosten sind im ersten Moment als sehr hoch empfunden worden. Einerseits ist kritisiert worden, dass zum hohen Mietpreis noch eigene Investitions-kosten anfallen würden. Allerdings ist dann in der Diskussion je länger desto klarer geworden, dass über die orts- und lageüblichen Mietzinse die Meinungen doch weit auseinander gehen. Zudem ist auch festgestellt worden, dass mit der Swiss Prime Site doch ein Verhandlungs-partner am Tisch gesessen hat, der durchaus weiss, welches der ortsübliche Mietzins ist. Offen ist auch die Frage geblieben, ob die Ausbaukosten noch reduziert werden können. Mit den zwischenzeitlich detaillierteren Angaben und der Zusicherung, dass auch die SPS den Gesamtausbau gerne günstiger machen möchte, ist wahrscheinlich auch hier das Maximum des Spielraums ausgelotet. Das zweite Diskussionsthema ist die höhere Leistungsvereinbarung gewesen, ob sie gerechtfertigt ist oder nicht. In diesem Zusammenhang ist intensiv die Frage gestellt worden, ob es sinnvoll ist, wieder mehr Personal anzustellen. Dazu hat man erklären müssen, dass man natürlich mit der Vorlage nicht mehr städtisches Personal angestellt, sondern lediglich zusätzliche Leistung, vor allem in Form von längeren Öffnungszeiten des Infostandes eingekauft wird. Das hat aber dann nicht vor der Diskussion geschützt, ob das Personal nicht doch gleich direkt bei der Stadt angestellt werden soll. Allerdings sind dann vor allem Nachteile dieser Lösung bekannt geworden, so dass man dann eigentlich nicht mehr hat weiter diskutieren müssen. Ein Vorschlag hat dann aber doch mit einer Kürzung der Leistungsvereinbarung gewollt, dass die Öffnungszeiten ebenfalls gekürzt werden. Wir haben dann einen Kompromissantrag diskutiert, der gesagt hat, die Leistungsvereinbarung solle einfach zeitlich

gekürzt werden. Das heisst, man macht jetzt ein Jahr lang eine Leistungsvereinbarung und verhandelt dann später, nach der Erfahrung des ersten Jahres, die folgende Leistungsvereinbarung. Dieser Antrag ist dann mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt worden. Als dritter Punkt ist die Situation des Disteli-Hauses diskutiert worden, das mit der Vorlage und dann mit dem Umzug der Wirtschaftsförderung eigentlich den Nutzen für die Stadt mehr oder weniger verliert. Einigkeit ist vorhanden gewesen, dass für die Stadt die bestmögliche Lösung gefunden werden soll, sei es mit einem Verkauf oder mit einer anderen Lösung. Die Mehrheit der GPK hat aber dem Verkauf klar den Vorzug gegeben. Der neue Punkt 4 der Vorlage beschreibt den Kompromiss so, dass dem Verkauf eine hohe Priorität eingeräumt werden soll. Noch einmal: Die GPK ist einstimmig hinter diesem Antrag gestanden.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Das Ziel dieser Vorlage ist klar. Standortmarketing der Stadt Olten in seiner breiten Palette möchte man an sogenannt bester Lage konzentrieren, gegenüber dem Eingangstor unserer Stadt – ich glaube, hier sind wir uns alle einig – unserem Bahnhof Olten. Es geht darum, jetzt und auch in Zukunft Infrastrukturen zu haben, um nun wirklich die Vermarktung dieser Stadt, den Forderungen übrigens aller politischen Parteien quer durch alle Gruppierungen und einer Forderung der Wirtschaft und des Gewerbes - dazu kann ich gleich noch etwas ganz Aktuelles sagen - und nicht zuletzt der Bevölkerung von Olten, „Olten 2020“, zu verbessern, und eben auch Möglichkeiten zu schaffen, das Thema Vermarktung so anzugehen, zu erweitern, auszubauen, dass es auch Sinn macht und auch ein ganz klarer Fortschritt für unsere Stadt, weit über die Stadtgrenze hinaus, ist. Es geht darum, dass seinerzeit bei der Renovation des Stadttheaters Olten, die das Parlament fast mit Einstimmigkeit angenommen hat, ein damals formuliertes Postulat erfüllt werden kann, nämlich für den sehr gut laufenden Tagungs- und Konferenzbereich - auch für das abgelaufene Jahr 2008 kann man das klar sagen - die entsprechenden Gruppenräume zu schaffen oder zu haben, weil eben genau dies immer wieder verlangt wird. Gerade im zweiten Halbjahr 2008 gab es eine Fülle von Anfragen, wo dies verlangt wurde. Gruppenräume mit dem Effekt, dass sie nicht nur für Tagungen und Konferenzen für das Stadttheater benutzt werden können, sondern auch für Sitzungen – ich glaube, das ist gar nicht so unwichtig - und Besprechungen von anderen Institutionen, die Stadt und für andere, die Bedürfnisse haben, ohne irgend jemanden konkurrenzieren zu wollen. Dieses Bedürfnis ist in der Stadt Olten gewaltig gestiegen. Die Grundlage dieser Zielsetzung ist ein freisinniger Vorstoss, der vom Parlament fast einstimmig überwiesen worden ist, und eigentlich verlangt hat, dass die Besetzung des besten Platzes an bester Lage, man hat damals gehört, dass es eine Veränderung geben könnte - durch die Stadt unbedingt an die Hand genommen werden muss. Es ist damals um das CS-Gebäude und das Amtsgerichtsgebäude gegangen. Das hat sich mittlerweile von selber erledigt, weil der Kanton die Liegenschaft weiter braucht und dementsprechend auch zum Teil renoviert hat. Aber das CS-Gebäude ist ein Thema. Dort hat sich die Situation vor einigen Monaten nun grundlegend geändert. Die schweizerische Bank CS hat eine Immobilienumstrukturierung vorgenommen und in der ganzen Schweiz 60 Immobilien der ähnlichen Art wie hier in Olten zur Veräusserung auf den Markt gebracht. Die Bank selber hat an die Frobürgstrasse 15 gewechselt. Eigentümerin ist übrigens die Swiss Prime Site. Das ist also ein auslösendes Moment. Es steht auch genau so im Bericht und Antrag. Etwas prosaischer ausgedrückt: Anmeldung der Interessen der Stadt: Wir haben unmittelbar nach der Überweisung des Vorstosses in Briefform klar angemeldet, dass wir Interesse an dieser sogenannt besten Lage haben. In den letzten Monaten ist ein weiterer Punkt dazu gekommen. Die Swiss Prime Site hat gerade ihre Bilanz bekannt gegeben. Deshalb kann man es auch sagen. 3,9 Milliarden Franken im Geschäftsbereich Immobilien. Die SPS hat sich ernsthaft mit dem Gedanken befasst, möglicherweise aus Olten wegzuziehen, und es würde Sinn machen, in der Metropolitan-Agglomeration, wo sie jetzt schon Büros hat, ihren Hauptsitz einzurichten. Es ist aber ein klares Standortbekenntnis gekommen, wo man gehört hat, dass die Immobilie Frobürgstrasse 1 auf dem Markt ist. Die SPS hat gesagt, sie möchte dies im Sinne einer Partnerschaft erwerben. CS und SPS ist eine Partnerschaft. Sie möchten damit ihren Standort in Olten und das Bekenntnis zur Stadt Olten und der Region klar dokumentieren. Wir wissen als nächsten Punkt auch, dass die Stadt Olten Interesse hat und diesen Standort nutzen möchte dafür, wie ich es vorher zu sagen versucht habe. Im Mediencommuniqué, wo

der Kauf publiziert worden ist, hat es geheissen: „Die SPS kann mit diesem Investment die Bedürfnisse der Privatwirtschaft, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand gleichzeitig hervorragend abdecken“. Sie sehen im Bericht und Antrag, dass Kauf- und Renovationskosten bei einem Kauf durch die Einwohnergemeinde eine Investition von mehreren Millionen Franken ausgelöst hätten, die Gebäudenutzfläche für die Bedürfnisse der Stadt aber bei weitem überschritten worden wären. Ein weiterer Punkt ist diese Investition. Herr Kollega Buck: Hier könnte man nun das Wort „Salamitaktik“ brauchen, wenn man jetzt dem Parlament einfach den Kauf präsentiert und gesagt hätte: Wir bauen dann einmal etwas daran. Das Parlament hätte darüber entscheiden wollen: Was macht Ihr genau? Was gebt Ihr aus? Dann hätte es von der Dimension her glasklar eine Volksabstimmung gegeben. Es ist auch eine Zeitfrage der Verkäuferschaft und der neuen Käuferschaft gewesen, um zu handeln. Wir haben daraus das Fazit gezogen – ich habe es in der GPK gesagt – und haben gute, harte Verhandlungen mit der SPS geführt, einen langfristigen Mietvertrag aushandeln können mit einem Ausbau, wo wir notabene auch bestimmen können, wie wir es haben wollen, was über eine Submission passiert. Ich komme noch darauf zurück, wie man aus finanziellen Gründen etwas daran machen kann. Wir haben auch gesagt, dass wir eine Investition in diese Räumlichkeiten vornehmen müssen wie einen Welcome-Desk, um dieses neudeutsche Wort zu verwenden, einen Info-Point oder eine Ansprechstelle an bester Lage. Das muss auch dementsprechend aussehen und zwar nicht heute, sondern auf längere Frist hinaus mit der entsprechenden Infrastruktur. Auf der anderen Seite sind wir aufgrund dieser Verhandlung die organisatorische Lösung dieses Betriebes sehr schnell angegangen. Ihr habt gelesen und studiert, wie man zum Konstrukt, das wir Euch jetzt vorschlagen wollen, kommt. Es ist bekannt, dass ich der Finanzminister der Stadt bin, und die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist für mich notabene bei jedem Geschäft ein Thema. Diese Überlegungen sind auch klar in die Verhandlungen eingeflossen, ebenso die Berechnung der Finanzströme und wie wir dies organisatorisch mit den Leistungsaufträgen mit diesen Institutionen lösen. Es gilt eine Aussage praktisch ganz klar zu wiederholen: Wenn man sich positionieren will und eine Zielsetzung hat, zum Image etwas beizutragen, sich zu verkaufen, das Wort Standortmarketing wirklich zu brauchen, nicht in Anführungs- und Schlusszeichen, sondern auch zukünftig noch besser und vor allem intensiver lösen zu können und zu machen, braucht man eine Infrastruktur. Ohne eine Investition kann man dieses Ziel nicht erreichen und ohne Infrastruktur auch nicht. Vermarktung von Produkten entsteht meistens mit einer Vorinvestition, an einigen Orten aus einer Forschung heraus. Aber es braucht immer eine Investition oder eine Vorinvestition. Ich glaube, dies ist in der Wirtschaft klar. Die einmalige Investition durch die Stadt erfolgt aus der Verhandlung heraus. Ich möchte ganz transparent sagen, dass wir in der ersten Verhandlungsrunde einen recht hohen Mietzins vorgesetzt erhalten haben. Deutsch gesagt habe ich der Delegation vis-à-vis erklärt: Für uns nicht diskussionswürdig. Zu hoch. Wir haben dann wirklich Lösungen gesucht, und es hat ganz klar Entgegenkommen gegeben. Eine eigene Investition, das heisst, wenn wir selber aus unseren finanziellen Mitteln investieren, beeinflusst ganz klar – das habe ich auch in der GPK gesagt – die Mietzinsgestaltung. Die Fraktionen haben diskutiert, ob man im Bereich Mietzins oder im Bereich der Investitionen nicht noch etwas machen kann. Wir haben den Fraktionspräsidenten ein Papier zukommen lassen, indem steht, dass die Mietzinsstruktur, gleich der Mietzins an und für sich, gilt. Die SPS ist hoch professionell. Sie weiss, wovon sie spricht. Hier hat in diesem Sinne kein Verhandlungsspielraum bestanden. Ganz wesentlich im Investitionsbereich ist aber – die SPS selbst sagt, dass die 3,3 Millionen Franken ungerade, die sie nur für unsere Bedürfnisse investieren möchten, für uns nicht unbedingt sakrosankt sind, sondern wir möchten sie eigentlich auch herunter holen. Es hat immer wieder Folgen für den Unterinvestor, wenn Ihr so wollt, für die übrigen Räumlichkeiten, die auch an der Kühlanlage und anderen Sachen hängen, Sachen, die im Übrigen sehr teuer sind und die vor allem niemand sieht. Man merkt es dann nur. Aber ein solches Gebäude ohne Infrastrukturen ist heute nicht denkbar. Wir haben ohne eine Zahl zu erhalten – dafür habe ich auch das grösste Verständnis - zur Kenntnis genommen, dass man bei der SPS die Submissionsphase ganz bewusst nutzen will. Man will nicht Preisdruck auf Handwerker ausüben, die das Geld in der heutigen rezessiven Wirtschaft brauchen können. Man will natürlich einfach gute Preise und vor allem auch gute Produkte haben. Vielleicht weniger das Luxuriöseste, sondern das Zweitbeste, um dementsprechend die Kosten senken zu können. Davon profitieren wir. Abgesehen davon denken wir, dass auch bei unseren

Einrichtungsvorhaben gewisse Kosten noch eingespart werden können. Die Berechnung für die drei Institutionen ist nicht ganz einfach zu verstehen. Sie sind in der Durchführung und Abwicklung, aber auch aus Sicht der Finanzdirektion, von unseren Fachleuten Markus Sieber und Mario Schenker, die dies akribisch verfolgt und geprüft haben, mit der anderen Seite, der SPS, in der Abfolge absolut richtig und logisch. Die Stadtrechnung selber erfährt drei Arten von Mehrbelastung. Erstens: Die Investition in den Ausbau des Mietobjektivs, also die Zahlung an die SPS für die Einrichtung, das Bauen. Zweitens: Die Einrichtung der Räumlichkeiten und drittens: Wiederkehrende Veränderung gleich Erhöhung der Aufwendungen für die drei Institutionen und nicht ein Personalkostenteil und nicht irgend ein Betriebskostenteil, sondern eigentlich die Erhöhung des Beitrags über den Leistungsauftrag, die nachher über eine Verrechnung stattfindet. Jetzt komme ich zum Personellen: Es ist ein Thema gewesen, das meiner Ansicht nach zu Recht diskutiert worden ist. Das werde ich überhaupt nicht. Wenn man einen Betrieb für die Imageerhaltung und die Ansprechstadt Olten an bester Lage in Betrieb nehmen oder führen will, braucht es dazu auch Öffnungszeiten, die dem entsprechen, was so etwas eigentlich bringen kann. Ihr habt im Bericht und Antrag auf Seite 2 unten gesehen, dass wir von 54 Mehrstunden sprechen, die hier generiert werden können und die wir generieren wollen, um die Schalteranlage, den Welcome-Desk dementsprechend zu betreiben. Jetzt könnte man sagen: Das kann irgend jemand machen. Es hat relativ viele Leute auf dem Arbeitsmarkt, möglicherweise in Zukunft noch mehr, die einen Job suchen. Aber es braucht zu diesem Zweck halt schon auch Leute, die eine gewisse Vor- und Ausbildung anbieten können. Ich möchte Euch ein praktisches Beispiel geben - wir haben dies auch im Brief an alle Fraktionen geschrieben - : Aarau hat ebenfalls einen solchen Büroschalter eingerichtet, nicht an so toller Lage wie Olten, hat eine Frequenz von 80 bis 100 Personen pro Tag, mitten in der Stadt, nicht beim Bahnhof. Eines der grossen Themen ist, dass es unglaublich viele Leute sind, welche die deutsche Sprache nicht beherrschen. Man muss heute in der Tourismusbranche einfach Englisch, Französisch und Italienisch sprechen. Ich denke, Ihr wisst das alle viel besser als ich, weil Ihr ja auch in die Ferien geht und Euch in all den Destinationen, die Ihr besucht, zu verständigen versucht. Dementsprechend braucht es auch eine gewisse Kompetenz. Diese und die Kapazität ist beim bisherigen Personal der drei Institutionen nicht unbedingt vorhanden. Es ist falsch, wenn ich sage: Die Kompetenz ist nicht vorhanden. Sehr viele Personen beherrschen dort Sprachen und haben hohe Qualität. Aber sie haben keine Kapazität, dies auch noch zu machen. Also braucht es dort mehr Leute. Das schlägt sich, um den Bogen jetzt wirklich zu machen, im Leistungsauftrag nieder, der den höchsten Steigerungseffekt von Region Olten Tourismus hat, und einen ganz wesentlichen Teil zusätzlicher Personalkosten beinhaltet. Ich möchte auch noch etwas zum Distelihaus sagen, allerdings nur am Rand erwähnt. Der Stadtrat hat gewisse Informationen, kann aber einfach nicht mehr sagen. Es soll auch nicht irgendwie eine „Hinterrücksaktion“ sein oder etwas verheimlicht werden. Aber im Gebiet, in dem das Distelihaus steht, verändert sich massiv etwas. Dann kann man vielleicht eins und eins addieren. Es gibt Möglichkeiten, das Distelihaus anders zu verwenden und auch Zwischennutzungsmöglichkeiten, die uns angeboten werden. Im heutigen Zeitpunkt kann man einfach noch keine glasklare Aussage machen. Ich bitte hier um Verständnis. Wir haben auch den Punkt 5.4 von der GPK in dem Sinne aufgenommen, wie es hier von ihr beantragt wird. Wenn es noch irgend welche Detailfragen zum Bericht mit allem drum und dran gibt, stehen Markus Dietler und ich zur Verfügung. Der Stadtschreiber ist ein wichtiger Mann in der ganzen Aktion, weil er zusammen mit den Institutionen Wirtschaftsförderung, Stadttheater Olten und ROT eigentlich das Konstrukt ganz wesentlich zu Papier gebracht hat. Felix Wettstein hat vorher etwas ganz Wichtiges von den Museen gesagt: „Nach aussen vertreten“. Das kommt dem genau entgegen. Wenn man die Museen noch besser nach aussen vertreten will, braucht es jemanden, der sagt, wo diese Museen sind, was sie machen, wo man anrufen kann, wohin man gehen kann, wo man geführt wird. Das Gebäude, in das wir dann als Info-Point gehen, muss auch angeschrieben sein. Das ist klar. Ich denke, das ist ein typisches Merkmal des Olten Info. Zum Schluss das Aktuellste: Ich habe um 17 Uhr bei der Bank, die hier übrigens auch beteiligt ist, an einem Meeting zum Thema „Trends und Perspektiven des nationalen und regionalen Immobilienmarktes“ teilgenommen. Es ist eine Studie der Credit Suisse Schweiz vorgestellt worden, eine Analyse in Zusammenarbeit mit Wüest und Partner und mit diversen anderen Unternehmungen zum Raum Aareland, aber insbesondere Olten-Gösigen-Gäu. Zu meiner Freude ist gesagt

worden, dass Olten in diesem ganzen Raum den steilsten Weg nach oben gemacht hat. Die Bevölkerung hat zugenommen. Wir haben im Vergleich mit allen den kleinsten Leerwohnungsbestand in der Stadt Olten. Es ist eine Bautätigkeit vorhanden. Man nimmt von aussen wahr, dass die Stadt Olten in verschiedensten Bereichen vorwärts gehen will, genau da, wo es um Vermarktung geht. Unter anderem ist wörtlich gesagt worden. Ihr müsst noch einen Punkt haben, wo man all dies erfährt. Das hat mich bestärkt. Nehmen Sie dies bitte genau so zur Kenntnis wie ich. Ich möchte Sie im Namen des Stadtrates bitten, dass wir heute nach innen und aussen ein Zeichen für unsere Stadt setzen, auf die Vorlage eintreten und den Beschlüssen zustimmen.

Rolf Schmid, FDP-Fraktion: Der Entscheid, der von unserer Fraktion zu diesem Geschäft gefällt worden ist, zeigt wahrscheinlich am besten, wie unsere Einstellung dazu ist. Wir haben einerseits einstimmig Eintreten zu diesem Geschäft beschlossen und uns dann aber bei den Beschlussesanträgen grossmehrheitlich für Stimmenthaltung entschieden. Das hat damit zu tun, dass wir dieses Geschäft in der Sache eigentlich eine sehr gute Vorlage finden, aber eben im Detail, in der Umsetzung gewisse Vorbehalte haben. Ich möchte dies ganz kurz erläutern. Zu den guten Sachen gehört ganz bestimmt, dass man mit diesem Geschäft eine Konzentration der Dienstleistungen im Bereich Tourismus, Kultur und auch Wirtschaftsförderung an einem Ort zusammen führen will. Das ist kundenfreundlicher. Es sollte letztlich eigentlich auch ressourcenschonender sein, und wir glauben auch, dass man damit eine gewisse erhöhte Professionalisierung erreicht. Diese Zusammenführung, Konzentration ist eigentlich eine konsequente Weiterführung von dem, was wir in den letzten Monaten mit verschiedenen Geschäften schon angedeutet haben. Wir wollen, dass in dieser Stadt Olten ein professionelles Stadtmarketing betrieben wird, dass man gegenüber Gästen, aber auch gegenüber der eigenen Bevölkerung in den Bereichen Tourismus, Kultur und Wirtschaft ein gutes Angebot hat. Wir glauben, dass man diesbezüglich sogar ein paar Schritte weiter gehen könnte. Wieso nicht prüfen – es ist auch schon gesagt worden – ob man nicht auch die Publikumsdienste der Stadt in ein solches Zentrum verlagern möchte? Ich denke, das wäre ein guter Schritt. Wir müssen uns auch bewusst sein, dass wir mit diesem Olten Info, mit dieser Zusammenführung noch nicht das haben, was wir uns als ein umfassendes und professionelles Stadtmarketing wünschen würden. Ernst Zingg hat es gesagt: Wir müssen dafür sorgen, dass die Vorteile und guten Aspekte, das Angebot unserer Stadt bekannt gemacht werden. Allein mit dem Info-Point ist dies noch nicht gemacht. Wir glauben, es braucht hier noch weitere Schritte in Richtung professionelles umfassendes Stadtmarketing. Auch dazu sind ja bereits erste Schritte eingeleitet, und wir möchten ermuntern, dass man hier noch weiter geht. Dann ein Wort zum Standort, den wir so als halb gute Sache betiteln würden. Zwar ist es sicher ein ganz prominenter Standort. Das ist richtig. Aber man muss vielleicht gleichzeitig hinterfragen, ob er für die Zielgruppe, die wir mit diesem Standort ansprechen wollen, auch wirklich der ideale ist. Wenn wir uns vorstellen, dass Leute von auswärts an diesem Info-Point gehen sollten, kommen sie entweder mit dem Zug oder Auto. Für beide Reisende ist dieser Standort vielleicht semiideal. Für die Zugreisenden wäre ein Info-Point am Bahnhof sicher von grösserem Vorteil. Für die diejenigen, die mit dem Auto anreisen, wird es nicht ganz einfach sein, im Umfeld dieses Info-Points auch einen entsprechenden Parkplatz zu finden. Wir glauben, dass es ein Kompromiss ist. In anderen Städten sehen wir doch, dass diese Infozentren im Bahnhof oder Stadtzentrum sind. Bei uns ist er jetzt halt irgendwo zwischen Stadtzentrum und Bahnhof. Ich glaube, es wird darauf ankommen, dass man ihn sehr gut ausschildert, bekannt macht und er einfach zu finden ist, woher man auch immer nach Olten kommt. Ich komme zum letzten Punkt, nämlich zu unseren grösseren Bedenken. Ihr werdet nicht überrascht sein, dass dies mit der Kostenseite zu tun hat. Die mit diesem Geschäft verbundenen Kosten sind in der Fraktion stark kritisiert worden. Wir haben das Gefühl, dass man betreffend Mietzins und Zusatzkosten, den Investitionen, die getätigt werden müssen, betreffend Verpflichtungen, welche die Stadt eingeht, vielleicht ein besseres Verhandlungsergebnis hätte erreichen können. Es sind viele Zahlen herum gereicht worden. Man kann solche Sachen rechnen wie man will. Wir haben letztlich das Gefühl gehabt, dass sowohl beim Quadratmeterpreis wie auch beim Kubaturpreis für den Standort des Oltner Info-Points an der Frobürgstrasse die Stadt Olten eher zu viel bezahlt. Jetzt ist es ja so, dass man sich, wenn man eine solche Konzentration von verschiedenen Organisationen macht, Synergien erhofft. Synergien

können immer auf zwei Seiten eine Wirkung haben. Man erhofft sich einerseits auf der Kostenseite eine Senkung und auf der Ertragsseite bzw. Ergebnisseite eine Erhöhung. Die Senkung in Sachen Franken sehen wir im Moment noch nicht. Es bleibt also zu hoffen, dass wir für die höheren Kosten auch einen entsprechenden höheren Mehrwert erhalten werden. Noch zwei Bemerkungen, die hier dazu gehören: Eine betrifft das Distelihaus. Wir haben vom Stadtpräsidenten gehört, dass sich hier gewisse Entwicklungen abzeichnen. Im Moment muss man aber sagen, dass die Kosten und das Distelihaus als solches eigentlich ein gewisser Risikofaktor sind. Man zieht dort aus, hat noch keine andere Verwendung, generiert Kosten andernorts und damit ist dies eigentlich noch eine ungeklärte Situation. Dann möchte ich noch Folgendes anfügen: Wir haben es mit Region Olten Tourismus und der Wirtschaftsförderung eigentlich mit zwei regionalen Organisationen zu tun. Es sind nicht städtische, sondern regionale Organisationen. Wir haben es schon mehrfach gesagt. Wir wünschten uns zwischendurch hier auch eine etwas höhere Beteiligung der Gemeinden im OGG-Gebiet an diesen Organisationen, jetzt auch in diesem Fall. Wenn die beiden Organisationen wirklich von diesem Geschäft profitieren, wäre es ja eigentlich nichts als normal gewesen, dass sich auch die umliegenden Gemeinden, die hier auch mitprofitieren, sich irgendwie erkenntlich gezeigt hätten. Fazit: Unsere Fraktion wird auf das Geschäft eintreten. Es ist aber davon auszugehen, dass es bei den Beschlussesanträgen etliche Enthaltungen geben wird.

Patrick Kissling: Die CVP/EVP-Fraktion kann sich dem Vorredner grösstenteils anschliessen. Die Idee einer Konzentration der wesentlichen Aktivitäten des Oltners Standortmarketings an zentralster Lage an der Frobургstrasse 1 ist bei der CVP/EVP-Fraktion auf offene Ohren gestossen. Die heutige Situation kann den wachsenden Ansprüchen der Kunden nicht mehr gerecht werden. Die verschiedenen Dienstleistungen wie Wirtschaftsförderung, Region Olten Tourismus und der Stadttheater Olten AG unter einem Dach an attraktivster Lage kundenfreundlich anzubieten, wäre ein grosser Schritt in die richtige Richtung. Auch der lang gehegte Wunsch der Stadttheater Olten AG nach Gruppenräumen und vermehrt auch Seminarveranstaltungen akquirieren zu können, ist unbestritten. In der Fraktionssitzung ist aber rasch klar geworden, dass diesem Konzept nicht um jeden Preis zugestimmt werden soll. Die hohen Miet-, Investitions- und Personalkosten, die jährliche Mehraufwände von Fr. 232'000.— für die Stadt Olten bringen, haben zu heftigen Diskussion über Aufwand und Nutzen geführt. Zu den Mietkosten: Es ist uns klar, dass die Stadt Olten in den Verhandlungen mit der Swiss Prime Site am kürzeren Hebel sitzt, weil der grosse Nutzen dieses Standorts vis-à-vis des Bahnhofs für die Stadttheater AG und den Info-Desk offensichtlich ist. Wir könnten uns vorstellen, dem Stadtrat den Rücken zu stärken, indem wir einen Antrag stellen, der fordert, dass der Mietvertrag nur unterzeichnet werden darf, wenn die Mietkosten noch um 10 % reduziert werden können. Zu den Personalkosten: Wir sind der Meinung, dass es für den Info-Desk qualifiziertes Personal braucht, um die Kundschaft kompetent beraten zu können, und die ausgedehnten Öffnungszeiten sind für eine optimale Ausrichtung auf den Kunden von grösster Bedeutung. Wir vermissen jedoch im Bericht und Antrag verbindlichere Aussagen zu Betrieb, Ausrichtung und Qualität des Info-Desks und über die nötigen Qualifikationen des Personals, das den Info-Desk betreibt. An dieser Stelle erwägen wir, einen Antrag zu stellen, dass die Leistungsvereinbarung für Region Olten Tourismus um Fr. 162'000.— auf die Dauer von zwei Jahren beschränkt wird. Vor Ablauf dieser zwei Jahre müsste dem Parlament Rechenschaft über die Erkenntnisse dieser Startphase abgelegt und eine neue Leistungsvereinbarung vorgelegt werden. Auf keinen Fall will die CVP/EVP-Fraktion eine Zusammenlegung des Info-Desks mit den Publikumsdiensten der Stadt Olten. Die CVP/EVP-Fraktion tritt grossmehrheitlich auf den vorliegenden Bericht und Antrag Olten Info ein, behält sich aber vor, in der Detaildebatte Änderungsanträge zu stellen.

Theo Schöni, Fraktion GO/JA: Ich muss nicht weit ausholen. Was gesagt worden ist, können wir eigentlich mehrheitlich unterstützen. Insbesondere was die Kosten anbelangt, haben wir als einfache Mieter und Häuschenbesitzer auch überlegt, wieso man hier Geld investiert und für dieses Geld eigentlich noch Mietpreise bezahlt, die wir nicht ganz haben nachvollziehen können. Aber wir sind auch nicht unbedingt aus dieser Branche, hätten uns aber vorstellen können, dass man diese Investitionen, die ja wahrscheinlich für diese

Liegenschaften wertvermehrend sind, angemessen vom vereinbarten Mietzins in Form von Amortisation dieser Investitionen abziehen würde oder wir könnten uns auch mit dem Vorschlag der CVP einverstanden erklären. Es ist unbestritten, dass der Ort von der Lage her ein Bijou für Olten ist. Ich denke, dass auch die Leute am Bahnhof, die wirklich nach Olten kommen, zwingend an diesem Ort vorbei gehen müssen und selbst die Beschilderung, die wir haben werden, wird die Leute daran vorbei bringen. Nicht ganz verstehe ich den Leistungsauftrag an die Region Olten Tourismus und die Wirtschaftsförderung. Wenn man sagt, es braucht zwingend ein professionelles Marketing, so ist es schon fast ein Eingeständnis, dass bisher eigentlich in dieser Beziehung noch nicht sehr viel gelaufen ist. Darin fühlt man sich bestätigt, wenn man dann auch in den bisherigen Jahresberichten sieht, was dort nieder geschrieben wurde. Dort dürfte es noch einiges an professioneller Arbeit leiden können. Wir sind es uns gewohnt: Ein gutes Geschäft an einer guten Adresse vermarktet auch gute Produkte. Insbesondere bin ich auch damit einverstanden, was die CVP gesagt hat. Wir haben eine Leistungsvereinbarung mit Betonung auf Leistung. Dort kann es nicht sein, dass wir einfach nur Personal aufstocken, sondern man hat dort auch gewisse Zielvereinbarungen, die zu erbringen sind. In diesem Sinne wäre es nicht die dümmste Idee, dies vorerst einmal auf zwei Jahre hinaus personell zu befristen. Ich denke, dass es für das Stadttheater eine zusätzliche Aufwertung ist. Mit dem Ticketverkauf und den Gruppenräumen, die wahrscheinlich hauptsächlich vom Stadttheater genutzt werden können, bietet es meines Erachtens eine weitere Chance für unsere Stadt, dies gut zu nutzen. In diesem Sinne möchten wir noch abwarten, welche Anträge von den anderen Fraktionen kommen und behalten uns vor, diesen zuzustimmen. Sonst würden wir auf jeden Fall eintreten und dann den stadträtlichen Anträgen mehrheitlich zustimmen. Zum Teil wird es auch bei uns Ablehnungen geben.

André Kappeler: Die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass die Lage des Gebäudes und die räumliche Zusammenlegung eine seltene und ideale Chance für die Stadt Olten sind. Die Attraktivität des Stadttheaters kann durch diese Seminarräume ideal ergänzt werden. Es stellt sich hier aber auch die Frage, ob eine direkte Verbindung zwischen Stadttheater und Gruppenräumen nicht möglich bzw. sinnvoll wäre. Ebenso erfreulich sind die geplanten Öffnungszeiten, welche in dieser Form den Bedürfnissen aller Interessierter gerecht werden sollte. Die SVP tut sich aber sehr schwer mit der Tatsache, dass durch die zu bezahlenden Beträge doch sehr hohe Stellenprozente geschaffen werden sollen. Ebenso vermissen wir eine klare Kostentransparenz im vorgelegten Bericht und Antrag. So werden Nebenmietkosten, Verzinsungen und Abschreibungen nicht aufgeführt, sondern lediglich in der Gesamtkostenabrechnung erwähnt. Leider scheint auch die einheitliche Anlaufstelle der einzige Synergieeffekt zu sein, da weder personell, noch organisatorisch irgend etwas geändert werden soll. Wir werden aber auf den Antrag des Stadtrates eintreten.

Dr. Rudolf Moor, SP-Fraktion: Die Vorlage hat aus unserer Sicht drei wesentliche Elemente: Erstens die Professionalisierung, Neuorganisation und der Ausbau des Stadtmarketings, wie man dem heute sagt. Zweitens die Verlegung an eine attraktivere Lage und drittens die Einrichtung von Gruppenräumen in unmittelbarer Nähe des Stadttheaters. Als Stadtpartei, wie ja die SP Olten heisst, begrüßen wir natürlich die gesamte Vorlage, die zur Attraktivierung der Stadt deutlich beitragen kann. Der Ausbau der Öffnungszeiten, die Professionalisierung sowie die Gruppenräume sind bei uns in der Fraktion völlig unbestritten gewesen. Hingegen haben der Standort und die dazu gehörigen Kosten schon einige Diskussionen abgesetzt, insbesondere die Frage, ob nicht eine Lage im Bahnhof selber besser wäre, hat ziemlich viel zu reden gegeben. Man hat aber eigentlich am Schluss gleichwohl gesehen, dass für Besucher, die mit dem Velo kommen oder solche, die mit dem Auto anreisen, eine Lage im Bahnhof eigentlich aus folgenden Gründen nicht ideal ist: Wer geht schon mit dem Auto an den Bahnhof? Mit dem neuen Fussgängerleitsystem müsste es eigentlich auch möglich sein, dass diejenigen Leute, die mit dem Zug kommen und wir hoffen natürlich, dass es ein grosser Anteil ist, diesen Standort vom Bahnhof her einfach finden können. Man muss auch sehen, dass all diejenigen Leute, die an irgend einen Kongress, ins Stadttheater oder irgendwo hin gehen, regelmässig an diesem Standort vorbei gehen. Es hat auch sonst viele Leute, die dort automatisch vorbei gehen. Damit ist dieser Standort eigentlich auch gut merkbar. Es ist dann noch die Frage gestellt worden, ob nicht im

Bürgerhaus eine ähnlich gute Lage zur Verfügung stünde, die aber günstiger zu haben wäre. Alle, die in der letzten Zeit einmal dort waren, fanden, dass es halt vielleicht doch etwas sehr nach Armeekaserne aussieht, um wirklich attraktiv zu wirken, auf diejenigen, die hier in der Stadt Olten ein gutes Bild erhalten sollten und das „Ausmisten“ des vielleicht nicht ganz fröhlichen Charakters dort möglicherweise auch einiges kosten würde oder vielleicht sogar mehr als beim jetzigen Gebäude. SP steht manchmal nicht nur für Stadtpartei, sondern auch für Sparpartei. Das glauben zwar nicht immer alle hier. Aber deshalb hat man natürlich auch die Kosten hinterfragt. Auch bei uns hat es Leute gegeben, welche die Mietkosten als relativ hoch beurteilt haben. Die grosse Mehrheit hat aber doch eher die Kosten als der Lage einigermaßen angemessen beurteilt. Vielleicht noch folgender Hinweis: SPS steht ja hier nicht für SP Schweiz, sondern für etwas anderes, und wir sind überzeugt, dass die Professionalität derjenigen, die bei SPS sind, nicht viel hinter unserer SPS nachhinkt und es deshalb auch schwierig ist, mit ihnen zu verhandeln. Der Verkauf des Disteli-Hauses ist aus unserer Sicht eine prüfenswerte Alternative. Allerdings sind wir der Meinung, dass man nichts überhastet sollte, sondern ein taktisch geschicktes Vorgehen wählen sollte, um insgesamt einen guten Erlös zu erhalten. Vielleicht ist es besser, einen Moment zu warten, als jetzt zu überstürzen. Der Vorschlag, das Personal über die SOAG zu führen, unterstützen wir grundsätzlich, finden es aber im Gegensatz dazu nicht gut, wenn man städtische Stellen wie Einwohnerkontrolle oder anderes damit verbinden würde. Es ist doch eine andere Art von Arbeit, die hier anfällt und auch eine andere Art von Kontakt, den man hier aufbauen möchte. Damit das Ziel der Attraktivierung erreicht werden kann, sollte aus unserer Sicht nichts „Halbbatziges“ gemacht werden. Man möchte auch nicht irgend eine „bünzlige“ Sparvariante mit eingeschränkten Öffnungszeiten. Dagegen würden wir uns doch eher wehren. Das heisst aber natürlich nicht, dass man klotzen sollte, sondern es sollte ein ansprechendes, positives Aushängeschild einer sympathischen Kleinstadt aus dieser neuen Stelle werden. Die SP wird deshalb grossmehrheitlich allen Anträgen zustimmen.

Mario Clematide: Wenn sich vor vielen Jahren in der Schweiz etwas Spektakuläres ereignet hat, hat meine hochbetagte Grossmutter gesagt: „Mario, dass ich dies noch erleben darf“ oder „dass ich dies noch erleben muss“. Mir ist es beim Lesen der Vorlage gleich gegangen. Schön, dass ich es erleben darf, dass der Stadtrat heute indirekt zugibt, dass die Annahme und der Ausbau des Geschenkes Distelihaus oder man könnte auch sagen „Philipp-Schumacher-Mausoleum“ eine teuer bezahlte Fehlinvestition gewesen ist. Das haben viele insgeheim vorausgesehen, aber nur wenige – ich gehöre auch dazu – hier im Parlament gesagt. Klar, dass heute kaum einer mehr dazu steht, sondern dass man in der Vorlage nur lesen kann, dass man dieses Haus möglichst schnell verkaufen soll. Das ist dann auch meine grösste Sorge. Wir geben gutes Geld für den Umbau und die Einmietung an der Frobürgstrasse 1 aus und bleiben auf dem unrentablen Disteli-Haus sitzen. Ich hätte übrigens gerne gesehen, wenn in der Vorlage nicht nur die Durchschnittserträge von Fr. 33'000.— erwähnt worden wären, sondern auch die daraus resultierende Rendite. Das ist nämlich vor Jahren das Argument zur Annahme des Geschenkes gewesen. Man hat gesagt: Diese Räume kann man dann vermieten und das gibt Geld. Heute würden sehr wahrscheinlich einigen von Euch die Augen aufgehen. Nun aber Ende mit der Vergangenheitsbewältigung und zum Neuanfang. Ich finde das Vorhaben Olten Info zweckmässig und die Neuorganisation zielführend und denke, das birgt auch eine Chance für unsere Stadt. Auch richtig finde ich, dass der Lead bei der Stadttheater Olten AG liegt. Herbert Schibler und seine Crew haben bewiesen, dass sie fähig und tüchtig sind. Ich gehe davon aus, dass die Fachleute unserer Stadt mit dem Vermieter hart über die Mietkonditionen gekämpft haben. Etwas wenig lese ich in der Vorlage von der künftigen Bedeutung der Wirtschaftsförderung. Das kann einiges bedeuten, und ich erwarte hier Klarheit. Es gibt mehrere Möglichkeiten, mindestens zwei. Die regionale Wirtschaftsförderung funktioniert wie eh und je, einfach in neuen Räumen. Ohne polemisch zu werden, sei die Frage erlaubt: Was macht, was bewirkt unsere regionale Wirtschaftsförderung eigentlich? Oder zweitens: Im Zug der Neuorganisation werden Aufgaben und Ausrichtung der regionalen Wirtschaftsförderung überprüft, zum Beispiel im Sinne von regionalem Standortmarketing, wie es vorher erwähnt worden ist. Das wäre in meinem Sinne. Kurz zusammengefasst: Ich stehe hinter der Vorlage. Ich wünsche, dass die Wirtschaftsförderung überprüft wird und – ich kann es mir nicht verklemmen – und habe eine gewisse Genugtuung, dass sich meine Bedenken, und ich glaube, es sind damals

auch die Bedenken von Max Pfenninger gewesen, über die Geschenkkannahme bestätigt haben.

Dr. Markus Ammann: Ich möchte bei Mario Clematide kurz zum Thema Leistungsvereinbarung bzw. zu den Organisationen, die hier involviert sind, anknüpfen. Diese Bedenken teile ich ein Stück weit und mir ist auch nicht ganz klar, ob es die richtige Form ist, wie wir sie heute hier haben. Ich möchte aber auch klar sagen, dass man dies von diesem Geschäft hier trennen muss. Ich denke, über Standortmarketing, Wirtschaftsförderung, Region Olten Tourismus, wie diese organisiert werden oder anders werden könnten, müssen wir ganz sicher im Parlament noch einmal diskutieren, möchte es aber nicht mit dieser Vorlage verknüpfen. Meiner Meinung nach muss man mit dieser Leistungsvereinbarung aber auch ein Stück weit ein Controlling machen. Ich bin jemand, der jeweils findet, man müsse nicht immer zuviel Controlling hinein schreiben. Aber ich denke, wenn man heute zum Beispiel keine Ahnung hat, wieviele Besucher man beim heutigen Info-Schalter hat, habe ich schon einige Fragezeichen, wofür man hier eigentlich wieviel Geld ausgegeben hat. Das muss ganz sicher bessern, damit wir am Schluss auch wissen, was wir mit diesem Geld erhalten haben. Ein Stück weit erstaunt hat mich die Frage des Standorts. Ich muss ehrlich sagen, dass ich lange nachgedacht habe, wo der Standort am besten ist, und ich komme fast zu keinem besseren in dieser Stadt. Es ist nämlich der Standort, der von der Bahn aus perfekt erreichbar ist. Wir erhalten ein Wegweisungssystem. Es gibt keinen besseren Standort als vor dem Bahnhof. Man kann ihn mit dem Auto perfekt erreichen. Ich habe schon einmal angeregt, man müsste halt dann vielleicht einen oder zwei Parkplätze gleich vor dem Haus reservieren, die dafür zur Verfügung stehen. Man kann ihm mit dem Velo perfekt erreichen. Ich wüsste nicht, wo man in Olten einen besseren Standort schaffen könnte. Etwas seltsam erschienen ist mir das Votum: Ich habe keine Ahnung von der Baubranche oder den Mietzinsen, aber wir sollten 10 % hinunter gehen. Das verstehe ich ehrlich gesagt nicht. Ich habe auch keine grosse Ahnung davon, würde mir aber auch nicht zumuten, jetzt einfach zu sagen: 10 % weniger ist richtig. Ich vermute sogar, dass es durchaus Geschäfte oder Unternehmen gibt, die an ähnlicher Lage in Olten sogar mehr als die Fr. 300.— pro Quadratmeter bezahlen. Es tönt so etwas nach dem, was ich in Olten manchmal etwas mühsam finde, nämlich diesem Kleinkrämergeist. Wir wissen nicht recht, aber wir drücken noch etwas. Wir wollen einmal schauen. Ich muss sagen: Das kann es nicht sein. Wir müssen jetzt hier nicht das Geld aus dem Fenster werfen, aber doch wirklich einen Schritt machen und zeigen, dass es uns dies wert ist. Der Vergleich von Ernst Zingg vorher: Man kann einmal sehen, was in Aarau passiert ist. Sie haben viel, viel mehr Leute. Sie haben jetzt scheinbar 80 bis 100 Personen pro Tag. Aber sie haben auch viel mehr Leute angestellt. Sie haben 400 Stellenprozente dafür bereit gestellt. Man muss nicht meinen, man könne mit 50 % etwas anfangen und dann einmal steigern und schauen, sondern man muss es zeigen und sagen: Wir sind für Euch da. Dann müssen wir vielleicht sogar noch einen Moment warten, bis die Leute entdeckt haben, dass man hier beispielsweise Informationen holen könnte. Ich habe aus diesen Voten gespürt, dass man immer „den Fünfer und das Weggli“ will. Wenn man es bekommt, ist es schön. Aber man will an der besten Lage sein und nichts bezahlen. Man will lange Öffnungszeiten haben, aber kein Personal anstellen. Man muss sich einfach einmal entscheiden, was man will. In diesem Sinne bin ich klar für die Vorlage des Stadtrates.

Thomas Frey: Nur eine kurze Bemerkung, die mir vorher in den Sinn gekommen ist. Markus Ammann hat es vorher deutlich gesagt, wie toll die Lage dieses Standorts ist. Es ist wirklich so. Wir müssen uns hier dann einfach noch kurz Gedanken machen, ob der geplante Fussgängersteg noch an den richtigen Ort zielt.

Heinz Eng: Ich habe noch einen formellen Antrag zum Beschlussesantrag 5.1. Markus Ammann wird es mir vielleicht verzeihen. Er wird es möglicherweise auch als Kleinkrämerei auslegen. Aber ich mache es jetzt trotzdem. Wenn man Punkt 5.1 liest, steht dort eigentlich: Per 1. Januar 2010 für eine Dauer von 20 Jahren mit einem jährlichen Mietzins von Fr. 96'000.--. Wenn man dies jetzt streng rechtlich anschaut, kann man eigentlich davon ausgehen, dass die Fr. 96'000.-- während 20 Jahren je nachdem fix sind. Wir haben aber auch ein Mail von Peter Lehmann an Markus Dietler erhalten. Unter Punkt 2 wird dort von

einem indexierten Mietvertrag gesprochen. Ich stelle jetzt den Antrag, den Beschlussesantrag 5.1 in dem Sinne zu ergänzen, dass man sagt, mit einem jährlichen indexierten Anfangsmietzins von Fr. 96'000.— per annum. Einfach damit es klar, weil je nachdem, wie die Entwicklung dann ist, Inflation, Deflation und was auch immer, wird sich auch dieser Mietzins in den nächsten 20 Jahren bewegen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich möchte für die gute Aufnahme dieser schwierigen Vorlage danken. Dies meine ich wirklich ernst und möchte auf zwei, drei Punkte eingehen und gewisse Sachen einfach noch etwas richtiger oder anders in den Raum stellen. Zu Rolf Schmid: Du hast unter anderem semioptimal gebraucht, Auto, Bahn usw. Das ist nicht ganz unrichtig. Immerhin steht vis-à-vis dieses Standorts ein Parkhaus zur Verfügung. Es hat natürlich wirklich ausserordentlich viele Touristen, die zum Teil auch in den Tagungshotels absteigen oder eben auch mit der Bahn kommen. Das ist durchaus eine Variante, das Wort semioptimal zu brauchen. Wenn ERO steht, ist es ganz anders. Dann wird auch diese Strasse dementsprechend entlastet. Das wage ich hier klar zu behaupten. Die Beschilderung ist ein ganz entscheidender Punkt. Synergien haben immer zwei Wirkungen: Eine kosten- seitige Senkung oder einen Mehrwert. Ich denke, beides ist anzustreben. Ein Mehrwert ist für mich aufgrund des nach aussen Tretens und auch Strukturen schaffen für noch mehr Verbesserungen, über die wir jetzt gar nicht diskutieren, gegeben. Man kann ja im Laufe der Jahre wieder dazu tun und lernen, ohne dass ich Euch schon wieder mit Ausgaben belästigen will. Ich glaube, man kennt mich und unsere Finanzdirektion jetzt wirklich, dass wir alles versuchen, die Kosten in ein Lot zu bringen, natürlich nicht nach oben, sondern auf die andere Seite. Das Distelihaus haben einige erwähnt. Ich möchte Mario für seine heutige Äusserung danken. Ich kann Dich in dem Sinne beruhigen, dass Einnahmen von Fr. 33'000.— wirklich ein Durchschnitt ist. Nur 2008 ist dieser Schnitt in einem Jahr um fast Fr. 20'000.— übertroffen worden. Das ist unbestrittenermassen hinauf und hinunter gegangen. Das Distelihaus hat noch einen Nachteil. Das müssen wir auch klar sagen. Meine Kollegin, Baudirektorin Silvia Forster, wird dies bestätigen. In Zukunft müsste man wieder Investitionen machen. Ein Gebäude dieser Art, das so genutzt wird, auch wenn es kleine Räume sind, hat eine Abnutzung und braucht wieder Unterhalt. Hier sind wir in den letzten Jahren relativ bescheiden gewesen. Ich glaube, das kann man auch aus der Rechnung und der Budgetierung heraus sehen. Wir haben nicht sehr viel investiert. Zum Personal: Darf ich Euch einmal kurz sagen, wer überhaupt jetzt vorhanden ist? Es hat jetzt bei der Stadttheater Olten AG zwei 100-Prozent-Stellen. Das sind der Geschäftsführer und eine Mitarbeitende, eine 50-Prozent-Stelle und eine Praktikantin. Einfach, damit wir uns verstehen, von welchen Dimensionen wir hier sprechen. Bei der Wirtschaftsförderung hat es eine 100-Prozent-Angestellte, eine lernende Person im Zyklus mit der Stadt und ein Pensum des Wirtschaftsförderers im Mandat. Tourismus hat keine Angestellten. Es ist auch angetönt worden. Der Bereich des Info-Points zum heutigen aktuellen Stand ist am Graben in einem privaten Reisebüro untergebracht. Wenn man den Leuten am Bahnhof erklären muss, wo sich dieses befindet, ist es schon schwierig. Aber sie machen ihren Job als Reisebürounternehmen und machen es mit den Leuten, die sie dort haben und arbeiten, im Sinne eines Unterleistungsauftrages, nämlich Zuständigkeit für Stadtführungen, Informationen zu Hotels, Naherholungsgebieten, Freizeitgestaltung usw. Aber da es ein privates Unternehmen ist, sind die Öffnungszeiten entsprechend auch nicht gleich, wie wir es jetzt machen wollen. Das ist ein wichtiger Punkt für Dich wegen des Personals. Es geht jetzt um 120 Stellenprozente. Es könnten durchaus zwei 60-Prozent- oder eine 50- und eine 70-Prozent-Stelle sein, weil man ja auch daran denken muss, dass vielleicht jemand einmal in die Ferien geht. Dann muss man irgend eine Lösung finden, und 54 Stunden pro Woche ist der Mehroutput. Es geht nicht um klecksen. Du hast es gesagt: Voluminöse Aufstockung. Es geht um 120 Stellenprozente. Zur Wirtschaftsförderung wird Frau Kollegin Silvia Forster noch etwas zum Grundsätzlichen sagen. Zu den Leistungsaufträgen: Es gibt gewisse Erfahrungen. Wir haben ab Fr. 10'000.— in der Stadt Olten, vom Parlament gewollt, verlangt, Leistungsaufträge formuliert. Dort ist enthalten: Welche Aufträge sind gegenüber der Stadt zu erfüllen? Forderungen. Was bekommt man dafür? Die Qualität ist bestimmt. Selbstredend werden diese Leistungsaufträge erneuert. Das ist klar. Sie laufen übrigens auch nach drei Jahren wieder aus. Es ist völlig klar, dass sie neu gemacht werden müssen, nicht nur, weil sie auslaufen, sondern auch, weil es eine neue Konstruktion ist. Professionelle Vermarktung

hat Theo Schöni gesagt. Ohne Geld kann man nicht besser werden. Das ist ein idiotischer Satz. Man kann als Mensch mehr bringen, sich zum gleichen Lohn als Person mehr einbringen. Aber wenn man auch nach aussen einen Auftritt und Strukturen haben will, muss man eine gewisse Investition machen. Das ist einfach so. Das machen wir über einen Leistungsauftrag, wo wir eben verlangen, was die Institution machen muss. Zu den Anträgen muss ich doch etwas sagen: Nehmen Sie es zur Kenntnis: Es gibt keine Verhandlung Mietzins minus 10 %. Ich muss sagen, dann wird die Swiss Prime Site relativ grantig und sagt: Sind wir eigentlich hier in Olten eine Winkelfirma, im Sinne von Winkeladvokat? Es gibt ja keine solchen. Das ist eine international tätige Firma, die Strukturen hat. Hier habe ich den Chef selber, den „Finanzer“ und den Projektleiter am Tisch gehabt, die drei obersten, die hier in Olten ihre Büros haben. Das ist nicht verhandelbar. Wo wir von Seiten der Exekutive durchaus eine gewisse Sympathie entgegen bringen könnten, ist, dass der Leistungsauftrag, den man normalerweise über drei Jahre macht, auf zwei Jahre reduziert werden könnte. Ich sage dies ganz klar und muss damit nicht die Vorlage retten. Ein Jahr geht nicht. Dann hat man nämlich genau ein halbes Jahr die Möglichkeit, die Situation zu prüfen und muss schon wieder etwas Neues machen. Mit zwei Jahren kann man eineinhalb Jahre wirken und kann ganz klar auch Aussagen dazu machen. Dies einfach so im Raum. Grundsätzlich hält der Stadtrat an seinen Anträgen fest. Zu Heinz Eng: Die Ergänzung mit der Formulierung LIK, indexiert, die Du gemacht hast, ist am Platz.

Stadträtin Silvia Forster: Zuerst möchte ich mich in meiner Funktion als Vorstandsmitglied der Wirtschaftsförderung dazu äussern. Ich denke, der Wirtschaftsförderung geht es gesamtschweizerisch wahrscheinlich oft so wie Beratungsstellen, die zwar unter dem Strich alle sagen, sie bringt einen volkswirtschaftlichen Nutzen, aber man kann es nicht so genau mit Zahlen benennen. Wir haben am letzten Montag an der Generalversammlung der Wirtschaftsförderung von einem eindrücklichen Leistungsausweis des vergangenen Jahres Kenntnis durch die Wirtschaftsförderung. Mario, Du weisst, wie „knipperig“ der Kanton die Zahlen umdreht. Ich denke, die grösste Anerkennung für die regionale Wirtschaftsförderung ist, dass ausgerechnet dieser Kanton die Beiträge an die Wirtschaftsförderung der Region Olten für die nächsten zwei Jahre deutlich, aber massiv deutlich erhöht. Es ist vom abtretenden Wirtschaftsförderer, Herrn Stuber, klar gesagt worden, von den Organisationen im Kanton Solothurn sei Olten diejenige, die am besten arbeite. Mir ist aber auch vorher wieder bewusst geworden, dass das Parlament halt wenig weiss und den Leistungsausweis auch nie so richtig präsentiert bekommen hat. Ich könnte mir vorstellen, dass es sich durchaus lohnen würde, wenn die neue Amtsperiode anfängt, vielleicht einmal Herrn Blaser kommen zu lassen und sich dies präsentieren zu lassen. Im möchte nun zu meiner Rolle als Baudirektorin wechseln und zu dieser, die auch hier gewesen ist, als man damals das Distelihaus erhalten und geplant hat. Ich weiss, es ist damals umstritten gewesen, und man hat auch nichts mehr fragen dürfen. Heute bin ich aber überzeugt, dass, wenn man dieser Vorlage so zustimmt, man das Distelihaus mit Anstand einer anderen Nutzung zuführen kann, so dass für die Stadt Olten keine Verluste entstehen. Es ist auch eine Tatsache, dass in den nächsten Jahren beim Distelihaus massive Investitionen anstehen werden, wenn man es weiterhin wie bisher nutzen will. Vielleicht noch etwas zur Vorlage: Wir haben vor ein paar Sitzungen hier über die Begegnungszone gesprochen, und Mario ist an dieser Sitzung nicht dabei gewesen. Aber ich habe ihn dort zitiert, weil ich in der Pause draussen gehört habe, dass Du Dich massiv über eine Fernsehsendung aufgeregt hast, weil man die Stadt Olten wieder herunter gezogen hat. Damals sind wir so stolz gewesen, dass wir es fertig gebracht haben, die Begegnungszone hier über die Runden zu bringen und gegen aussen gut aufzutreten. Was wir jetzt hier mit dieser Vorlage machen, ist die Visitenkarte der aufstrebenden Stadt Olten, und ich denke, sie würde es verdienen, dass ihr zugestimmt wird und wir diese Visitenkarte erhalten könnten, selbstverständlich mit der Überarbeitung der entsprechenden Leistungsaufträge. In diesem Sinne bitte ich Euch, der Vorlage auch zuzustimmen. Ich muss mir kein Abschiedsgeschenk machen. Es geht mir wirklich um die Sache, um die Visitenkarte dort, und ich finde, es ist etwas Wichtiges. Ich habe nämlich noch erlebt, als die Anlaufstelle unten beim Bahnhof gewesen ist, wo sich jetzt das Bistro befindet, bei den EKO Reisen, die noch Herr Wälty geführt hat und wo es vielleicht noch etwas anders als heute funktioniert hat.

Mario Clematide: Silvia, es ist einfach schön, mit Dir politisch zu streiten, und ich werde dies vermissen. Ich möchte einfach noch Folgendes dazu sagen: Vor rund 14 Tagen sind an der Kanti Maturaarbeiten präsentiert worden. Ich bin dort gewesen und sage das Positive dazu, Herr Blaser ebenfalls. Ein Thema lautete: „Wirtschaftsförderung in Olten“. Dort hat ein Maturand Folgendes als Kritikpunkt erwähnt, und hier treffen sich unsere Meinungen wieder: Die Wirtschaftsförderung müsse mehr sagen, was sie macht, damit sie mehr Anerkennung erhält, so sie dann hat. Punkt. Hier treffen wir uns.

Stefan Nünlist: Ich glaube, ob Wirtschaftsförderung oder Standortmarketing ja oder nein, ist nicht die Frage, die wir haben. Wir haben wirklich eine ganz andere Frage, nämlich diejenige des Mietpreises. Ich möchte wirklich noch einmal darauf zurück kommen, auch wenn Markus dann findet, wir seien Kleinkrämer. Es ist halt am Schluss das Gewerbe, das den Mehrwert schafft, der Kleinkrämer. Wenn ich den Mietzins mit 3 % kapitalisiere, komme ich auf 3,2 Millionen Franken Kapital, das wir mit diesem Mietzins verzinsen. Wenn wir noch die Ausbaurkosten von Fr. 800'000.— nehmen, haben wir ein Kapital von 4 Millionen Franken, die wir für rund 375 Quadratmeter Bürofläche bezahlen. Das ist einfach wahnsinnig viel Geld. Die Baufachleute hier sollen vielleicht etwas dazu sagen, ob Ihr für 4 Millionen Franken nicht etwas anderes bauen könntet. Ich finde einfach, hier nützt ein Anbieter eine sehr gute Position, die er hat, vielleicht einfach etwas aus, und ich denke nicht, dass eine Stadt ja sagen muss, vor allem in einer Zeit, die uns wirtschaftlich wirklich Sorgen macht, wo wir nicht wissen, was übermorgen oder überübermorgen ist. Ich muss sagen, dass ich bei diesem Geschäft ein sehr schlechtes Gefühl habe. Es sind wirklich diese Zahlen, die mich beunruhigen. Ich finde alles andere gut. Aber diese Zahlen finde ich einfach nicht ganz in Ordnung.

Roland Rudolf von Rohr: Ich möchte auch ein Zeichen setzen, wie es gesagt worden ist. Eigentlich bin ich total für diese Vorlage, jedenfalls in den ersten beiden Punkten. Zum Mietpreis: Ich habe es auch in der GPK gesagt. Mir scheint, an dieser Lage ist er vertretbar. Wenn man es mit den anderen Mietzinsen in Olten vergleicht – Stefan Nünlist hat es kapitalisiert; das kann man auch so anschauen – ist es ein hoher Mietzins. Aber er ist an dieser Lage berechtigt. Es ist halt jetzt so, dass diese Lage eigentlich nur für ein Geschäft top ist, für das, was wir jetzt vor uns haben. Das ist die beste Lage für uns, für die Stadt Olten. Deshalb bin ich auch bereit, diese Miete dort zu bezahlen. Mehr gestossen habe ich mich dann an den Kosten, die dafür bezahlt werden müssen. Diese sind wirklich an der oberen Grenze, und dort haben wir auch Erklärungsbedarf gehabt. Es ist zum Teil auch erklärt worden. Dies hat auch mit dem speziellen Haus zu tun. Aber die Zahl, die hier steht, ist über dem üblichen Rahmen, was in ein Ladenlokal investiert werden muss. Aber ich denke, der Mietzins ist berechtigt. Ich habe aber einfach bei der Zusage zu diesen Leistungsaufträgen die grösste Mühe, vor allem der dritte beim LV ROT. Einer Steigerung von Fr. 162'000.— werde ich heute nicht zustimmen können, ohne dass ich das Geschäft gefährden möchte. Ich meine, auch die Frist bringt eigentlich nichts, denn nach einer gewissen Frist kann man immer alles wieder berechtigen, sondern ich hätte eigentlich am liebsten die LV ROT noch einmal im Parlament gehabt. Dem anderen würde ich dann zustimmen, und das würde meiner Meinung nach diese Vorlage auch gar nicht gefährden, sondern man könnte einfach über die wirklich eminent hohe Leistungsvereinbarung mit ROT noch einmal diskutieren. Man könnte auch mehr Informationen haben. Hier muss ich etwas einen Vorwurf machen. Wir haben also wirklich bescheidene Informationen gehabt. Wieviel von den Fr. 65'000.—, die wir bezahlt haben, ist Personalanteil gewesen, wieviele Frequenzen hat man nachher gehabt? Hier einfach Erwartungen von Aarau hierher zu nehmen, scheint mir sehr vage. Ich möchte einfach noch mehr von dieser Leistungsvereinbarung ROT hören und würde dann voll hinter diesem Geschäft stehen. Die beiden anderen Leistungsvereinbarungen sind ja eigentlich allein mit den Mietkosten begründet. Dort kann man sicher sorglos zustimmen.

Dr. Arnold Uebelhart: Es ist mir bewusst: Wir führen hier etwas Nachhutgefechte. Ich bin zusammen mit Thomas auch einer jener Skeptiker gewesen. Wir haben uns dann schon überzeugen lassen. Es geht hier wirklich um eine Miete und um eine Bauvorlage. Wenn man auf das Blatt schaut, was mit dem Lift gemacht werden soll, werden es dann rasch

Fr. 800'000.--. Was vielleicht einmal heraus schaut, ist schwer zu sagen. Unter Punkt 4.2 „Mittlerückfluss bzw. Mehrwert“ hätten wir noch etwas mehr Auskünfte gehabt. Aber das ist soweit okay. Wieviel bezahlt denn die Swisscom gleich gegenüber pro Quadratmeter, damit wir einen Vergleich haben?

Felix Wettstein: Ich möchte an das Votum von Roland Rudolf von Rohr anknüpfen. Wenn wir jetzt mehrfach gehört haben, dass dieser Mietzins zwar hoch, aber gerade noch vertretbar, gekoppelt mit der richtigen Lage, sei, muss man doch sagen, das es in einem Bauobjekt ist, das schon fertig gebaut ist. Ich habe in der Geschäftsprüfungskommission das schöne Wort „Edelrohbau“ gelernt. Es leuchtet mir ein, dass man als Mieter auf 20 Jahre hinaus den definitiven Innenausbau, Sachen wie Gips, Türen etc. selber übernimmt. Aber wir haben ja zum Glück auf meine Forderung in der GPK hin die Detailzusammenstellung dieser Fr. 550'000.— erhalten. Ich möchte jetzt in dem Sinne mit etwas vorgreifen, auf das ich nach dem Eintreten noch einmal zurück kommen möchte. Aber ich möchte beliebt machen, dass wir sagen: Unsere Ausgangsbasis als Verhandlungsempfehlung ist folgende: Elektroanlagen und Lüftungsanlagen sind bereits erstellt, weil dies der Vermieter ohnehin fertig machen muss. Erst dann hat er den Edelrohbau. Bei allen anderen Posten ist es für mich einleuchtend, dass man diese nachher als Mieter bezahlt. Aber die beiden grössten Posten machen zusammen etwa Fr. 200'000.— aus. Ich möchte es wirklich nicht als Krämer verstanden haben, sondern als Grundgedanke, dass dies typischerweise etwas ist, das der Vermieter zuerst selber machen muss, bevor er überhaupt etwas ausmieten kann.

Stefan Nünlist: Ich muss zuerst mit meinem Finanzchef ins Konzilium gehen, wobei wir dummerweise unsere Liegenschaften einmal en bloc verkauft haben, und dann gibt dies sehr wahrscheinlich irgendwie einen Mischmietzins. Aber Arnold Uebelhart weiss als Arzt sicher, was er pro Quadratmeter bezahlt.

Dr. Arnold Uebelhart: Wenn ich mich nicht täusche, Fr. 140.— pro Quadratmeter pro Jahr.

René Wernli: Ich habe zwei Feststellungen zum Ganzen. Zum Mietzins: Als der Baukunde nicht ganz Unkundiger, ebenfalls nicht ganz Unkundiger in der Immobilienbranche muss ich sagen, dass ich an der Froburgstrasse 20 ein Objekt betreue, sicher nicht gerade die gleiche Lage, aber nicht weit weg, dann eines an der Belchenstrasse, wo ich die aktuellen Preise kenne und dann noch eines etwas weiter vom Bahnhof weg. Diese Mietzinse werden dort nicht verlangt. Dieser Preis ist hoch. Zweitens zum Ausbaustandard dieser Fr. 800.—. Hier muss ich sagen, dass noch gut 12 % Einsparung drin liegen. Das könnte auf Fr. 700'000.— herunter gekürzt werden. Da liegen, wenn ich die Preise aufgrund der Marktpreise anschau, noch Fr. 100'000.— drin. Die Frage stellt sich bei diesem Standort, wenn die SPS sagt, diesen Preis wollen wir, wollen wir dorthin? Wenn ja, dann zahlen wir.

Heidi Ehrensam: Ich möchte hier an die Ausführungen von Felix Wettstein anknüpfen. Wir haben ja in der GPK die Investitionskosten von über Fr. 500'000.— miteinander besprochen. Ich habe es so aufgefasst, dass die Investitionskosten am Anfang etwas niedriger gewesen sind und dafür der Mietzins höher. Jetzt ist der Mietzins niedriger und die Investitionskosten kleiner. Nun haben wir noch Hinweise, dass die Swiss Prime überhaupt etwas weniger investieren möchte. Dann geht es bei uns auch etwas zurück. Ich glaube, wir müssten jetzt hier noch ein paar Architekten fragen, wie sie dies sehen, ob es zu teuer ist. René Wernli hat gesagt: Es ist eher hoch. Ich glaube, wir können hier nicht mehr viel schrauben, und Fr. 500'000.— sind einfach rasch verbaut. Entweder müssen wir auch hier akzeptieren, dass wir die Lüftung bezahlen müssen oder sonst sagt die Swiss Prime: Also gut, dann wollt Ihr es nicht. Wir haben halt schon etwas den „Dolch auf der Brust“. Das muss ich sagen, und das ist auch das ungute Gefühl, das wir bei diesem Geschäft haben. Dann fangen wir an, beim Personal zu schauen, was gemacht werden könnte, obwohl wir alle wissen, dass wir sehr qualifiziertes Personal haben sollten, damit die ganze Sache etwas bringt. Es ist einfach leicht unbefriedigend. Letztlich ist halt schon die Frage. Wollen wir es oder wollen wir es nicht und was ist noch heraus zu holen?

Beschluss

Mit 40 : 1 Stimme bei 1 Enthaltung wird Eintreten beschlossen.

Patrick Kissling: Ich möchte den Antrag stellen, dass die Leistungsvereinbarung ROT, die Erhöhung um Fr. 162'000.— auf zwei Jahre beschränkt wird und noch einmal ins Parlament kommt. Ich weiss nicht, wie man dies am besten macht, ob man Punkt 5.3 so belässt und einfach die dritte Zeile heraus streicht und einen Punkt 5.4 macht, wo man schreibt: „Der folgenden Anpassung der bestehenden Leistungsvereinbarung, befristet auf zwei Jahre, wird zugestimmt“.

Parlamentspräsident Werner Good: Ich schlage vor, dass man einen separaten Punkt formuliert: „Die Leistungsvereinbarung mit ROT ist auf zwei Jahre zu beschränken“.

Roland Rudolf von Rohr: Inhaltlich würde ich dem auch zustimmen. Aber ich möchte noch meinen Antrag stellen, der diesen vielleicht erübrigt. Wenn man die Leistungsvereinbarung ROT halt heraus nimmt und dies in einem späteren Zeitpunkt dem Parlament vorlegt, müsste man jetzt gar nicht über die Limite abstimmen. Deshalb möchte ich den Antrag vielleicht zuerst so formuliert haben.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Man könnte ja jetzt tatsächlich sagen: Einen Mietvertrag könntet Ihr gleichwohl unterschreiben. Aber den ROT-Leistungsauftrag müsste man jetzt hier nicht beschliessen. Was bringt ein Mietvertrag und ein Ausbau und dann gehen Leute dort hinein, und es hat 54 Stunden weniger Öffnungszeiten und das Personal ist nicht vorhanden? Mit dem jetzigen Personal ist der Betrieb, so wie man ihn zu Recht machen muss, wenn man etwas erreichen will, nicht realisierbar. Wenn man einfach in eine Liegenschaft investiert und einen Mietzins bezahlt und man sie nicht in einem vernünftigen Mass betreiben kann, ist irgend etwas nicht richtig. Ich möchte Dich bitten, diesen Antrag zurück zu nehmen und im Sinne von Patrick Kissling von der gleichen Fraktion dem zuzustimmen, wie Du es schon angetönt hast.

Roland Rudolf von Rohr: Ich habe einfach zu wenig Informationen, um Fr. 162'000.— mehr Geld für diesen Leistungsauftrag zu sprechen. Deshalb finde ich es sauberer, wenn wir diesen später noch einmal unterbreiten. Wir gefährden überhaupt nichts. Wenn wir heute zu allen anderen Punkten ja sagen, sind wir im vollen Bewusstsein, dass wir dort eine gute Sache haben wollen. Aber es ist doch sicher nichts Schlimmes, wenn man jetzt diese Leistungsvereinbarung noch einmal hier unterbreitet. Ich sehe diese Ängste gar nicht ein. Vielleicht wird man noch gescheiter und sieht plötzlich noch etwas Anderes. Möglicherweise kennt man nachher die Zahlen, wieviele Frequenzen man dort gehabt hat, welches der Anteil der personellen Ressourcen des Reisebüros für diese Stelle gewesen ist. Das wissen wir alles nicht. Deshalb möchte ich eigentlich meinen Antrag aufrecht erhalten.

Felix Wettstein: Wir werden dem Antrag von Roland Rudolf von Rohr nicht zustimmen, weil wir nicht meinen, wir sollen es ausbauen und renovieren und nachher soll niemand darin arbeiten. Ich möchte aber selber einen Antrag stellen im Sinne von dem, was ich vorher angekündigt habe und hoffentlich die Bedenken von Stefan Nünlist und Patrick Kissling zum Verhältnis der Investitionskosten und des Mietzinses richtig interpretiere. Der Antrag lautet, dass es eine Ergänzung und eine kleine Änderung innerhalb des Punktes 5.2 gibt. Der Anfang dieses Satzes würde neu heissen: „Für den Mieterausbau auf Basis des Ausbaustandes Edelrohbau und einmaligen Einrichtungskosten wird ein Investitionskredit in der Höhe von Fr. 600'000.— zu Gunsten dieses Kontos genehmigt“. Ein um Fr. 200'000.— geringerer Betrag und Ausbaustandard Edelrohbau sind unsere Ausgangsbasis. Mit anderen Worten: Es ist die Verhandlungsposition. Wir erwarten, dass der Vermieter den Edelrohbau selber erstellt, und wir bezahlen nachher selber noch das, was es braucht, bis man mit der Arbeit beginnen kann.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Felix, ich muss Dir einfach das Gleiche sagen. Ich möchte Euch alle bitten, diesen Antrag abzulehnen. René Wernli hat vorher etwas ganz

Wesentliches gesagt. Ich denke, das ist eine Aussage, die von einem Fachmann kommt. Im Saal hat es einige Baufachleute. Was Du sagst, ist für mich ein Auftrag, der in dieser Form nicht realisierbar ist. Ihr könnt davon ausgehen, dass man hart verhandelt hat. Wir haben auch Bauleute von uns am Tisch gehabt, die klare Aussagen zur Architekturunternehmung, die dies dort realisiert hat, gemacht haben. Aber irgendwo ist einfach eine Grenze. Ich möchte nicht sagen, dass es unseriös ist. Aber eine solche Verhandlungsbasis möchte ich jetzt nicht eingehen und möchte einfach bitten, dass Ihr zur Kenntnis nehmt, dass in der Submission und in der Kostenreduktion, welche die SPS mit ihren Vorstellungen und Umbauarbeiten noch selber erreichen will, wir auch profitieren können und selber auch in der Einrichtungssituation vermutlich unseren Beitrag leisten werden. Dann sind wir vielleicht anstatt bei Fr. 600'000.— bei Fr. 650'000.— oder Fr. 670'000.—. Aber das wäre dann seriöser. Dann passiert es nämlich aufgrund von Fakten und Abklärungen.

Heidi Ehram: Ich bin auch nicht dafür, dass man hier zustimmt. Vor allem würde ich auch sagen, dass der Mieterausbau irgendwie gegeben ist. Hier kann man nicht sehr viel schrauben, und dann besteht noch die Ersteinrichtung und von den Räumlichkeiten, wo wir jetzt Fr. 250'000.— drin haben, das ist vielleicht im Moment noch recht gut gerechnet. Wenn wir aber dort eine gute Sache wollen, können wir nicht einfach das Hinterletzte einrichten. Das macht nun wirklich auch keine Falle. Das habe ich in der GPK auch gesagt. Das Distelhaus ist eben innen schon schön. Es hat schöne Sachen drin. Ich stelle mir vor, wenn wir dort eine gute Sache wollen, müssen wir auch dort rechte Sachen hinein stellen und können dort auch nicht Fr. 150'000.— oder Fr. 100'000.— sparen, weil es dies sonst am Schluss nicht bringt. Ich finde, die Fr. 800'000.— gesamthaft auch viel. Aber auf Fr. 600'000.— können wir dies nicht kürzen. Das erscheint mir nicht reell.

René Wernli: Nicht im Sinne von freundeidgenössischen Kompromissen, aber ich möchte den Antrag stellen, die Höhe der Summe in Punkt 5.2 auf Fr. 700'000.— festzulegen. Begründung: Ich habe dies wirklich seriös geprüft, auch mit den Fachabteilungen der Stadt. Dieser Preis ist absolut realistisch erreichbar für einen guten, repräsentativen Standard. Aber wir hätten Fr. 100'000.— gespart.

Anträge

Parlamentspräsident Werner Good: Punkt 5.1 würde wie folgt ergänzt: „mit einem jährlich indexierten Anfangsmietzins von...“

Beschluss

38 : 1 Stimme bei 3 Enthaltungen

Parlamentspräsident Werner Good: Zu Punkt 5.2 liegen drei Anträge vor: Der Antrag von Felix Wettstein, der Kürzungsantrag von René Wernli und der stadträtliche Antrag. Ich stelle den Antrag von Felix Wettstein demjenigen von René Wernli gegenüber. Der Antrag von Felix Wettstein lautet: „Für den Mieterausbau auf der Basis Edeldrohnbau wird ein Investitionskredit in der Höhe von Fr. 600'000.—....“ Bei René Wernli würde der Text gleich bleiben wie beim Stadtrat, nur die Summe auf Fr. 700'000.— geändert.

Beschluss

Mit 27 : 6 Stimmen bei 9 Enthaltungen wird dem Antrag von René Wernli zugestimmt.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Man könnte ja das Verfahren auch etwas abkürzen. Ich würde sagen: Den Lieben, sich Enthaltenden besten Dank. Aber die Mehrheit ist erklecklich, und ich denke, das wird sich in der nächsten Abstimmung nicht ändern. Der Stadtrat würde den Antrag von René Wernli zu seinem Antrag machen, und wir wären bereit, dem zuzustimmen.

Antrag 5.3

Roland Rudolf von Rohr: Ich möchte den Antrag stellen, dass Zeile 3 LV ROT gestrichen wird, und die Anpassung dieser Leistungsvereinbarung später gemacht wird.

Patrick Kissling: Wenn mein Antrag als 5.4 geht, müsste man bei 5.3 auch schon die dritte Zeile streichen. Wahrscheinlich müsste man meinen Antrag dem gegenüber stellen. Wir haben jetzt drei Anträge mit demjenigen von Roland Rudolf von Rohr.

Parlamentspräsident Werner Good: Roland Rudolf von Rohr hat den Antrag gestellt, dass der 3. Punkt LV ROT von Fr. 120'000.— um Fr. 162'000.— auf neu Fr. 2882'000.— gestrichen wird. Der Antrag von Patrick Kissling lautet dahin gehend, dass der Antrag des LV ROT auf zwei Jahre befristet wird. Dort ist der Stadtrat auch einverstanden. Der LV ROT wird so enthalten bleiben, aber auf zwei Jahre befristet, als Ergänzung.

Rolf Schmid: Ich habe eine Frage zum Begrenzungsantrag, die wahrscheinlich ein Stadtrat beantworten müsste. Würde es dann nicht Sinn machen, alle drei auf zwei Jahre zu begrenzen, weil man dies ja als Gesamtpaket sowohl jetzt verabschieden als auch nachher beurteilen kann? Es ist ja irgendwie ein Olten Info-Point, und es macht von mir aus gesehen keinen Sinn, hier verschiedene Fristen zu führen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es kann eine Folge aus diesem Antrag sein. Der Antrag ist ja formuliert worden, insbesondere, und deshalb haben wir hier jetzt auch zugestimmt, wegen des Personalaufwands, weil in diesem Bereich, in dieser Kostensteigerung die 120 Stellenprozente sind. Das ist ja der Grund für das „Familienduell“ innerhalb der CVP gewesen und weshalb auch dieser Antrag gekommen ist. Das entscheidet das Parlament. Aber grundsätzlich: Ein Jahr ist zu kurz. Drei Jahre ist der Antrag, und zwei Jahre lässt zu, dass man in zwei Jahren alles überprüft, noch einmal vorlegt und nach anderthalb Jahren Praxis auch Erkenntnisse hat.

Heinz Eng: Ich glaube, dieser Antrag macht nicht gross Sinn. Wenn man im Bericht unter Punkt 4.1.4. schaut, werden ja die Mehrkosten im LV Wifö und im LV SOAG mit den höheren Mietkosten begründet. Punkt 5.1 haben wir ja bereits in diesem Sinne zugestimmt. Das macht von mir aus gesehen keinen Sinn, und es ist effektiv einzig und allein bei der Leistungsvereinbarung ROT, wo man diese Vereinbarung für zwei Jahre machen muss.

Rolf Schmid: Ich möchte es nicht künstlich verlängern. Aber wir müssten einfach kurz einmal überlegen, was das für die Umsetzung heisst. Gehen wir einfach einmal davon aus, wir sagen nachher in zwei Jahren zum Leistungsvertrag ROT nein, weil wir schlechte Erfahrungen gemacht haben. Was passiert dann ganz praktisch? Wir stimmen hier irgendwie über ein Gesamtkonzept ab. Ich für mich finde es etwas seltsam, wenn man dies jetzt auseinander reisst. Natürlich sehe ich diese Überlegungen. Aber ich denke einfach an die armen Leute, welche dies nachher irgendwo umsetzen müssen.

Patrick Kissling: Ich weiss zwar nicht, ob ich in zwei Jahren noch im Parlament sein werde, aber ich hoffe doch, dass das Parlament in zwei Jahren soviel Vernunft haben wird, dass es eine minimale Anzahl Stellen bewilligen wird, damit man es so weiter führen kann. Aber man erhält dann eine Rückmeldung über die Erkenntnisse, die man in den letzten eineinhalb Jahren gesammelt hat. Vielleicht hat ja das Parlament dann sogar das Gefühl, es wolle diese Stellen noch aufstocken, weil es einfach ein grosser Erfolg gewesen ist. Aber ich denke nicht, dass man hier vom Schlimmsten ausgehen muss, dass diese Stellen dort nicht mehr bewilligt werden.

Parlamentspräsident Werner Good: Der Antrag von Roland Rudolf von Rohr lautet, dass er den dritten Punkt LV ROT streichen möchte, derjenige von Patrick Kissling, den jetzigen Text zu ergänzen, und das ist auch derjenige des Stadtrates: „Die Leistungsvereinbarung mit ROT ist auf zwei Jahre zu beschränken“.

Beschluss

Mit 31 : 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird dem Antrag von Patrick Kissling zugestimmt.

Antrag GPK auf neuen Punkt 5.4

„Der Stadtrat prüft eine sinnvolle Weiterverwendung des Distelihauses, wobei einem Verkauf hohe Priorität eingeräumt wird“.

Beschluss

Mit 34 : 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

Gesamtbeschluss

Mit 34 : 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Der Einmietung der Einwohnergemeinde Olten in der Liegenschaft Frobürgstrasse 1 (Dienstleistungszentrum mit Info Desk im Parterre und Gruppenräumen im 2. Obergeschoss) per 1. Januar 2010 für eine Dauer von 20 Jahren mit einem jährlichen indexierten Mietzins (LIK) von CHF 96'000 exkl. NK wird zugestimmt. (38:1 bei 3 Enthaltungen)
2. Für den Mieterausbau und einmalige Einrichtungskosten wird ein Investitionskredit in der Höhe von CHF 700'000 zu Gunsten Konto 029.503.01 (Investitionsrechnung) genehmigt. Mit der Vermieterin wird im Rahmen des Mietvertrags eine Vereinbarung über eine Anrechnung des Restwertes im Falle einer vorzeitigen Auflösung des Mietverhältnisses getroffen. (27:6 bei 9 Enthaltungen)
3. Den folgenden Anpassungen der bestehenden Leistungsvereinbarungen wird zugestimmt:
 - LV Wifö von CHF 90'000 um CHF 23'000 auf neu CHF 113'000
 - LV SOAG von CHF 600'000 um CHF 47'000 auf neu CHF 647'000
 - LV ROT von CHF 120'000 um CHF 162'000 auf neu CHF 282'000(31:5 bei 6 Enthaltungen)
4. Die Leistungsvereinbarung ROT ist auf zwei Jahre zu befristen. (31:5 bei 6 Enthaltungen)
5. Der Stadtrat prüft eine sinnvolle Weiterverwendung des Distelihauses, wobei einem Verkauf hohe Priorität eingeräumt wird. (34:3 bei 5 Enthaltungen)
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
7. Ziff. 1 bis 3 dieses Beschlussesantrags unterstehen dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:

Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler

Direktion Finanzen und Informatik/Herr Markus Sieber

Direktion Bau/Herr Adrian Balz

Stadttheater Olten AG/Herr Herbert Schibler

Wirtschaftsförderung Region Olten/Herr Urs Blaser

Region Olten Tourismus/Herr Thomas Heimann

Finanzkontrolle

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. März 2009

Akten-Nr. 16/5

Prot.-Nr. 66

Wahl Ersatzstimmenzähler

Als Ersatzstimmenzähler für Anna Engeler (JA) wird Jonas Hertner gewählt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. März 2009

Akten-Nr. 46/0

Prot.-Nr. 67

Überparteiliches dringliches Postulat für einen starken Bildungsstandort Olten/Beantwortung

Am 23. März 2009 wurde bei der Stadtkanzlei folgendes überparteiliches Postulat eingereicht:

„Der Stadtrat soll sich beim Regierungsrat unverzüglich dafür einsetzen, dass im unteren Kantonsteil die Sek-P-Schulen konzentriert und prioritär in Olten geführt werden. Im Interesse eines starken Bildungsstandorts Olten soll der Stadtrat aktiv die pädagogischen, qualitativen und finanziellen Nachteile von dezentralen Sek-P-Schulen kommunizieren.

Begründung

Kürzlich hat das Departement für Bildung und Kultur informiert, es wolle aus regionalpolitischen Gründen die Sek-P-Schulen im unteren Kantonsteil auf verschiedene Standorte aufteilen.

Diese Aufsplitterung gefährdet den Bildungsstandort Olten, weil mit deutlich weniger Schülerinnen und Schüler das qualitativ hochstehende Angebot der Schulen in Olten nicht mehr in der heutigen Form aufrecht erhalten werden kann.

Bei einer Konzentration der Standorte ergeben sich wertvolle Synergien, wenn geeignete Fächer und Projekte typenübergreifend angelegt sind und wenn dieselben Lehrpersonen ihre Fachlichkeit mehreren Sekundarstufentypen zur Verfügung stellen. Das ist im Interesse der Schülerinnen und Schüler, weil kein Typus der Sekundarstufe diskriminiert wird. Zudem sollen die schulischen Dienste und die Infrastruktur typenübergreifend genutzt und ausgelastet werden: das ist im Interesse der Schulträger. Ein weiterer Vorteil ist, dass das Prestige-Gefälle aufgehoben wird.

Alles zusammen spricht dafür, dass die P-Standorte konzentriert werden.

Eine Aufsplitterung führt auch zu Mehrkosten, an denen sich Olten über den Finanzausgleich beteiligen muss, obwohl die Schulen in der Stadt durch die Dezentralisierung Nachteile erleiden.

Der Stadtrat soll in seiner Reaktion auf das Postulat auch folgende Fragen beantworten:

- Welche konkreten Folgen hat nach Meinung des Stadtrates die Aufsplitterung der Sek-P-Standorte im unteren Kantonsteil auf die Schulen in Olten?
- Wie wirkt sich die Aufsplitterung der Sek-P-Standorte auf die finanzielle Belastung von Olten im kantonalen Finanzausgleich aus?
- Wie beurteilt der Stadtrat das Risiko, dass zentrumsnahe Gemeinden ihre Kinder gegen den Willen der Eltern an nicht ausgelastete dezentrale Sek-P-Schulen abgeben müssen?

Begründung der Dringlichkeit

Der Regierungsrat will bereits in den nächsten Wochen über die Anträge des Departements für Bildung und Kultur entscheiden. Die Aufsplitterung der Sek-P-Schulen hätte kurzfristig gravierend negative Auswirkungen für den Bildungsstandort Olten. Das Parlament muss deshalb jetzt den Stadtrat beauftragen, für die bildungspolitischen Interessen von Olten zu kämpfen.“

- - - - -

Stadtrat Dr. Martin Wey beantwortet im Namen des Stadtrates das Postulat wie folgt:

Bereits in „Botschaft und Entwurf des Regierungsrates an den Kantonsrat vom 28. Februar 2006“ (Änderung des Volksschulgesetzes) wird festgehalten, dass an der Kantonsschule Olten ein Sek P-Standort geführt werden soll. Im selben Papier wird festgehalten, dass die Zersplitterung auf zu viele Sek I-Standorte zu den „Schwachpunkten des heutigen Systems“ gehört; zudem „erlauben grössere Schulzentren professionellere Rahmenbedingungen für den Unterricht und dessen Unterstützung. Dies wirkt sich qualitativ auf den Unterricht aus und bringt für die Schülerinnen und Schüler einen grösseren Nutzen.“ Bei der Planung zur Umsetzung der Sek I-Reform sind die Bevölkerung und die Behörden der Stadt Olten von diesen Gegebenheiten ausgegangen. Die dabei aufgestellten Spielregeln müssen auch während dem Umsetzungsverfahren eingehalten werden. Ein Sek P-Standort an der Kantonsschule Olten für den ganzen unteren Kantonsteil von Oensingen bis Wöschnau-Eppenberg würde all diesen gewichtigen Vorgaben gerecht. Olten könnte alle Sek P-Schüler/-innen des unteren Kantonsteils aufnehmen. Die Botschaft liess aber offen, dass sich auch „ausenstehende“ Standorte bewerben könnten.

Weiter bleibt in diesem Zusammenhang festzuhalten:

- Die langfristig gesicherte Zahl von Lernenden ermöglicht die Bereitstellung eines breiten und vielfältigen Wahlfachangebotes. Ebenso kann der grosse Bildungsstandort Olten wichtige ergänzende Schulangebote anbieten oder ausbauen: Ganztagesstrukturen mit Sportangeboten, Mensa, Lernunterstützung oder bilingualem Unterricht.
- Ein grösserer Pool von Lehrpersonen ergibt ein breiteres Kompetenzspektrum, um den heutigen Gegebenheiten der zunehmenden Heterogenität gerecht zu werden. Zudem können den Lehrpersonen grössere, stabilere Pensien angeboten werden. Beides sind wichtige Qualitätsaspekte im personellen Bereich.
- Die Zuweisungskriterien zur Sek P. können so gehandhabt werden, dass das hohe Niveau der Lernenden (Vorbereitung auf die Maturität und ein universitäres Studium) gewährleistet werden kann. Die Anbindung an schulische Angebote im Sek II-Bereich (Kantonsschule, Berufsbildungszentrum) und im Tertiär-Bereich (Fachhochschule) ist in Olten gegeben und trägt zur Harmonisierung der Bildungsgänge bei.
- Ein starker Bildungsstandort Olten – umfassend auch Fachhochschule, Berufsschulzentrum und andere Institute – mit einem starken Sek P-Bereich entspricht der Zentrumsfunktion von Olten. Im Vergleich zu wichtigen anderen Zentren im Bildungsraum Nordwestschweiz (Zofingen-Aarau-Solothurn) ist eine entsprechende Positionierung wichtig. Der Stadtrat wird sich dafür einsetzen, dass die Umsetzung der Sek I-Reform als Verbundaufgabe zwischen der Volksschule und der Kantonsschule wahrgenommen wird.
- Die Kostensituation im Kanton zwingt zur Konzentration der Kräfte. Steigende Kosten im Bildungsbereich, abzulesen am hohen Anteil der Bildung in den Gemeindebudgets, und ein entsprechendes Kostenbewusstsein verlangen nach Optimierungen und dem Schaffen von Synergien. Eine Aufsplitterung und Verzettelung ist auch aus finanziellen Gründen zu vermeiden.

Die im Postulat gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden:

Welche konkreten Folgen hat nach Meinung des Stadtrates die Aufsplitterung der Sek-P-Standorte im unteren Kantonsteil auf die Schulen in Olten?

Dadurch ergäbe sich ein massiver Rückgang der Schülerzahl, was zu einem Personalabbau mit entsprechendem Substanzverlust führen würde.

Wie wirkt sich die Aufsplitterung der Sek-P-Standorte auf die finanzielle Belastung von Olten im kantonalen Finanzausgleich aus?

Die finanziellen Konsequenzen einer Aufsplitterung können in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht seriös aufgezeigt werden. Es ist aber anzunehmen, dass Optimierungen bei den Klassengrössen nur schlecht oder gar nicht vollzogen werden können. Dadurch entstehen Mehrkosten.

Wie beurteilt der Stadtrat das Risiko, dass zentrumsnahe Gemeinden ihre Kinder gegen den Willen der Eltern an nicht ausgelastete dezentrale Sek-P-Schulen abgeben müssen?

Dieses Risiko besteht nicht. Da die 3 zur Diskussion stehenden Standorte je eigene Schulträger haben und keine entsprechenden Regelungen bestehen, ist für einen Schüleraustausch in den jeweiligen Randgebieten keine rechtliche Grundlage gegeben.

Zusammenfassend teilt der Stadtrat im Sinne der Erwägungen die im Postulat formulierten Befürchtungen und Erwartungen. Zudem wird er sich, wie vom Postulat gefordert, unmissverständlich dafür einsetzen, dass ein starker Bildungsstandort Olten erhalten bleibt. Gestützt darauf beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Vorstoss zu überweisen.

- - - - -

Brigitte Kissling: Eigentlich wäre an dieser Stelle Urs Knapp gefragt, ist aber berufshalber in Paris. Deshalb spreche ich hier als Unterzeichnerin des Postulats und gleichzeitig als Fraktionssprecherin. Einzelvoten werden nachher sicher noch ergänzt. Vorab einmal vier Feststellungen: Wenn wir jetzt von diesem P-Zug sprechen, muss man sich wirklich bewusst sein, dass es kein Untergymnasium mehr geben wird und wir vom P-Zug als Teil der Sekundarstufe I reden und nicht mehr vom Untergymnasium als Teil der Kantonsschule. Der zweite Punkt ist, dass wir nicht wollen, dass dieser Vorstoss als Lobbying für die Kantonsschule verstanden wird. Die Presse hat dies bereits missbraucht, unbewusst oder vielleicht auch, weil wir die Priorisierung hinein genommen haben. Für uns heisst dies aber nicht, dass für den P-Zug Olten der einzige Standort in der Region sein soll. Wir respektieren die Gemeinden im Niederamt und bekämpfen einen P-Standort im Niederamt nicht. Was wollen wir dann mit diesem Postulat? Wir wollen durch alle Stufen hindurch eine qualitativ gute Sekundarschule. Dazu gehört der momentan emotional diskutierte P-Zug. Wir wollen, dass sich der Stadtrat konstruktiv in die laufenden Standortdiskussionen einmischt und versucht, die momentan entgleiste Situation wieder auf eine fachlich-sachliche Ebene zurück zu führen. Diesbezüglich soll der Stadtrat beim Regierungsrat Einfluss nehmen. Wer diese Diskussion in den Zeitungen verfolgt, stellt fest, dass es nicht mehr primär um eine möglichst gute Beschulung unserer Kinder geht, sondern salopp gesagt darum, wie der Kuchen untereinander aufgeteilt wird und wer die grössten Stücke mit den meisten Zuckerkäferchen erhält. Dabei geht es um Fragen von Neuerrungenschaften, Statusverlusten und Redimensionierungen. Die unberechenbare Vorgehensweise von Regierungsrat Fischer verschärft die Situation unter den Kuchennehmern und denjenigen, die es eventuell noch sein könnten. Es gibt auch einen Zwist zwischen Lehrpersonen der Kantonsschule und der Bezirksschule.

Das kann es einfach nicht sein. Wo bleiben die fachlichen stichhaltigen Argumente und wo die Übernahme der Verantwortung? Die Kriterien für die Zuweisung von Schulstandorten sollen sich auf qualitative, pädagogische und finanzielle Aspekte beziehen, die inhaltlich klar definiert sind und verbindlich eingefordert werden. Zudem müssen bei den Standortentscheiden auch immer die Auswirkungen für die umliegenden Standorte mitgedacht und berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang müssen zum Beispiel folgende Fragen gestellt werden: Wieviele Schüler und Schülerinnen sind notwendig, um ein qualitativ gutes Lernangebot zur Verfügung zu stellen? Wieviele Lehrpersonen sind notwendig, damit der fachliche Austausch gewährleistet ist? In welchem Rahmen bewegt sich ein gutes Kosten-/Nutzen-Verhältnis? Welche Mehrkosten haben die Gemeinden bezüglich der Neuorganisation zu erwarten usw.? Primär gilt es, für die Schülerinnen und Schüler der zukünftigen Sek P ein qualitativ gutes Schulangebot bereit zu stellen. Faktoren wie Standortmarketing oder Wählerlobbying haben bei der Beantwortung der Standortfragen genau so wenig zu suchen wie persönliche Interessen. Wie oben erwähnt, fordern wir mit diesem Postulat den Stadtrat auf, mit dem Regierungsrat den Dialog zu suchen, die jetzige Diskussion in eine konstruktive und fachliche Richtung zu lenken und im Sinne einer guten qualitativen P-Zug-Lösung Einfluss zu nehmen. Ich habe jetzt hier eigentlich nur Bezug genommen auf den Postulattext, und wir haben ja die Beantwortung von Martin Wey erhalten. Dazu möchte ich einfach noch sagen, dass ich nicht denke, dass es Sache des Stadtrates oder für ihn überhaupt möglich ist, die drei Fragen, die er hier beantwortet, eben wirklich zu beantworten. Ich denke, das muss zwingend der Regierungsrat machen, und zwar zwingend für den ganzen Kanton Solothurn und alle Gemeinden. Das muss er für die Kantonsschulen machen, und das muss er für die zukünftigen Sek-Standorte machen. Es kann nicht sein, dass sich die Gemeinden untereinander bekriegen und sich Lehrerorganisationen untereinander bekriegen müssen. Dazu muss Herr Fischer klar Verantwortung übernehmen und die Rahmenbedingungen klar und verbindlich festlegen. Es geht nicht, dass er einmal dies und ein anderes Mal jenes sagt. Wir sehen ja, was jetzt passiert. Das Postulat ist wirklich dazu gedacht gewesen, Martin Wey und auch dem Gesamstadtrat mitzugeben, in diesem Sinne mit dem Regierungsrat zu reden und die Verhandlungen aufzunehmen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Es ist gut, dass wir so lange über das vorgängige Geschäft haben reden dürfen, insofern, dass man die Beantwortung des dringlichen Vorstosses hat lesen können oder zumindest andeutungsweise. Deshalb erlaube ich mir, weil es vielleicht nur andeutungsweise ist, noch auf einzelne Punkte der Beantwortung hinzuweisen. Vielleicht zuerst ein paar persönliche Anmerkungen, aber auch im Sinne des Stadtrates, der dies auch teilt, zum Umfeld, in dem wir stehen. Offensichtlich müssen wir heute Abend in Olten eine politische Diskussion führen, die eigentlich bereits viel früher und eine Stufe höher, sprich beim Kanton, hätte erfolgen müssen. Das stelle ich heute einfach fest. Ich habe es schon einmal bei anderer Gelegenheit votiert, dass wir diesbezüglich vom Kanton schon nicht gerade die Führung gesehen haben, wie sie wichtig wäre, gerade in einer Umsetzung solcher Projekte. Ebenfalls hätten diese Entscheide früher gefällt werden müssen. So sind wir eigentlich heute Abend hier, und ich muss sagen, es kann nicht sein, dass wir uns in unserer Region, zu der wir Sorge tragen und auch gute Arbeit im Sinne der Zusammenarbeit leisten, wegen dieses Punktes auseinander dividieren lassen, nur weil die zuständigen Amtsstellen den Mut nicht aufgebracht haben, rechtzeitig klare Verhältnisse zu schaffen. Das ist ein Fakt. Ich denke aber, und das ist der Verdienst dieses Vorstosses, es ist unsere Aufgabe als Parlament, aber auch als Stadtrat, jetzt zu dieser ganzen, vielleicht nicht ganz verfahrenen, aber wenn man heute und in der Vergangenheit die Zeitung liest, denke ich, es ist höchste Zeit, in diesem Sinne auch klare Signale zu setzen. Wenn ich die Zeitung und hier diese Botschaft lese, muss ich einfach fragen: Was ist hier los? Es kann ja nicht sein, dass zwei Lehrerverbände, und dies nur aus Eigeninteresse, so diametral gegeneinander arbeiten, sich gegenseitig und offenbar öffentlich diffamieren. Was steht denn in dieser Botschaft? Steht einfach viel zu wenig drin, dass jeder sein eigenes Brötchen backen kann, oder ist dies interpretierbar? Für mich ein schwieriger Umstand. Ich komme noch einmal auf die Botschaft. So wie ich sie verstanden habe, ist die Ausgangslage klar: Wir haben eine ganz neue Oberstufenorganisation, eine Abkehr von bisherigen Strukturen. Dazu gehört ein B-, E- und eben auch ein P-Zug. Dort kann man in der Botschaft lesen, und das ist für mich

eigentlich so etwas greifbar, und ich möchte in diesem Fall dort auch bei der Beantwortung des Postulats anknüpfen, dass man zwar verschiedene Zentren schaffen will, insbesondere auch beim Bereich P, aber dass diese auch eine gewisse Grösse haben müssen. Die von Brigitte Kissling angetönten Aspekte Qualität, Quantität und Kostenfrage sind eben unter anderem auch Rahmenbedingungen gewesen, die hier seinerzeit formuliert worden waren. Was verunsichert ist, dass man jetzt offenbar während des ganzen Verfahrens die Spielregeln – ich möchte nicht gerade sagen abändert – aber doch etwas anders interpretiert und sehr dehnbar macht. Klar ist für uns in der Stadt gewesen, dass ein P-Zug an der Kanti geführt wird. Das ist in der Botschaft auch klar. Dort hat sich allenfalls die Frage gestellt, ob man im Sinne eines Doppelstandortes P auch ein Gesuch stellen will. Wir haben dies im Stadtrat unter dem Aspekt der Quantität und Qualität verworfen, weil wir die Meinung vertreten, ein P-Standort in der Stadt ist gut, weil dort auch die Grösse entsprechend vorhanden ist, wo die Qualität in der Quantität und im Angebot des schulischen Lernens am grössten ist. In der Zwischenzeit hat man sich seitens des Kantons offenbar von dieser Prämisse abgekehrt. Was aber für mich und für uns als Stadtrat klar bleibt ist, dass eben genau die geforderten Qualitäten, die auch das Postulat zum Ausdruck bringt, wo eigentlich die Gefahren sind, dass es eine Zerreibung gibt und an und für sich auch ein Ausfleddern von Qualitäten gibt, dass wir zuwenig grosse Einheiten haben - sie haben dies all nachlesen können – dass hier eine grosse Gefahr besteht. Es ist auch sinnvoll, die P-Standortfrage mit grösseren Einheiten angehen zu können und wollen. Hier geht es gar nicht darum, irgend eine Region an die Wand stellen zu wollen oder zu behaupten, dass in Schönenwerd oder im Gäu schlechterer Unterricht geführt wird. Das ist nicht unsere Frage. Unser Auftrag für die Stadt Olten muss sein, einen Standort für einen P-Zug zu haben, der entsprechend gross angelegt ist, um all die verschiedenen Bereiche und das breite Angebot an Ausbildung garantieren zu können. Auf dem Platz Olten – wir haben es ebenfalls in der Beantwortung geschrieben – sind wir ein Bildungsstandort und haben verschiedene Vernetzungen, die wir nützen können, sei es das BBZ, die Fachhochschule, seien es andere Bildungsinstitute. Ich denke, das ist eine grosse Stärke, die wir auch in Zukunft nicht verlieren wollen. Etwas Zentrales, und ich denke, wenn man hier jeweils Kanti und nicht Kanti gegeneinander hört oder in Zukunft hoffentlich miteinander reden hört, darf man nicht vergessen, dass die Sek I-Reform eben eine Neuausrichtung hat. In der Botschaft steht zum Beispiel auch, dass der P-Zug, Sek I, eine Volksschule ist. Jetzt haben wir speziell in der Stadt Olten durch einen regierungsrätlichen Entscheid vorgegriffen, dass eben der P-Zug an der Kanti geführt wird. Das heisst, räumlich haben wir es bei der Kantonsschule und vom Gesetzesauftrag ist es ein Volksgesetzesauftrag mit einer Führung, die auch gemäss der Volksschule erfolgen soll. Ich denke, hier müssen wir uns in Zukunft vor allem auch in der Stadt Olten und im Zusammenhang mit Klaus Fischer unterhalten, dass sich hier eben die Gruppierungen auf dem Platz Olten – es ist ein Oltner Modell, das wir haben – dass sich eben die Kantonsschule bewegen muss wie auch wir von der Stadt uns in diesem gemeinsamen Verbund positionieren müssen, der bei der Umsetzung der ganzen Sek I angestrebt werden muss. Hier ist es zwingend nötig, dass seitens der Kantonsschule, aber auch seitens der Stadt die entsprechenden Schritte gemacht werden und das verstärkte Miteinander auch gefordert wird. Ich denke, dort dürfen wir auch von der Regierung fordern, dass genau auf dem Platz Olten dieser Problematik Beachtung geschenkt wird und wir als Stadt und Kantonsschule auch unterstützt werden, um die Zusammenarbeit dort, die verstärkt, verbindlicher und ich möchte jetzt einmal sagen gleichberechtigt formuliert und auch deklariert sein können muss. Ich denke, insbesondere auch wenn man sieht, welche Projekte laufen - wir haben um 18 Uhr über die Schulraumplanung orientieren dürfen, wo es sich über die ganze Sek I-Reform nachzieht – dann hat es unsere Schuljugend verdient, dass wir hier nicht noch lange streiten und unsere Schülerinnen und Schüler aus der Zeitung entnehmen müssen, was hier an und für sich abläuft. Es geht gar nicht um diese Schülerinnen und Schüler und die Qualität an diesen Zügen, sondern um ein gegenseitiges Auseinanderdividieren. Ich denke, hier sind wir in der Verantwortung, wir in der Stadt Olten, aber auch die ganze Region und der Kanton. Gestützt auf diese Ergänzungen möchte ich Sie bitten, dem Postulat einen guten Geist mitzugeben und uns vom Stadtrat auch zu ermutigen, wie es von meiner Vorrednerin ebenfalls gefordert worden ist, mit dem Kanton, aber insbesondere auch mit der Kanti Olten, dies jetzt miteinander und nicht gegeneinander in die Zukunft zu führen.

Antonia Hagmann, CVP/EVP-Fraktion: Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulates und schliessen uns den Feststellungen an. Deshalb gibt es eigentlich meiner Ansicht nach zu diesem Postulat gar nicht mehr viel zu sagen. Detailfragen, Umsetzungen etc. sind heute Abend ohnehin kein Thema. Es geht bei diesem Postulat einzig und allein um einen starken Bildungsstandort Olten und darum, den zukünftigen Schülern eine optimale Ausbildung zu bieten. Es ist uns klar, dass Olten weiterhin ein Sek P-Standort ist und bleiben wird. Die Frage stellt sich nur, ob man mit einer möglichen Aufsplitterung und Dezentralisierung der Sek P-Schulen den gestellten Anforderungen, die weiterführende Ausbildungsstätten verlangen, noch gerecht wird. Wir von der CVP/EVP-Fraktion unterstützen das Postulat aus folgendem Grund: Es ist uns wichtig, dass wir in Olten auch in Zukunft einen starken Bildungsstandort haben werden. Dazu gehört ein konzentrierter Sek P-Standort. Wir sind überzeugt, dass eine gute Qualität für die Sek P-Schulen nur gewährleistet werden kann, wenn auch eine gewisse Quantität von Schülern und Lehrpersonen vorhanden ist. Klassenübergreifende Aktivitäten, Projekte, Veranstaltungen etc. können nur ermöglicht und durchgeführt werden, wenn Aufwand und Finanzen in einem vertretbaren Verhältnis zu den Schülerzahlen stehen. Wir befürchten, dass zuviele Sek P-Standorte zu künstlichen Aufstockungen der Klassen führen können, um die Anforderungen eines Standortes zu erfüllen. Das würde doch automatisch das Niveau eines P-Zuges senken. Auch mögliche Kämpfe der verschiedenen Standorte um Schülerzahlen sind doch wirklich nicht erstrebenswert. Deshalb ist es uns wichtig, dass sich die Stadtregierung für den Erhalt eines starken Bildungsortes einsetzt und dies auch kommuniziert. Das überparteiliche Postulat soll gegenüber dem Regierungsrat bekräftigen, dass wir vom Parlament und Stadtrat uns für eine hohe Qualität der Schule in Olten einsetzen und uns eine gute Bildung für die Schüler und Schülerinnen aus der ganzen Region wichtig ist.

Heinz Eng, FdP-Fraktion: Ich möchte zuerst Urs Knapp in seiner Abwesenheit an dieser Stelle ganz herzlich danken. Das überparteiliche Komitee ist auf seine Initiative hin zustande gekommen. Das ist eigentlich keine alltägliche Begebenheit in der politischen Landschaft Oltens. Nun, es gibt trotzdem noch einiges zu diesem Postulat zu sagen. Die Stadt Olten muss umgehend eine Auslegeordnung über den Bereich Sek P-Standort machen. Sie muss die Interessen des Bildungsstandortes Olten beim Kanton mit Nachdruck unterbreiten. Unschön an dieser ganzen Angelegenheit ist, dass die Sache in den letzten Wochen eskaliert ist. Es geht praktisch kein Tag vorbei, ohne dass gewisse Akteure versuchen, sich über die Medien oder solche Einzelkämpferaktionen hervor zu tun. Natürlich sehen sie dann diese Angelegenheit immer aus ihrer Warte heraus. Momentan sind kein gegenseitiges Einvernehmen und auch keine gemeinsame Vorgehensweise vorhanden. Mit der Standortfrage werden regionale Interessen in die Waagschale geworfen und auch gegeneinander ausgespielt. Daran sind die Entscheidungsträger, unter anderem der Regierungsrat, nicht unschuldig. Die FdP-Fraktion der Stadt Olten will keine weitere Eskalation zwischen den Regionen bzw. zwischen Stadt und Land. Sie beharrt aber klar auf der Zentrumsfunktion von Olten im schulischen Bereich, und dies muss auch von den Regionen akzeptiert werden. Zu den bereits erfolgten Ausführungen, jetzt auch in der Beantwortung, noch folgende Facts: Man wird nämlich relativ rasch fündig, und es gibt hier wirkliche harte Facts, die ausschlaggebend sind und ebenfalls in die Waagschale geworfen werden können. Es existiert ein Regierungsratsbeschluss über die definitiven und eventuell noch vorgesehenen P-Standorte im Kanton. Das hat auch im Bericht 445/2006 zu Handen des Kantonsrates gestanden. Dort gilt die Kanti Olten als fester P-Standort, unter anderem auch die Kanti Solothurn. Die Regionen, unter anderem Gäu und Niederamt, können auf Gesuch hin um einen P-Standort nachsuchen. Das Gäu und das Niederamt haben ein solches Gesuch gestellt. Ob es nun gewissen Akteuren passt oder nicht, aber das ist legitim. Der Regierungsrat wird gemäss Fahrplan spätestens im Mai über die weiteren P-Standorte entscheiden. Die Entscheidung wird sicher gestützt auf eine Analyse und ein Abwägen der verschiedenen Vor- und Nachteile der einzelnen Standorte gefällt werden. Faktoren dürften zum Beispiel Kosten, Schülerzahlen, Infrastruktur, Klassenanzahl usw. sein. Darüber gibt es auch eine Publikation, die Martin Wey schon erwähnt hat, nämlich die „Anforderungen an einen P-Standort“. Dort ist alles fein säuberlich aufgelistet, welches die Anforderungen an sogenannte P-Standorte sind. Das Führen eines gesplitteten P-Standortes im Niederamt mit

einer einzelnen Klasse ist gemäss diesen Ausführungen gar nicht statthaft. Pro Standort müssen mindestens zwei Klassen geführt werden, ganz abgesehen davon, dass durch eine Klasse klar pädagogische Nachteile erwachsen. Ein Kleinststandort kann zum Beispiel im Wahlfächerbereich aus organisatorischen und finanziellen Gründen nur ein Teilangebot anbieten. Zum Vergleich: Die Kanti Olten bietet bereits heute rund 16 verschiedene Wahlfächer an. Betreffend aufgesplittertem P-Standort Niederamt möchte ich noch zwei Faktoren erwähnen. Diese gehen übrigens aus der Eröffnung Antrag DBK an den Regierungsrat hervor. Es ist alles vorhanden. Das ist alles im Internet. Es sind erstens die Kosten. Man sagt hier: Eine Lehrperson à Fr. 150'000.— per annum plus strukturelle Kosten à Fr. 300'000.— per annum macht praktisch knapp eine halbe Million Franken, allein schon durch den aufgesplitterten Standort Niederamt, die hier anfallen. Zweitens: Auch die Auswirkungen sind enthalten. Das ist ganz klar. Sollte der gesplitterte Standort Niederamt kommen, heisst dies nachher, dass es für den Standort Olten eine Klasse weniger ist. Das steht ebenfalls hier drin. Fazit: Es kann ja wohl nicht sein, dass die Stadt Olten über den Finanzausgleich finanzielle Mittel an einen noch zu schaffenden aufgeteilten P-Standort Niederamt beisteuert und als Dank gleichzeitig noch eine Klasse weniger an ihren P-Standort erhält, ganz nebenbei im Wissen, dass die Lehrkörper und Infrastruktur in Olten vorhanden sind. Ein weiterer Punkt: Die Direktion Bildung hat vor geraumer Zeit eine Arbeitsgruppe Sek I-Reform gebildet. Hier wäre eigentlich noch wichtig zu erfahren, welche Erkenntnisse und Schlüsse die Arbeitsgruppe auch bezüglich des konzentrierten Sek P-Standorts Olten erhalten hat. Wichtig ist auch die Erkenntnis, dass es beim P-Standort Olten in schulischen Belangen nicht um die Weiterführung des Untergymnasiums geht, sondern vor allem auch um einen bedeutenden Teil unserer aktuellen Bezirksschule. Das haben scheinbar auch noch nicht alle Akteure begriffen. Kurzum: Für den Stadtrat folgt, dass es in der P-Standortfrage Olten heisst, der P-Standort Olten mit all seinen Vorteilen gegenüber anderen Modellen stark zu machen. Die Regionen und als Entscheidungsinstanz der Regierungsrat sollen mit fachlichen Argumenten vom Standort Olten überzeugt werden. Auf weitere Polemik oder Eskalation soll bestmöglich verzichtet werden. Deshalb der Aufruf der FdP-Fraktion an den Stadtrat, ob Männlein oder Weiblein: Ihr müsst „in die Hosen“ und dafür sorgen, dass eben der P-Standort von Olten nicht „in die Hosen“ geht. Die FdP-Fraktion ist für Eintreten auf das Postulat und Überweisung.

Christian Werner, SVP-Fraktion: Eigentlich würde Ruedi Lutz als Erstunterzeichner und Fraktionspräsident sprechen. Da er unter einer Angina leidet, habe ich sehr kurzfristig einspringen müssen. Als ehemaliger Untergymnasiast mache ich dies natürlich gerne. Grundsätzlich kann ich mich meinen Vorrednern weitgehend anschliessen und vor allem was die Finanzierung, die Auswirkungen anbelangt, eigentlich ins gleiche Horn blasen. Ich möchte kurz noch zwei, drei Sachen aus unserer Sicht sagen, was uns eigentlich dazu bewogen hat, das Postulat zu unterstützen. Die SVP-Fraktion steht geschlossen hinter diesem Vorstoss. Wir haben dies alle unterschrieben und werden es auch überweisen. Wir sind bekanntermassen immer schon gegen die Sek I-Reform gewesen und haben auch im Abstimmungskampf insbesondere auf die Problematik hingewiesen, die wir jetzt thematisieren. Auch hier im Gemeinderat haben wir mehrfach für das Untergymnasium Olten gekämpft. Ich habe beispielsweise in meiner allerersten Sitzung hier ein Plädoyer für die Beibehaltung des Untergymnasium-Standortes Olten gehalten, worauf mir Mario Clematide gesagt hat, ich solle zuerst hirn, bevor ich horne. Dies nur am Rand. Die SVP-Fraktion hat im Kantonsrat 2006 bereits festgestellt, dass das Gerangel um die begehrten P-Standorte jetzt los gehe und sie hat 2006 im Kantonsrat auch einen Vorstoss eingereicht, der eigentlich auch dorthin geht, wo man gesagt hat, dass eine Betriebsbewilligung für eine Sek P nur erteilt werden soll, wenn die geforderten Parameter nachhaltig während mindestens zehn Jahren beibehalten werden können. Regierungsrat Fischer ist jetzt bereits auf sechs herunter gekommen. Das finden wir schlecht und bekämpfen es in diesem Sinne auch. Uns geht es an und für sich um zwei Hauptsachen. Erstens wollen wir die Ressourcen konzentrieren. Wir sind der Meinung, dass man wirklich jeden einzelnen Steuerfranken in die Bildung investieren soll und nicht irgendwie in überzählige Infrastruktur oder überflüssige Diskussionen. Zweitens geht es uns darum, in diesem Sinne Interessenspolitik zu machen. Wir sind vom Oltner Stimmvolk gewählt, fühlen uns den Interessen der Oltnerinnen und Oltner gegenüber verpflichtet und möchten sie auch wirklich vertreten. Ich denke, ein starker

Bildungsstandort liegt zweifelsohne im Interesse der Oltnen Bevölkerung. Uns geht es vor allem darum, die ureigenen Interessen zu vertreten. Es gibt sonst genug, die fremde Interessen vertreten. Aber sie sind eigentlich entweder dumm oder Verräter.

Felix Wettstein, Fraktion GOJA: Ich habe gute Voraussetzungen, um anschliessen zu können. Es könnte sein, dass sich jetzt gerade ein Verräter entpuppt. Das spannende an diesem Vorstoss ist ja, dass diejenigen, die damals mindestens lauwarm für die Sek I-Reform gewesen sind und diejenigen, die sie kolossal haben bekämpfen mögen, das Postulat heute miteinander tragen. Ich bin dabei gewesen, als wir es ausgearbeitet haben. Es ist ehrlich, wenn wir hier offen legen, dass wir auch Punkte nicht angesprochen haben, wo wir wissen, dass wir weiterhin unterschiedlicher Meinung sind. Zur Haltung unserer Fraktion: Wir möchte zu diesem Thema Folgendes festhalten: Erstens: Wenn künftig Schönenwerd, Neuendorf oder sonst irgendwo eine Sekundarstufe P geführt wird, ist es nicht einfach eine schlechtere Schule, als wenn sie in Olten geführt wird. Wer so etwas ausstrahlt, ist arrogant. Zweitens: Das Untergymnasium wird es nicht mehr geben. Darüber haben wir abgestimmt. Die künftige Sek P umfasst einen wesentlichen Teil der heutigen Bezirksschule und zwar nicht nur der Schülerinnen und Schüler, sondern auch der Lehrpersonen. Drittens: Es wird häufig behauptet, im neuen Gesetz stehe, in Olten und der Stadt Solothurn müsse es zwingend die Kantonsschule sein, welche die Sek P führt. Das stimmt nicht. Das steht nicht im Gesetz. Es steht einzig, dass der Kanton die Standorte festlegt und dafür entweder eine Gemeinde, einen Gemeindeverband oder einen anderen Träger bestimmen könne. Mit dem anderen Träger meint der Kanton sich selber. Aber wie gesagt: Nur als Möglichkeit. Letzte Feststellung: Die Interessen der Stadt Olten sind nicht von vornherein identisch mit den Interessen der Kanti Olten. Soweit zur Ausgangslage. Weshalb stehen auch wir Grüne hinter dem Postulat? Wir wollen im Gebiet der Bezirke Olten und Gösigen zwei Sek P-Standorte, aber nicht drei. Auch wir befürworten einen weiteren Standort im Gäu, aber nicht zwei. Wir sind überzeugt, dass jeder Zug der künftigen Sekundarschule – ich betone: jeder Zug – an jedem Standort mindestens zwei Klassen führen sollte. Wenn die Sekundarstufe zu sehr aufgesplittet wird, ist es ein Nachteil für alle klassenübergreifenden Aktivitäten, für Freifächer, den Austausch und die gemeinsame Planung unter den Lehrpersonen, welche die gleichen Fächer unterrichten. Es ist weiter ein Nachteil für die Auslastung der Infrastruktur, Schuladministration oder der schulischen Dienste. Deshalb sind wir dagegen, dass im Niederamt und auch im Gäu je zwei Standorte der Sek P geplant werden sollten, denn das führt dazu, dass voraussichtlich überall nur eine Klasse geführt werden kann. Jetzt könnte man denken: Das kann uns in Olten ja gleichgültig sein. Aber es ist uns nicht egal. Die Aufsplitterung führt tatsächlich zu einem Qualitätsverlust. Sie führt zu unnötigen Kosten, an denen wir uns via Lastenausgleich auch beteiligen müssen, und der Stadtrat ist zwar in der Beantwortung der dritten Frage der Meinung, es bestehe kein Risiko. Wir sehen aber, dass das Risiko dieser übertriebenen Dezentralisierung bei gleichzeitig abnehmender Kinderzahl dazu führt, dass Jugendliche, nicht aus Olten, aber zentrumsnahen Gemeinden wie Dulliken, Trimbach, Hägendorf oder Kappel, in die entfernteren Kleinstandorte transferiert werden müssen, damit man uns eben aufrecht erhalten kann. Wenn die Stadt Olten jetzt „in die Hosen“ steigt, wie es Heinz Eng vorher gefordert hat, ist dies ein klares Signal: Wir kümmern uns um die ganze Sekundarstufe, eingeschlossen Sek P, und sind bereit, diesen Schultyp mitzutragen. An dieser Stelle möchte ich noch den Wunsch anbringen, dass in der Folge eigentlich noch ein letzter Abschnitt zur Beantwortung des Stadtrates kommen müsste, nämlich was der Stadtrat jetzt wirklich machen wird. Das ist in der Antwort, die er zugegebenermassen innert zwei Tagen schnell hat produzieren müssen, noch nicht notiert. Martin Wey hat vorher einiges gesagt. Es gibt ganz wichtige Akteure, insbesondere im Kanton, die jetzt von Euch hören müssen.

Mario Clematide: Es kommt ein zweiter Verräter, der es aber an und für sich sehr kurz macht. Ich habe zwar relativ viel vorbereitet. Aber ich lasse es aus zwei Gründen bleiben. Erstens mache ich Martin Wey ein grosses Kompliment für seine Antwort. Es wird interessant sein nachzulesen, was Du gesagt hast. Ich stelle fest, dass Du Dich nicht zu einem Standort im Niederamt geäussert hast und zu einem Standort im Gäu, sondern Du hast gesagt, was für den Standort Olten wichtig ist. Das ist ausgezeichnet, und hier kann ich hinter Dir stehen. Zweitens kann ich hinter dem stehen, was Felix Wettstein überraschen

wird. Deshalb sage ich: Ich bin ein zweiter Verräter. Was Du gesagt hast, zielt ja in die genau gleiche Richtung. Kompliment. Die Zusatzfrage, die Du gestellt hast, ist auch richtig: Was macht der Stadtrat jetzt? Ich denke, jetzt müsste ganz verbindlich gesagt werden, was der Stadtrat macht. Wo ich mich geärgert habe, und das sage ich offen und ehrlich, ist am Verhalten der Verantwortlichen der Kantonsschule. Ich bin Staatsangestellter. Als solcher verstehe ich meine Rolle für meine Interessen der Organisation, wo ich verantwortlich bin, zu kämpfen, und zwar mit Argumenten. Das geschieht nicht in der Öffentlichkeit, sondern in der argumentativen Auseinandersetzung mit meinen Vorgesetzten. Irgendwann sagt der politisch Verantwortliche: Halt, der Prozess ist abgeschlossen. Ich bin aufdatiert, und jetzt geht es in den politischen Bereich hinein. Dann ist von mir Loyalität verlangt. Was die Verantwortlichen, und ich sage es offen und ehrlich, mit dem Elternbrief gemacht haben, ist keine Loyalität. Das hat mich wütend gemacht. Ich bin froh, dass die Diskussion heute Abend so sachlich ist und ich wenig dazu zu sagen habe.

Andreas Schibli: Ich bleibe auch sachlich. Ich sage nichts über Respekt, Anstand, Diffamierungen und so weiter und so fort. Es ist selbstverständlich, dass wir für einen starken Bildungsstandort Olten sind. Es scheint auch klar und sinnvoll zu sein, dass in Olten der P-Zug an der Kantonsschule geführt wird. Der Ort ist die Kantonsschule. Das heisst der geographische Ort. Das ist jetzt schon zwei- oder dreimal gesagt worden. Im Sinne des Gesetzes ist die Sek P eine Abteilung der Volksschule, und demzufolge müsste die Stadt Olten der Schulträger sein. Das hat Felix Wettstein noch gesagt. Trotzdem möchte ich dem Stadtrat noch etwas sagen, das ich am 18. Dezember an der Sitzung des Gemeindeparlamentes schon einmal gesagt habe. Ich bin eigentlich etwas enttäuscht - schon damals habe ich es gesagt; man kann es im Protokoll nachlesen - vom Stadtrat. Ich bin überzeugt, dass man mit der Kantonsschule Olten bezüglich Sek P in der Stadt Olten eine einvernehmliche Lösung hätte finden können. Dazu hat am 18. Dezember auch Heidi Ehrsam etwas gesagt. Jetzt sowieso, wo es darauf hinaus läuft, dass es Wahlpflichtfach mit Latein bzw. Wissenschaft und Technik gibt. Das habe ich hier gesagt und auch von den Kantonsschullehrern, mit denen ich gesprochen habe, bin ich überzeugt, dass wir dort eine einvernehmliche Lösung gefunden hätten. Das hat der Stadtrat aus meiner Sicht einfach verpasst.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Ich möchte mich für die klaren Worte, die hier geäussert worden sind, bedanken. Es ist nicht alles deckungsgleich. Wir wissen es, und Felix Wettstein hat gesagt, wie das Postulat zustande gekommen ist und wer dahinter steht. Was für mich klar heraus kommt bzw. was Ihr als Parlament jetzt eigentlich wissen müsst ist, was wir als nächstes tun. Wir haben keinen Stadtratsbeschluss darüber gefasst, aber anlässlich der Beantwortung gesagt, was die nächsten Schritte sein müssen. Mit dem Auftrag dieses Parlamente gibt es klare Aussagen über Grösse, Kostenfaktor, Qualität und vor allem auch über die ganzen Bereiche der Sek I, wie sie umgesetzt werden sollen, dass wir mit dieser Erwartung, Forderung den Regierungsrat treffen werden. Ich werde mir erlauben, weil es eben auch ein regionales Thema ist, mich von unserem Stadtpräsidenten begleiten zu lassen, damit wir dort mit einer „kräftigen“ Delegation, ebenfalls angereichert mit Fachkräften, erscheinen werden. Das zweite Gleis mit der Kanti ist mehrfach angereist worden, Andreas, enttäuscht. Ja, man kann sagen, vielleicht hätte man noch mehr... und was auch immer. Die Diskussion ist bereits dort – das weisst Du auch – relativ spitz gewesen. Aber wir werden es nachholen und sind hier auf gutem Wege. Wir werden auch mit der Kantonsschule, der Direktorin und ebenfalls mit den Personen, die jetzt in den Untergymnasien Verantwortung tragen, klare Forderungen stellen, dass wir dort einen Anspruch haben, in die entsprechenden Leitungsfunktionen zu gehen, wenn nicht sogar sie zu übernehmen. Aber auch das braucht eine Verhandlung, und Ihr könnt sicher sein, dass diese zwei Delegationen sehr rasch zusammen gestellt sein und die entsprechenden Gespräche auch geführt werden. Zum Detail möchte ich mich jetzt ganz bestimmt nicht äussern, denn hier können wir auch wieder über die Botschaft diskutieren. Das ist nicht mehr das Ziel, sondern wir müssen jetzt vorwärts schauen und die Umsetzung vor allem im Sinne der Votantinnen und Votanten in Angriff nehmen.

Nico Zila: Ich möchte eine Vorbemerkung machen und noch einen Punkt zu bedenken geben, der jetzt in der Diskussion nur angeschnitten, aber nicht vertieft behandelt worden ist. Ich habe mich etwas an der Formulierung im Vorstosstext gestört, dass der Bildungsstandort Olten durch diese Entwicklungen, die uns hier bevor stehen, gefährdet sein soll. Ich denke, es ist nicht gut für den Bildungsort Olten, die Stadt Olten, dass es auf dem Platz Olten weniger Schüler geben wird. Aber ich denke, wir müssen diese Zahlen gleichwohl in Relation zu allen Bildungsangeboten, die wir in der Stadt haben, setzen: Volksschule, Berufsbildungszentrum, Kanti, Sek II, Fachhochschule Nordwestschweiz und verschiedenste private Anbieter. Ich denke, diese Schwarzmalerei ist wirklich das, wo ich jetzt das Wort gebraucht habe. Ein zweiter Punkt, bei dem ich denke, wir müssen uns schon noch überlegen, wie wir dann als Stadt Olten in dieser Diskussion argumentativ vorgehen, ist halt derjenige der Zusammenarbeit aller Sek I-Typen untereinander. Im Vorstosstext schreibt Ihr als Erstunterzeichner, es sei dann ein grosser Vorteil, dass wir in der Stadt auch können oder deshalb müssen an und für sich alle Sek I-Typen in Olten sein, damit man zusammen arbeiten könne. In der Stadt Olten haben wir eine Situation, wo sie nicht unter einem Dach sind. Wir können uns auf Argumente gefasst machen, wo die Vertreter der Kreisschulen rund um Olten sagen: Bei uns wären Sek P, Sek E, Sek B und Sek K, sofern es sie noch gibt, unter einem physischen Dach. Ich denke, das ist eine grosse Herausforderung, die auf Olten zukommt, und ich glaube, auch das Klima zwischen Stadt, Sek I und Kanti ist durch diese Diskussion in den letzten zwei Wochen nicht unbedingt befördert worden. Meiner Meinung nach müssen wir uns hier argumentativ noch darauf einstellen und vielleicht etwas wärmer anziehen.

Beschluss

Mit 39 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Überweisung zugestimmt.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. März 2009

Akten-Nr. 43/14

Prot.-Nr. 68

Dringliche Interpellation Dr. Max Pfenninger (FdP-Fraktion) betr. nächtlichem Baulärm und Bautätigkeit an der Stationsstrasse in Olten/Beantwortung

Max Pfenninger hat am 24. März 2009 eine dringliche Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Seit 14 Tagen werden nächtliche Umladearbeiten mit Baumaschinen, z.T. nach Mitternacht mit Umschlagarbeiten von Baumaterial auf SBB-Güterwagen und Zufuhr durch Lastwagen durchgeführt, mit erheblichen, unerträglichen Immissionen für die Anwohnerschaft. Es kann nicht angehen, dass nachts Kies und Geröll ausgekippt und mit Baggern umgeladen wird. Die Anwohnerschaft ist empört und verärgert, weil ihre Nachtruhe gestört ist.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Wer hat die Bewilligung für nächtliche Arbeiten erteilt, d. h. wer hat die Baubewilligung dafür erteilt?
2. Wieso ist die Anwohnerschaft nicht informiert worden?
3. Wer ist der Bauherr und wie lange dauert die Belästigung?
4. Warum weiss die Stadtpolizei nichts von diesen nächtlichen Ruhestörungen?
5. Warum kann die Baudirektion keine Auskunft über Bewilligung und Bautätigkeit geben.
6. Herr Spring, als Verantwortlicher Bauleiter für die ERO weiss auf telefonische Anfrage nichts von diesem Depot und nächtlichem Umschlagplatz?

Die Begründung geht aus den gestellten Fragen hervor.»

- - - - -

Stadträtin Silvia Forster beantwortet die dringliche Interpellation im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zu Frage 1:

Wer hat die Bewilligung für nächtliche Arbeiten erteilt, d. h. wer hat die Baubewilligung dafür erteilt?

Das Bundesamt für Verkehr hat im Rahmen eines ordentlichen eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahrens am 18. März 2008 die Bewilligung für diese Gleisbauarbeiten der SBB erteilt. Ursprünglich war geplant, die Arbeiten bereits im Herbst 2008 auszuführen. Aus Kosten- / Budget-Gründen wurde der Termin auf das Jahr 2009 verschoben.

Zu Frage 2:**Wieso ist die Anwohnerschaft nicht informiert worden?**

Die SBB AG, Abteilung Infrastruktur / Unterhalt Bau, hat in einer Publikation im Stadtanzeiger vom 25. Februar 2009 und 04. März 2009 die Bauarbeiten respektive die damit verbundenen Lärmbelastungen der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Zu Frage 3:**Wer ist der Bauherr und wie lange dauert die Belästigung?**

Wie bereits erwähnt, handelt es sich um eine Baustelle der SBB. Betroffen ist die Strecke Wangen bei Olten – Olten Hammer. Damit der Zugsverkehr am Tag nicht behindert wird, müssen die Arbeit in der Nacht, jeweils von 21.30 Uhr bis 06.00 Uhr, durchgeführt werden:

Bauarbeiten «Sickerleitung» (Entwässerung)

9. / 10. März 2009 bis 09. / 10. April 2009

Bauarbeiten «Fahrbahn» (Schotter, Schienen, Schwellen)

19. / 20. April bis 29. / 30. April 2009

Zu Frage 4:**Warum weiss die Stadtpolizei nichts von diesen nächtlichen Ruhestörungen?**

Die Stadtpolizei wurde über den Beginn der Bauarbeiten nicht orientiert.

Zu Frage 5:**Warum kann die Baudirektion keine Auskunft über Bewilligung und Bautätigkeit geben.**

Wie die Stadtpolizei wurde auch die Baudirektion nicht informiert, dass die Bauarbeiten jetzt gestartet werden. Die SBB AG hat mit der Publikation im Stadtanzeiger ihre «Pflicht» getan – für weitergehende Orientierungen, bspw. zuhanden der örtlichen Amtsstellen besteht keine Verpflichtung, da es sich um bahnbetrieblich notwendige Bauarbeiten handelt.

Zu Frage 6:**Herr Spring, als Verantwortlicher Bauleiter für die ERO weiss auf telefonische Anfrage nichts von diesem Depot und nächtlichem Umschlagplatz?**

Damit für keine der Baustellen Nachteile entstehen, ist eine Koordination mit dem Projekt «ERO», direkt durch die SBB AG, erfolgt.

Zuständiger Sachbearbeiter bei den SBB ist Herr Markus Gerber, Projekt Management Olten, Tannwaldstrasse 2, 4. Stock, Telefon 079 367 40 62 / 051 229 64 88. Er ist ab Montag, 30. März 2009, erreichbar.

- - - - -

Dr. Max Pfenninger: Ich danke Silvia Forster für die gute und präzise Beantwortung. Die Anwohner und auch ich sind eigentlich frustriert, und deshalb ist die Interpellation über die schlechte Kommunikation der SBB mit der Bevölkerung zustande gekommen. Unseres Erachtens genügt es nicht, wenn man fünf Wochen lang jede Nacht und zwar um Mitternacht, um 2 Uhr, um 4 Uhr mit Lastwagen Schotter auskippt und eine wirklich grosse Anzahl Leute weckt, wenn man dies zweimal im Stadtanzeiger publiziert. Die Anwohner, die

mit mir in Kontakt getreten sind, haben wahrscheinlich alle den Stadtanzeiger nicht gelesen, wie ich auch, und haben nicht Kenntnis davon gehabt. Mir scheint, wenn die SBB fünf Wochen lang diesen Nachtlärm veranstaltet, könnte man als Minimalanstand verlangen, dass den Anwohnern ein Flyer in den Briefkasten geworfen wird. Ebenfalls enttäuscht sind wir, dass die Stadtverwaltung in den letzten zwei Wochen verschiedene Anfragen erhalten hat und weder die Polizei noch das Bauamt gewusst haben, was an der Stationsstrasse genau abgeht. Mir scheint, die Kommunikation SBB/Anwohner und SBB/Stadtverwaltung dürfte oder müsste verbessert werden. Man kann jetzt vor den Wahlen nicht auf die Wahlplakate schreiben: „Mehr Olten für alle“ und „für eine lebenswerte und lebenswerte Stadt“ und wenn in den letzten vierzehn Reklamationen und Rückfragen bei der Stadt eingehen, weiss niemand, der es eigentlich wissen sollte, was dort abgeht. Das erscheint uns schlecht, hat uns frustriert und dazu geführt, dass diese Interpellation eingegangen ist.

Der Interpellant ist von der Antwort befriedigt.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates
Baudirektion/Herr Adrian Balz
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. März 2009

Akten-Nr. 35/6

Prot.-Nr. 69

Volksmotion Rolf Sommer und Mitunterzeichnende betr. Gratisparkplätze für Badibesucher/Beantwortung

Mit Datum vom August 2008 hat Rolf Sommer und Mitunterzeichnende folgende Motion eingereicht:

„Volksmotion“, im Sinne der Gemeindeordnung der Stadt Olten, Art. 16¹

Antrag

Der Stadtrat und das Gemeindeparlament von Olten werden beauftragt, die entsprechenden Reglemente so anzupassen, dass für die Badibesucher genügend gratis und/oder gebührengünstige PW-Parkplätze in der näheren Badiumgebung (z.B. Schützi, Rötzmatt) vorhanden sind.

Begründung

Die Oltner Badi ist die einzige Badi in der weiteren Umgebung, die den Badibesucher keine „Gratis-PW-Parkplätze“ zur Verfügung stellt.

Einige sehr treue Besucher der Oltner Badi sind über die hohen Parkplatzgebühren oder bei Zeitüberschreitungen, der ausgestellten Bussen, sehr verärgert.

Einzelne sehr treue Badikunden zahlen bis ca. Fr. 400.-/J Parkplatzgebühren.

Dabei ist während der Badisaison die Mehrzahl der Parkplätze in der Schützi und der Rötzmatt selten belegt. Die hohen Parkgebühren und auch der zum Teil unzumutbare gefährliche Parkplatzzustand (z.B.: bei Regen wird der Zugang zu einzelnen Parkplätzen zum „Glunghenhindernisspringen“!) sind ein grosses Ärgernis.

Viele regionale Möchtegernbadibesucher, meistens „Heimweholtner“, werden durch die Parkgebühren abgehalten.

Einige Badibesucher könnten sich auch ein entsprechendes Konzept, wie bei den öffentlichen Bahnen das „Park and Ride“-System, vorstellen. Ein Badieintrittsticketkauf berechtigt zum Parkieren in der Schützi oder Rötzmatt. Bei Saisonkarten könnten für die Dauer der Badisaison eine vergünstigte Dauerparkkarte ausgestellt werden.

Dass hätte vielleicht auch noch den Nebeneffekt, dass wieder mehr regionale Besucher unsere Stadt zum Einkaufen, zum Flanieren und zum Begegnen besuchen.

Eingebunden in die ganze gewerbliche und steuerliche Betrachtungen oder Konzepte, ist die Badi auch ein wirtschaftlicher Faktor.

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadträtin Doris Rauber** die Volksmotion wie folgt:

Ausgangslage/Erwägungen

Da auf der Schützenmatte für das Abstellen der Autos moderate Parkgebühren verlangt werden, sind bei den Betriebsverantwortlichen der Badeanstalt nur ganz wenige Hinweise für Gratisparkplätze eingegangen (weniger als 5 in den letzten Jahren).

Grundsätzlich muss beim Anliegen der Volksmotion überlegt werden, ob die Stadt Olten als soeben reauditierte Energiestadt mit einer solchen Massnahme einseitig den motorisierten Individualverkehr fördern will. Insbesondere Familien mit Kindern fahren heute bei Badiwetter häufig mit dem Velo in die Badi. Für diese Leute würde mit der Förderung des motorisierten Individualverkehrs ein falsches Zeichen gesetzt.

Die Einführung einer Dauerparkkarte birgt auch die Gefahr, dass die Kartenbesitzenden ihre Parkkarte ebenfalls benutzen, wenn sie sich nicht in der Badi aufhalten. Eine Kontrolle der Stadtpolizei über das rechtmässige Verwenden der Parkkarte wäre nicht möglich.

Gerade unter wirtschaftlichen Aspekten ist es zweifelhaft, ob die Stadtbevölkerung und das Oltnen Gewerbe von einer solchen Massnahme profitieren würden. Es ist vielmehr anzunehmen, dass Dauerparkierende und Pendler sowie Pendlerinnen mit einer Parkbewilligung der Badi die Parkplätze in der Schützenmatte den ganzen Tag belegen würden – auf Kosten von Personen, welche in Olten ihre Einkäufe erledigen möchten. In der Saison 2008 kostete das Saisonabonnement für einheimische Erwachsene CHF 100, für auswärtige Erwachsene CHF 130. Pendler und Pendlerinnen, welche ein Saisonabonnement der Badi Olten lösen, könnten für diesen Betrag also während ca. 4 Monaten tagtäglich von morgens bis abends parkieren, ohne je die Badi zu besuchen.

Um den Badegästen das kostenlose Parken ohne Dauerparkkarte zu ermöglichen, müsste beim Eintritt in die Badeanstalt ein weiteres Ticket abgegeben werden, das hinter der Autofrontscheibe zu deponieren wäre. Nebst den obenstehenden grundsätzlichen Überlegungen und dem zusätzlichen internen Aufwand ist es fraglich, ob die Badegäste überhaupt gewillt wären, den zusätzlichen Weg zurück zum Fahrzeug auf sich zu nehmen. Zudem möchten die Gäste mit Saisonabonnement für ihre Parkgebühren wohl nicht an der Kasse anstehen.

Stellungnahme zu den Begründungen der Motionäre

Zu den von den Motionären vorgebrachten Begründungen kann zudem wie folgt Stellung genommen werden:

- Es trifft nicht zu, dass Olten als einzige Badeanstalt in der weiteren Umgebung den Badegästen keine Gratisparkplätze anbietet. Die Parkplätze der Badi Aarburg sind ebenfalls gebührenpflichtig. Andere Badeanstalten wie Schönenwerd, Aarau, Zofingen, Kolliken können auch nur Gratisparkplätze anbieten, weil sie sich nicht im Ortszentrum befinden. Deshalb können diese nicht mit derjenigen von Olten verglichen werden.
- Um in einer Saison CHF 400 Parkgebühren zu bezahlen, müsste ein Badibesucher bzw. eine Badibesucherin sein bzw. ihr Fahrzeug täglich während 4 Stunden auf den Parkplätzen der Schützenmatte abstellen.
- Gerade an warmen und sonnigen Tagen sind die Parkräume in der Schützenmatte meist sehr gut belegt.

Empfehlung

Im Sinne der Erwägungen und der genannten Gründe empfiehlt der Stadtrat daher dem Gemeindeparlament die Volksmotion abzuweisen.

- - - - -

Rolf Sommer: Als ich heute Abend ins Stadthaus gekommen bin, habe ich in der Vitrine der Stadtpolizei von Hermann Hesse Folgendes gelesen: „Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden“. In der letzten Saison bin ich von einigen Badibesuchern bezüglich der fast leeren Parkplätze in der Schützi und der Rötzmatt angesprochen worden, ob man sie für Badi-Saisonkartenbenützer mit einer vergünstigten Parkplatzgebühr frei geben könnte. Einige Badibesucher haben mir gesagt, sie wären bereit, dafür bis zu Fr. 150.— zu bezahlen, vielleicht auch etwas mehr. Ich weiss es nicht. Sie haben mir dies einmal gesagt. Die Stadt haben sie zwar schon einmal darauf angesprochen, aber keine

richtige Antwort erhalten. In der Antwort des Stadtrates steht: „Moderate Parkplatzgebühren“. Wenn man sich den ganzen Tag in der Badi aufhält, kostet der Parkplatz ungefähr zwischen 5 und 8 Franken. Die erste Stunde kostet nämlich 50 Rappen und jede weitere einen Franken. In Aarburg kostet die Stunde 50 Rappen. Die anderen Parkplätze bei der Badi sind in der Region gratis. Wenn man dies ausrechnet, und das ist eine Aussage einer Badibesucherin, die fast jeden Tag kommt, natürlich hauptsächlich bei schönem Wetter, macht dies pro Saison einen Betrag von rund Fr. 400.—. Ich bin etwas erstaunt gewesen, was in der Antwort betreffend Reaudit Energiestadt steht. Was hat dies mit einer Volksmotion zu tun? Ich kann Euch einmal fragen: Wer vom Stadtrat oder von den Angestellten der Stadt kommt zu Fuss oder mit dem Velo, und wer benützt den PW und parkiert in diesem UG? Wieso hat man das Reaudit überhaupt erhalten? Die Stadt Olten ist zur Zeit sehr, sehr leer. Das kann man feststellen, wenn man sich etwas achtet. Auch heute Abend hat es fast keine Leute gehabt und am Samstag sowieso nicht mehr. Man fährt lieber mit dem PW nach Egerkingen in den Gäupark oder nach Oftringen ins A1 etc. Liebe Stadträte, wir haben ein Manko an Attraktivität in der Stadt Olten in Sachen Gewerbe usw., und die Parkplätze sind fast leer. In der Antwort ist auch die Gefahr von Missbrauch erwähnt worden? Was soll dies? Man verkauft eine Dauerparkkarte mit einer Saisonkarte, und die Badegäste wären bereit, rund Fr. 150.— zu bezahlen. Das macht für einen Einheimischen rund Fr. 250.—, für einen Auswärtigen zusammen Fr. 280.—. Wirtschaftlichkeit Stadtbevölkerung, Gewerbe sind auch erwähnt worden. Ist man mutlos in dieser Stadt? Versucht man nicht, einmal ein positives Zeichen zu setzen? Wenn nichts wird, ist nichts geworden. Aber es kostet gar nichts. Die Stadt Olten hat schon einige hunderttausend Franken für die Busverkehrsbetriebe ausgegeben, was nachher auch nichts gewesen ist. Aber es hat etwas gekostet. Hier muss man gar nichts investieren. Dieses Angebot wird von der Badikundschaft angenommen oder nicht. Die Stadtbevölkerung wird denken: Lieber Einnahmen als gar keine. Das Gewerbe wird denken; Lieber ein Kunde mehr als keine Kunden. Es sind ja nur vier Monate, von zirka Mitte Mai bis Mitte September. Dann sind die Parkplätze ohnehin nicht gut besetzt. Ich wünsche der Stadt etwas mehr Mut wie in Aarau, Rothrist, Solothurn und Grenchen. Wer nichts wagt, gewinnt auch nichts. Ich hoffe denn auch, dass das Gemeindeparlament die Volksmotion überweist.

Heidi Ehram: Die CVP/EVP-Fraktion hat die vorliegende Volksmotion diskutiert. Für das Anliegen der Volksmotion haben wir durchaus gewisse Sympathie. Dies vor allem auch, weil bei den anderen städtischen Sportanlagen ja Gratisparkplätze zur Verfügung stehen. Was das Bedürfnis nach Gratisparkplätzen angeht, befriedigt uns die stadträtliche Antwort nicht. Es meldet sich ja nicht jeder, der moderate Parkgebühren oder Gratisparkplätze möchte beim Bademeister. Deshalb überzeugt diese Aussage in der Antwort, dass sich in den letzten fünf Jahren weniger als fünf Badibesucher gemeldet haben sollen, nicht. In der Volksmotion steht, dass besonders treue Badigäste viel Geld für Parkplatzgebühren ausgeben. Das wäre bei mir auch der Fall, wenn ich nicht mit dem Velo gehen würde. Den erwähnten Betrag hat der Motionär aber nicht erfunden, und die vier Stunden Badaufenthalt pro Tag, wie es der Stadtrat richtig ausgerechnet hat, trifft zu. Es ist verständlich, dass solche Badibesucher reduzierte Parkgebühren wünschen. Sie könnten sich natürlich auch überlegen, auf den ÖV umzusteigen. Die Antwort darauf ist im Konjunktiv ausgefallen. Wir nehmen an, dass die zuständige Stadträtin nicht an die Aussage von Fr. 400.— für Parkplatzgebühren geglaubt hat. Gerade für Familien mit kleinen Kindern, die etliches Material wie Schwimmhilfen, Spielsachen und Verpflegung neben den Badeutensilien in die Badi mitnehmen und in den Aussengemeinden wohnen, ist das Auto das bevorzugte Verkehrsmittel, dies vor allem am Mittwochnachmittag, Samstag und Sonntag. Auch unsere Fraktion möchte für den motorisierten Individualverkehr keinen falschen Anreiz schaffen und würde es begrüßen, wenn noch mehr Leute, auch Familien, mit dem Velo oder ÖV in die Bad kämen. Dies vor allem, weil unsere Badi ja sehr zentral liegt. Wir denken aber, dass reduzierte Gebühren oder Gratisparkplätze trotz allem in beschränkter Masse zu verantworten wären. Unsere Fraktion sieht durchaus Überlegungen, welche die Überweisung rechtfertigen würden. Es gibt aber auch solche, die eindeutig gegen die Überweisung sprechen. So stimmen wir der Beantwortung des Stadtrates, dass es überaus schwierig wäre, ein Konzept zu erstellen, das vom Aufwand her gerechtfertigt wäre und keinen falschen Gebrauch von Vergünstigungen für das Parkieren in Kombination mit einem Badiabo oder mit Badieintritten zulässt. Die Beantwortung des Stadtrates behandelt ja dieses Thema ausführlich behandeln. Zudem wäre es schwer erklärbar, dass die Badibesucher von Gratisparkplätzen oder reduzierten Parkgebühren profitieren könnten und das Gewerbe nicht, weil ihre Kunden und

Kundinnen die normalen Gebühren bezahlen müssten. Das ist übrigens auch der Grund gewesen, weshalb ich persönlich die Motion nicht unterschrieben habe. Ich habe ja Rolf Sommer in der Badi angetroffen, als er in dieser Sache unterwegs gewesen ist. Auch uns ist kein Konzept bekannt - die Motion spricht auch von einem Park and Ride-Konzept; in unserer Fraktion ist dann Park and Swim-Konzept“ als treffenderer Ausdruck gefallen - das mit einem vernünftigen Aufwand realisiert werden könnte. Wir möchten an dieser Stelle noch einen Vorschlag weiter geben, der ein Stück weit dem Anliegen der Volksmotion entgegen käme und gleichzeitig auch für das Gewerbe positive Auswirkungen hätte. Wir würden es gut finden, wenn man jeden Samstag auf dem Schützi-Parkplatz gratis parkieren könnte und nicht nur einmal im Monat, wie es jetzt ist. Es würde uns freuen, wenn die Direktion Öffentliche Sicherheit, ohne dass wir jetzt ein Postulat einreichen, unseren Vorschlag prüfen würde. In diesem Sinne stimmt die CVP/EVP-Fraktion dem stadträtlichen Antrag, die Volksmotion nicht zu überweisen, zu.

Anita Huber, Fraktion GO/JA: Olten hat eine richtige Stadtbadi. Keine Badi in der Umgebung ist so zentral gelegen wie diejenige von Olten. Oltnerinnen und Oltner kommen rasch und bequem mit dem Bus, Velo oder zu Fuss in die Badi. Auch auswärtige, sogenannte „Möchtegern-Badibesucher“ können den öffentlichen Verkehr benützen oder auf das Velo steigen, um direkt zur Oltner Badi zu fahren. Schwimmen ist eine sportliche Angelegenheit. Deshalb sollten Schwimmerinnen und Schwimmer genügend fit sein, um mit eigener Körperkraft zur Badi zu kommen. Heute gibt es immer mehr übergewichtige Kinder, weil sie sich zu wenig bewegen. Gratisparkplätze können die Eltern verlocken, ihre Kinder mit dem Auto zur Badi zu chauffieren, statt einen gemeinsamen Veloausflug in die Schützenmatt zu machen. Für die Grünen und Jungen Alternativen heisst deshalb das Mobilitätskonzept zur Oltner Badi: „Bike and swim“. Zum wirtschaftlichen Faktor der Motion: Gratis parkierende Badibesucher schnappen Shopping-Gästen Parkplätze weg. Was hat das Oltner Gewerbe davon, wenn Badigäste an einem Nachmittag nur eine Glace und zwei Päckchen Cola-Frösche konsumieren? Die Volksmotion ist ungerecht. Sie bevorzugt Badigäste vor anderen Parkplatzbenutzern, und die Umsetzung führt zu einem unverhältnismässigen Aufwand an der Badekasse, für die Badigäste, aber auch für die Polizei, die Kontrollen durchführen sollte. Hier stellt sich die Frage: Wollen wir die städtischen Angestellten nicht für sinnvollere Arbeiten mit mehr Wertschöpfung einsetzen? Die Fraktion Grüne/Junge Alternative empfiehlt deshalb, die Volksmotion abzulehnen.

Rolf Braun, SP-Fraktion: Gratis parkieren würden eigentlich alle gerne, auch in Olten. Auch diejenigen, die zum Beispiel einkaufen gehen, ins Kino, ins Stadttheater gehen usw. Wahrscheinlich hätte niemand etwas dagegen, wenn überall gratis parkiert werden könnte. Wir stellen aber fest, dass die Tarife für das Parkieren in der Schützi sehr moderat sind, und denken nicht, dass jemand davon abgehalten wird, deswegen in die Badi zu gehen. Wir sehen nicht ein, weshalb nur Badigäste gratis parkieren sollten und andere nicht. Das ist eindeutig eine Ungleichbehandlung. Wer kann dann schon überprüfen, ob ein Badigast tatsächlich in der Badi ist und zum Beispiel nicht sonst irgendwo am Einkaufen und das erst noch auf einem Gratisparkplatz. Das wäre definitiv, was wir nicht möchten. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Förderung des motorisierten Individualverkehrs, der mit einem solchen Anreiz von Gratisparkplätzen förmlich provoziert würde. Ich bevorzuge, dass die Menschen mit dem ÖV nach Olten kommen oder mit dem Velo. Das ist nicht immer möglich, gerade wenn man viele Sachen schleppen muss. Dann muss man halt das Auto nehmen. Aber dann möchte man sie nicht auch noch belohnen, sondern einen Anreiz schaffen, die anderen Verkehrsmittel zu berücksichtigen. Wenn schon, müsste man grundsätzlich über das gratis Parkieren nachdenken und verhandeln und nicht nur einige privilegieren. Aus diesen Gründen lehnt die SP die Volksmotion ab.

René Wernli: Die FdP schliesst sich den anderen Fraktionen an. Das Argumentarium ist mehr oder weniger erschöpft. Ich möchte nur noch, auch als Mitglied der Sicherheitskommission, darauf hinweisen, dass, wenn wir dann spezielle Parkplätze haben, sie auch bewirtschaftet sein müssen. Das heisst, es müssen dann auch Leute kontrollieren, ob die Personen, die dort parkieren, auch in der Badi sind. Persönlich tut es mir natürlich leid, wenn ich Rolf verfolge und sage: Fr. 100.— für die Badi, Fr. 150.— für einen speziellen Parkplatz. Vier Monate Badesaisondauer gibt pro Montag Fr. 62.50. Dafür würde ich noch ein Dauerbillet für die Badi

kaufen, ohne die Badi zu benützen. Billiger kann ich in Olten nicht parkieren. 24 Stunden über vier Monate.

Dr. Markus Ammann: Es reizt mich doch noch, drei Gedanken los zu werden. Das Erste ist mehr ein Erstaunen als ein Gedanke, dass die CVP hier wieder das Gefühl hat, mit Gratisparkplätzen könne man diese Stadt, das Gewerbe, die Badi und ich weiss nicht was alles retten. Ich glaube, das haben wir irgendwie auch schon einmal abgehandelt. Das bringt uns nicht weiter. Der zweite Gedanke ist gewesen: Rolf, wenn es ja Leute gibt, die abgehalten worden sind, in die Badi zu gehen, wo hast Du sie dann gefunden? Diejenigen, die in der Badi sind, sind es wahrscheinlich nicht. Ich weiss nicht genau, woher diese Leute dann kommen sollen und welchen Ansturm man hier erwartet. Der dritte Gedanke ist gewesen: Wenn man wirklich etwas machen will, von dem alle Badigäste etwas haben, und nicht nur die Autofahrer, dann müsste man die Badi gratis machen. Dass dies geht, zeigt die Stadt Bern. In der Stadt Bern sind alle Freibäder mit einer Ausnahme, dem KWD, gratis. KWD ist aber ein Sonderbad, nämlich ein kaltes Wellenbad. Alle anderen Badis sind gratis. Deshalb hat es dort auch Leute. Dann könnte man wahrscheinlich sogar Kosten sparen, dem Gewerbe etwas Gutes tun. Es ist fair und gerecht. Das ist der einzige Weg, wo man hier etwas verbessern könnte.

Stadträtin Doris Rauber: Ich danke den Fraktionen für ihre Voten. Das Anliegen ist auf den ersten Blick ja verständlich. Das haben wir jetzt auch gehört. Im Bahnhof gibt es Park and Ride. Aber meines Wissens sind diese nicht gratis. Von daher kann man dies nicht mit der Badi vergleichen. Rolf Sommer hat „Park and Swim“ vorgeschlagen, Anita Huber hat gesagt: Lieber Bike and swim, und ich habe etwas gefunden, das auch noch passen würde. Man könnte sich noch mehr bewegen. Dann wäre es vielleicht noch „Walk and swim“. Der Stadtrat dankt allen Fraktionen für die Ablehnung der Volksmotion.

Thomas Frey: Noch eine kurze Bemerkung zum Statement von Markus Ammann: Es ist nicht gegen Dich persönlich, sondern einfach grundsätzlich. Was ich jetzt sage, gilt für die Parkplätze und die Eintritte in der Badi: Was nichts kostet, ist nichts wert.

Rolf Sommer: Es sind Auswärtige, die hierher kommen. Sie haben gesagt, es werden einige Badibesucher abgehalten, die nach Kolliken, Rothrist, Aarau und Schönenwerd gehen. Es geht mir hier wirklich um ein Anliegen, welches die Badigäste an mich heran getragen haben. Ich habe mich als Volksvertreter gefühlt, dies aufgenommen und hier überbracht. Ich glaube, die sehr vielen treuen Badibesucher haben ein Anrecht darauf, dass seriöse Antworten gegeben werden. Ich bin mit einigen Aussagen hier nicht ganz einverstanden, was ich zum Teil erwähnt habe. Aber einige Sachen möchte ich gar nicht erwähnen. Ich hoffe, wir haben bald wieder einmal Wahlen. Vielleicht hat dies auch Auswirkungen auf die Wahlen. Aber ich bin gespannt. Ich sehe, dass diese Volksmotion keine Chance hat.

Beschluss

Mit 35 : 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird die Volksmotion abgewiesen.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsident Werner Good: Ich wünsche allen frohe Ostern.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.